

Das Parlament

Berlin, 30. März 2020

www.das-parlament.de

70. Jahrgang | Nr. 14-15 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Herr des Schutzschirms

Olaf Scholz Es ist noch gar nicht so lange her, dass die SPD mit ihrem Finanzminister fremdtele – und zwar so sehr, dass sie ihm den angestrebten Parteivorsitz vorenthielt. Jetzt, in der Coronakrise, ist Scholz gefragt denn je – als Finanzminister, der mit milliardenschweren Hilfen Unternehmen und Bürgern unter die Arme greift und als Vizebürgermeister, der für die in häuslicher Quarantäne weinende Kanzlerin einspringt. Und womöglich als einer jener Genossen, dem die SPD eine Kanzlerkandidatur zutraut. Dass der 62-Jährige Krisen meistern kann, zeigte er bereits 2008 und 2009, auf dem Höhepunkt der Finanzkrise. Damals setzte er als Arbeitsminister das Kurzarbeitergeld durch. Es verhinderte einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit und wird nun in der Coronakrise erneut ausgeweitet. *aha*



ZAHL DER WOCHE

600

Milliarden Euro soll der Wirtschaftsstabilisierungsfonds umfassen, mit dem die Bundesregierung Unternehmen bei Liquiditätsengpässen unter die Arme greifen will. Außerdem nimmt sie weitere 156 Milliarden Euro in die Hand, unter anderem um Kleinunternehmer und Solo-Selbstständige zu unterstützen.

ZITAT DER WOCHE

»Jetzt ist die Stunde des Staates.«

Christian Lindner über die Rettungsschirme der Bundesregierung in der Coronakrise. Der FDP-Vorsitzende warnt aber auch, dass die Möglichkeiten des Staates begrenzt seien.

IN DIESER WOCHE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN
Unternehmen Milliardenschwere Hilfsprogramme von Bund und Ländern **Seite 4**

INNENPOLITIK
Soziales Regierung stärkt Sicherungssysteme und Krankenhäuser **Seite 5**

INNENPOLITIK
Bundestag Parlamentsbetrieb im Zeichen der Coronakrise **Seite 5**

EUROPA UND DIE WELT
Irak Änderungen beim Anti-IS-Einsatz der Bundeswehr im Irak **Seite 6**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Krise ohne Vorbild

CORONAPANDEMIE Bundestag billigt einmütig größtes Hilfspaket in der Geschichte

Mit dem größten Rettungsschirm aller Zeiten wappnet sich Deutschland gegen die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen infolge der Coronepidemie. In seltener Einmütigkeit billigte der Bundestag am vergangenen Mittwoch im Eilverfahren das umfassende Hilfspaket, das am Freitag auch den Bundesrat passierte. Vorgesehen sind Hilfen für Kleinunternehmen und Freiberufler, Familien und sozial Schwache, Krankenhäuser, Pflegeheime und Ärzte (siehe Beitrag unten und die Seiten 4/5). Finanziert werden die Mehrausgaben über neue Schulden. Dazu setzten die Abgeordneten die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse mit Kanzlermehrheit außer Kraft und legten einen Nachtragshaushalt im Umfang von rund 156 Milliarden Euro auf. Zur Unterstützung großer Unternehmen wird ein sogenannter Wirtschaftsstabilisierungsfonds gegründet, der bis zu 600 Milliarden Euro umfasst.

Die Plenarsitzung verlief erkennbar anders als sonst. »Jeder sieht, dass wir unter außergewöhnlichen Umständen tagen«, befand Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) mit Blick auf gelichtete Reihen. Um die Abgeordneten vor dem Coronavirus zu schützen, wurden die Sitzabstände im Plenarsaal vergrößert. Auch war die Sitzungswoche auf einen Beratungstag verkürzt. Viele Abgeordnete konnten nicht anreisen, einige waren krank oder in Quarantäne, auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Schäuble stellte klar, die Handlungsfähigkeit des Verfassungsorgans müsse gewahrt werden. Die parlamentarische Demokratie werde in der Krise nicht außer Kraft gesetzt. Die weitreichenden politischen Entscheidungen bedürften der Legitimation durch den Bundestag.

Kraftakt Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) sprach von einer Krise ohne Vorbild und einer Herausforderung für die Weltgemeinschaft. Die Pandemie sei zugleich eine nationale Herausforderung, sagte der Bundesfinanzminister und fügte hinzu, die freiheitliche Gesellschaft müsse die Kraft haben, mit dieser Notlage fertigzuwerden. Scholz räumte ein, dass der Bevölkerung derzeit viel abverlangt werde. Das öffentliche Leben sei eingeschränkt, die Auswirkungen seien überall spürbar. Viele Bürger hätten jedoch Verständnis für die Auflagen. Scholz betonte: »Vor uns liegen harte Wochen, wir können sie bewältigen, wenn wir solidarisch sind.« Es werde alles getan, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der



Historischer Moment im Plenum: Alle Abgeordneten applaudieren den »Helden« der Coronakrise, die Leben retten und die Versorgung aufrecht erhalten.

© picture-alliance/dpa

Krise abzumildern. Dazu werde viel Geld in die Hand genommen. Deutschland könne sich das leisten, denn es sei in den Vorjahren solide gewirtschaftet worden.

Nach Überzeugung von Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus (CDU) wachsen die Menschen in Deutschland gerade über sich hinaus. »Es gibt viele Menschen, die das Land am Laufen halten.« Die gezeigte Solidarität mache ihn stolz. Allerdings müssten auch dunkle Tage verkraftet werden, wenn Menschen krank würden oder Angehörige verlor. Brinkhaus warb um Verständnis dafür, dass die Beschlüsse womöglich nicht alle treffsicher ausfallen. »Wir wissen nicht, ob wir jetzt alles richtig entscheiden.« Es sei Mut gefragt, Entscheidungen zu treffen und dabei auch Fehler zu machen. Er räumte ein, es werde auch in Freiheits- und Eigentumsrechte eingegriffen, daher sei eine Befristung wichtig. Auf die Freiheitsrechte ging auch FDP-Fraktionschef Christian Lindner ein. Gesund-

heit und Freiheit seien gerade gleichzeitig gefährdet, denn das öffentliche Leben werde heruntergefahren. Manche hätten Zweifel daran, »die Alternativen wären aber riskant«. Die Freiheitseinschränkungen seien verhältnismäßig, dürften jedoch nicht länger als nötig aufrecht erhalten werden.

»Die Menschen in Deutschland wachsen über sich hinaus.«

Ralph Brinkhaus (CDU),
Unionsfraktionschef

Strategie AfD-Fraktionschef Alexander Gauland lobte, die Regierungspolitik enthalte neuerdings »viele richtige Einsichten«, etwa die, dass Grenzen geschützt werden könnten. Er hielt der Regierung dennoch Fehler vor, so seien Einreisepflichten zu spät gekommen, auch gebe es zu wenig Schutzausrüstung für das Gesundheitspersonal. Das Land sei auf die Epidemie nicht vorbereitet gewesen. Die gewaltige Anstrengung sei auch nicht unbegrenzt durchzuhalten. Die Frage sei, wie der Plan aussehe, wenn in drei Monaten keine Entwarnung gegeben werden könne. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich forderte internationale Solidarität. Es sei inakzeptabel, wenn Staatsführer von einer »italienischen Krankheit« oder dem »Wuhan-Virus« sprächen. Die Verbreitung des Virus sei ein Tribut an die Verdichtung von Räumen. Statt jedoch an der Globalisierung zu zweifeln, sollte sie gestaltet werden. So müssten Unternehmen ihre globalen Konzepte überdenken, etwa was die Produktion gesellschaftlich besonders wichtiger Güter angehe. Mützenich stellte auch die Frage, warum Menschen, deren Arbeit in der Krise als systemrelevant erkannt worden sei, teilweise so schlecht bezahlt werden. Linksfraktionschefin Amira Mohamed Ali forderte einen finanziellen Ausgleich für Arbeitnehmer in »systemrelevanten« Berufen, die teils »Hungerlöhne« bekämen. Es sei auch ein fataler Fehler gewesen, lokale Produktionen abzubauen und im Gesundheitswesen zu sparen. Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt mahnte, wenn Freiheit und Bürgerrechte beschränkt würden, müsse immer die Verhältnismäßigkeit bedacht werden. Sie fügte hinzu, die »Helden« der Krise bräuchten Beifall und eine gute Bezahlung. Die Coronapandemie berühre alle, die Antworten darauf müssten »außergewöhnlich« sein.

EDITORIAL

Elan, Mut, Zuversicht

VON JÖRG BIALLAS

Angespannte Ruhe liegt bleiern auf dem Land. Behördliche Auflagen, noch vor Wochenfrist ungewohnt, ja, unvorstellbar, werden inzwischen routiniert eingehalten, hygienische Notwendigkeiten wie selbstverständlich umgesetzt. Kurzum: Die Menschen kämpfen gegen das Corona-Virus, so gut es eben geht. Das gilt auch für die Politik. Regierung und Ministerien in Bund und Ländern laufen auf Hochtouren. Bundestag wie Bundesrat tagen im Notfall-Modus, aber beispiellos effektiv. Es gilt, Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben und wirtschaftliche Überleben aufzustellen, durchzusetzen, zu überprüfen. Dabei dürfen demokratisch-parlamentarische Vorgaben und grundgesetzliche Pflichten nicht verletzt werden. Über allen legislativen wie exekutiven Aktivitäten schwebt der unbedingte Wille, die handelnden Personen nicht mehr als nötig in Gefahr zu bringen. Wie schmal der Grat zwischen politischer Handlungsfähigkeit und persönlicher Angreifbarkeit ist, zeigt der Umstand, dass die Bundeskanzlerin zu einem Zeitpunkt eine Pressekonferenz zum Thema gab, als sie befrüchtigt wurde, selbst mit dem Virus infiziert zu sein.

Eines ist schon jetzt festzuhalten: Politisch ist der Umgang mit der Pandemie gelungen. Trotz Meinungsverschiedenheiten in Detailfragen, zwischen Bund und Ländern, in Fachministerien, unter den Parteien, haben alle verstanden, dass jetzt nicht die Stunde des politischen Klein-Kleins ist. Jetzt gilt es, möglichst viele Menschenleben zu retten. Und das geht nur miteinander, nicht gegeneinander. Diese Erkenntnis hat auch die Gesellschaft erreicht. Eine Welle der Hilfsbereitschaft für Schwache, Alte und Kranke schwappt über das Land. Es wäre schön, wenn diese Solidarität für die Zeit nach der Krise konserviert werden könnte. Das gilt übrigens auch für Erkenntnisse aus der Arbeitswelt. Etwa die, dass Homeoffice kein Freizeitprogramm ist, sondern durchaus eine Bereicherung des beruflichen Alltags sein kann. Das Corona-Virus hat die Welt kalt erwischt und nach wie vor im Griff. Vieles ist ungewohnt und zeitweise anders, auch diese im Umfang reduzierte Ausgabe von »Das Parlament«. Aber wenn die Krise eines Tages überwunden sein wird, werden wir alle um eine Erfahrung reicher sein. Nämlich die, dass auch große, Angst einflößende Herausforderungen zu bewältigen sind. Mit Elan, Mut und Zuversicht. Und vor allem: gemeinsam.

DP

Geklotzt, nicht gekleckert

HAUSHALT Mit einem gewaltigen Schutzschirm sollen die Folgen der Coronakrise abgedefert werden

Im Kampf gegen das Coronavirus hat die Bundesregierung das größte Hilfspaket in der Geschichte des Landes geschnürt. Der Rettungsschirm soll dafür sorgen, dass Bürger geschützt sowie Unternehmen und Arbeitsplätze gesichert werden, die Gesundheitsversorgung gewährleistet ist und der soziale Zusammenhalt bewahrt wird. Das im Eilverfahren beschlossene Paket beinhaltet zahlreiche Vorkehrungen in den Bereichen Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Gesundheit und Recht.

STAATSFINANZEN Um zusätzliche Mittel einsetzen zu können, ist vom Bundestag ein Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht worden. Die schwarze Null wird aufgegeben, der Staat schreibt stattdessen tiefrote Zahlen – 156 Milliarden Euro sollen durch Kredite finanziert werden.

WIRTSCHAFT Kleine und große Firmen und Selbstständige sollen umfassend unterstützt werden. Im Nachtragshaushalt sind 50 Milliarden Euro zur Unterstützung von Kleinunternehmern und Solo-Selbstständigen eingeplant. Der nicht mehr genutzte Finanzmarktstabilisierungsfonds

wird zu einem Wirtschaftsstabilisierungsfonds umgewidmet. Der Fonds ermöglicht unter anderem mit 100 Milliarden Euro die Rekapitalisierung von strauhelnden Unternehmen.

ARBEIT/SOZIALES Das Sozialschutz-Paket sieht unter anderem vor, bei Hartz-IV-Neuanträgen vorübergehend auf eine Vermögensprüfung zu verzichten und die tatsächlichen Wohnkosten automatisch als angemessen zu berücksichtigen. Beim Kinderzuschlag gibt es ebenfalls befristete erleichterte Zugangsbedingungen. In das Arbeitszeitgesetz wird eine Verordnungsermächtigung eingefügt, um Ausnahmeregelungen zu erlassen. Damit soll die Aufrechterhaltung lebenswichtiger Infrastruktur gewährleistet werden. Soziale Dienstleister und Einrichtungen der Fürsorge werden im Rahmen eines besonderen Sicherstellungsauftrages durch Bund, Länder und Sozialversicherungsträger fi-

nanziell unterstützt, um ihren Bestand nicht zu gefährden. Hinzuverdienstgrenzen in der Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte werden gelockert. In das Infektionsschutzgesetz wird ein Entschädigungsanspruch für Verdienstauffälle bei behördlicher Schließung von Schulen und Kitas zur Eindämmung der aktuellen Pandemie aufgenommen.

Der Bund will in diesem Jahr Kredite in Höhe von 156 Milliarden Euro aufnehmen.

GESUNDHEIT Das Hilfspaket beinhaltet 3,5 Milliarden Euro unter anderem für Schutzausrüstung, die Entwicklung eines Impfstoffs sowie weitere Behandlungsmaßnahmen, die helfen können, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Zudem sind 55 Milliarden Euro vorgesehen, um flexibel auf die Pandemie und ihre Folgen reagieren zu können. Kliniken, die geplante Operationen verschieben und dafür Intensivbetten für Coronapatienten bereitstellen, sollen einen finanziellen Ausgleich erhalten. Auch für niedergelassene Ärzte

mit Einnahmeausfällen ist eine Kompensation geplant. Die Zahl der Intensivbetten soll möglichst verdoppelt werden. Mit einer Änderung des Infektionsschutzgesetzes sollen Kompetenzen beim Bund gebündelt werden, um effektiver auf bundesweite Epidemien reagieren zu können.

RECHT Ein Rettungsschirm wird auch über Mietern, die in Folge der Coronakrise in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, gespannt. Sie sollen vorerst nicht mehr gekündigt werden können. Für Verbraucher und Kleinunternehmen soll zudem gewährleistet werden, dass sie insbesondere von Leistungen der Grundversorgung wie Strom, Gas und Telekommunikation nicht abgeschnitten werden. Für Unternehmen sollen die Insolvenzantragspflicht und die Zahlungsverbote bis zum 30. September ausgesetzt werden.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

MEHR BUNDESKOMPETENZEN IM KRISENFALL?

Festival des Eigensinns

PRO

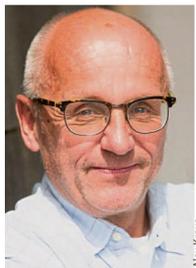


Robert Birnbaum, »Der Tagesspiegel«, Berlin

Ein Flickenteppich ist im Grunde eine gute Sache: preiswert, pflegeleicht, lässt sich in jeder Größe passgenau knüpfen und führt alte Socken einer nützlichen Verwendung zu. Wäre der deutsche Föderalismus immer das, was er sein sollte – der Flickenteppich wäre sein Ehrensymbol. Leider hält die Ländergliederung nicht immer, was sie verspricht. Leider bietet die Corona-Krise unschöne Beispiele. Und so muss der Flickenteppich wieder mal als Fußabtreter fürs Durcheinander herhalten. Es geht dabei zum Glück nicht um Leben oder Tod. Das Corona-Virus stellt die praktische Solidarität bisher nicht in Frage. Kein Bundesland hortet Dinge, die ein anderes braucht. Alle nehmen zentrale Hilfe an. Es ist sinnvoll, dass die Bundeswehr Masken für alle beschafft und nicht jedes Ländle hamstert. Es nimmt den Ländern nichts, wenn der Bund solche Kompetenzen im Krisenfall auch formal an sich zieht. Trotzdem bleibt die Grundidee richtig, dass vieles vor Ort am Besten geregelt wird. Der Flickenteppich hat andere Sorgen als der Flicker Berchtsgaden. Zum Problem wird der Partikularismus allerdings, wenn Länderfürsten aus dem Wettbewerb um beste Lösungen ausgerechnet jetzt ein Festival des Eigensinns machen. Die Corona-Krise ist die komplizierteste in der Geschichte der Republik. Klare Kommunikation wird im Wortsinn überlebenswichtig. Es ist egal, ob die Botschaft an die Bürger lautet: „Jedes Land ist anders und braucht andere Maßnahmen“ oder „Wir handeln gemeinsam“. Die Linie muss aber einheitlich sein. Wer in dieser angespannten Situation den Alleingang kultiviert oder gar andere bewusst als zögerliche Depen dastehen lässt, der nimmt dem Föderalismus seine Berechtigung. Die Länder konstituieren die Bundesrepublik. Aber sie müssen es eben auch tun. Der Flickenteppich ist eine gute Sache. Nur – wenn er an allen Ecken ausfasert, dann gehört er auf den Müll.

Schutz vor Willkür

CONTRA



Stephan Hebel, freier Journalist

Keine Frage, der Föderalismus gehört zu den anstrengenderen Elementen im Staatsgefüge. Aber ist es nicht oft so, dass Demokratie sich gerade an diesen Elementen erweist? Die Rechte des Parlaments, die Rechte der Einzelnen auf Widerspruch und Klage, die formalen Regeln für Justiz und Verwaltung oder eben der Interessenausgleich zwischen Bund und Ländern – all das macht das Regieren nicht einfacher. Aber es schützt am Ende alle vor unüberlegtem Durchgreifen der Zentralregierung und vor Willkür, wenn das Detailwissen der zwischengeschalteten Instanzen mit einbezogen wird. Gesundheitsminister Jens Spahn hat all das ignoriert, als er jetzt den Bund mit weitreichenden und damit fragwürdigen Kompetenzen im Infektionsschutz ausstatten wollte – ohne vorher die Länder zu befragen und erst nach massivem Druck der Opposition zunächst auf ein Jahr befristet. Spahn hat die Krise für den Versuch genutzt, am föderalen Gefüge herumzuschrauben. Gerade in Krisenzeiten kommt immer wieder die Idee zum Vorschein, dass alles viel schneller und wirkungsvoller ginge, wenn nicht so viele „störende“ Instanzen im Wege stünden. Aber gerade in Krisenzeiten ist es notwendig, sich dagegen zu wehren, denn sie sind die wichtigsten Tests in demokratischer Standhaftigkeit – im Alltag ist Demokratie relativ einfach. Das alles bedeutet nicht, dass nicht über die eine oder andere Umverteilung von Kompetenzen nachgedacht werden könnte, auch beim Infektionsschutz. Aber weder darf das die Mitsprache der Länder so weit einschränken, wie Spahn es wollte, noch dürfen die Länder derart überrumpelt werden. Denn auch der Föderalismus selbst ist nur im föderalen Austausch zu verhandeln.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 8. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Ernst, ein Rettungspaket in Milliardenhöhe, quer über alle Branchen und Unternehmensformen hinweg – wie zufrieden sind Sie mit der Antwort der Bundesregierung auf die Corona-Krise?

Es ist ein sehr wichtiges Paket mit einem Finanzvolumen, das zum jetzigen Zeitpunkt ausreichend ist. Insgesamt ist es eine gute Sache, mit der wir hoffentlich das Erreichen, was erreicht werden soll, nämlich die enormen wirtschaftlichen Risiken dieser Krise wirtschaftlich zu bewältigen. Deswegen haben wir im Bundestag auch zugestimmt. Wir hätten uns allerdings an der einen oder anderen Stelle Nachbesserungen gewünscht.

Wo hätten Sie nachgebessert?

Wir hätten gerne das Kurzarbeitergeld von 60 bis 67 Prozent auf 90 Prozent des Nettolohns erhöht, denn von 60 Prozent kann gerade im Niedriglohsektor niemand leben. Die Arbeitgeber bekommen die Sozialbeiträge in voller Höhe erstattet. Es wäre fair gewesen, auch die Arbeitnehmer besser abzusichern. Außerdem wollten wir im Gesetz geregelt sehen, dass Unternehmen, die unter den staatlichen Rettungsschirm schlüpfen, nicht gleichzeitig Dividenden ausschütten oder Sonderboni an Vorstände oder Aufsichtsräte auszahlen. Auch gehören, ähnlich wie vor Jahren bei der Commerzbank, die Bezüge der Vorstände in einem solchen Fall begrenzt.

Wie bewerten Sie weiterreichende Änderungen, etwa im Mietrecht, wo es für Mieter die Möglichkeit geben soll, bei Corona-bedingten Schwierigkeiten die Miete schuldig zu bleiben?

Wir hätten uns darüber hinausgehend ein Verbot von Mietvertragskündigungen, Zwangsrumrungen und Stromsperrungen während der Krise gewünscht. Außerdem erwarten wir Lösungen für diejenigen, die auch nach der Krise ihre Mietschulden nicht in der vorgesehenen Zeit werden begleichen können. Im Moment werden Insolvenzrisiken nur verschoben – auf die Vermieter oder die Versorgungsunternehmen.

Welche Lösung schwebt Ihnen da vor?

Grundsätzlich können wir erwarten, dass auch die Immobilienwirtschaft einen Beitrag zur Bewältigung der Krise leistet. Wenn Vermieter oder Versorgungsunternehmen durch die Stundungsregelungen in Bedrängnis kommen, stehen ihnen ebenfalls die Hilfspakete offen. So verhindern wir, dass Steuergelder in Bereiche fließen, die es auch ohne Unterstützung schaffen können, damit wir die unterstützen, die es wirklich nötig haben.

Direkter soll es mit den Soforthilfen funktionieren, die Selbstständige und Kleinunternehmen schnell unterstützen sollen. Wie durchdacht ist das?

Das Finanzvolumen von 50 Milliarden Euro erachten wir als ausreichend und wir halten das Vorhaben insgesamt für wichtig. Es hilft denen, die in der Regel über kaum ein finanzielles Polster verfügen, ihre laufenden Kosten nicht mehr decken können und ohne diese Hilfe in ihrer Existenz bedroht wären. Gewünscht hätten wir uns einen höheren Betrag für die Menschen, die sich in Folge der Krise über Hartz IV versorgen müssen.

Wie stehen Sie zu Forderungen nach allgemeinen Steuersenkungen als Entlastung für möglichst viele?

Allgemeine Steuersenkungen, insbesondere für Unternehmen, belasten den Staatshaushalt langfristig und sind überdies überflüssig. Wir haben jetzt schon eine geringere Reinvestitionsquote von Gewinnen als vor 20, 30 Jahren. Stattdessen denken wir über eine Vermögensabgabe für Reiche und Superreiche nach, um diese angemessen an

»Ein wichtiges Paket«

KLAUS ERNST Bei aller Zustimmung wünscht sich der Linkspolitiker Nachbesserungen im Sinne der Arbeitnehmer.



© Katja Julia Fischer

den Kosten der Krise zu beteiligen. Dagegen sind Steuersenkungen bei kleinen und mittleren Einkommen durchaus sinnvoll.

Welche Regelungen fordern Sie für Unternehmen, die Hilfgelder erhalten?

Mit unserem Plädoyer für eine Begrenzung von Vorstandsgehältern und von Dividendenausschüttungen stehen wir nicht allein da. Wir werden darauf dringen, dass solche Punkte noch ins Gesetz aufgenommen werden. Es ist Bürgern nicht verständlich zu machen, dass das ganze Land auf Verzicht getrimmt ist, aber sich einige in der

Situation eine goldene Nase machen. Ich möchte das Beteiligungsrecht und die Prüfmechanismen des Bundestags schärfen.

Während die Hilfen für Kleinunternehmen und Großbetriebe geregelt sind, scheinen kleinere Firmen die zu sein, die durchs Raster fallen.

Die kurzfristigen Zuschüsse erhalten Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten. Alle größeren Unternehmen können sich um Liquiditätshilfen in Form von Krediten und Bürgschaften bemühen, für die der Staat 90 Prozent des Risikos übernimmt.

Dies sollte ausreichen, damit die Hausbanken die Kredite auch vergeben. Es liegt an den Hausbanken, insbesondere an denen des öffentlichen Sektors, die eingehenden Kreditanträge jetzt schnell und unbürokratisch zu prüfen und auszusuchen. Das ist ihr Job. Darüber hinaus brauchen wir bei den verschiedenen Programmen eine gute Abstimmung zwischen Ländern und Bund.

Keine Prüfung mehr der Wohnungsgrößen, auch Entgegenkommen beim Thema Mietzahlungen – eigentlich ziemlich linke Politik, oder?

Ja, nur muss man jetzt insgesamt aufpassen, dass wir keine Sozialisierung der Verluste und eine weitere Privatisierung der Gewinne erleben. Wenn sich der Staat an einem Unternehmen beteiligt, muss es eine aktive Beteiligung sein, und der Staat muss nach der Rückkehr in die Gewinnzone seine Anteile entsprechend verzinst bekommen. Schön wäre, wenn linke Ideen auch im Normalzustand aufgegriffen würden, nicht nur im Krisenmodus. Zum Beispiel haben wir die Privatisierung des Gesundheitssystems, die dazu geführt hat, dass jetzt zu wenig Pflegepersonal da ist, dass Notfallbetten und Schutzausrüstung knapp werden, immer abgelehnt.

Wer soll so eine aktivere Rolle des Staates bezahlen?

Bezahlt werden muss es von den Bürgern und Bürgern. Allerdings von allen, nicht nur von den Kassenpatienten. Deshalb treten wir auch dafür ein, dass die gesetzliche Krankenversicherung als eine allgemeine Bürgerversicherung, in der alle Mitglied sind, organisiert wird.

Sehen Sie eine Chance in der derzeitigen Krise, an diesen Zuständen grundsätzlich etwas zu ändern?

Ohne die Krise wäre der kritische Blick auf unser Gesundheitssystem sicher nicht so intensiv. Gleiches gilt für die Abhängigkeit bei der Versorgung – es stellen sich Fragen, etwa ob es richtig war, bestimmte Produktionen komplett ins Ausland zu verlagern. Das Problem hat sich schon vor der Corona-Krise gezeigt. Bestimmte systemrelevante Produkte wird man wieder in Europa herstellen müssen, auch wenn es teurer ist. Billig hilft nichts, wenn es nicht da ist.

Inwiefern kann die Situation dazu dienen, auch die Rolle von Parlamentarismus zu überdenken?

Das Tempo, in dem wir diese Gesetze verabschiedet haben, macht mir Angst – genauso wie die Art und Weise, wie der Bundestag dabei seine Arbeit organisiert hat. Wir hätten uns durchaus eine ganze Woche Zeit nehmen können, um die Gesetze, in denen es immerhin um eine Neuverschuldung über 156 Milliarden Euro ging, ausführlich zu beraten. Prinzipiell brauchen wir umso mehr parlamentarische Kontrolle, je mehr Macht der Regierung zuwächst. Der Bundestag hat Vorkehrungen getroffen, damit er auch in Zeiten von Corona handlungsfähig bleibt. Wir erwarten schließlich von Krankenpflegern, Ärzten und Feuerwehr, dass sie ihren Job machen. Da kann man von gut bezahlten Abgeordneten das gleiche erwarten – schließlich haben wir gezeigt, dass es möglich ist, mit dem entsprechenden Sicherheitsabstand zu tagen.

Das Gespräch führte Kristina Pezzei

Klaus Ernst (65) ist Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses.



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Eigene: Andreas Mattfeldt

Den Abgeordneten Andreas Mattfeldt erwischt man telefonisch auf dem Weg nach Berlin, gleich steigt er in Hannover in den ICE. „Ich nehme eigentlich immer den Zug, die Verbindung ist gut“, sagt er und zeigt sich wegen Corona „wenig bange, wir Jungs vom Lande kennen die Gefahren von Viren und halten Abstand“. In der Hauptstadt warten Krisensitzungen auf ihn, denn der Bundestag muss auf die Wirtschaftskrise reagieren. „Wir versuchen das abzufedern“, sagt Mattfeldt, „ich hab die Unterlagen für ein Maßnahmenpaket im Gepäck“. Im Kern geht es um Cash. „Kein gesundes Unternehmen darf wegen Corona-Folgen in Insolvenz geraten“, gibt Mattfeldt als Ziel vor. Betriebe sollen mit liquiden Mitteln versorgt werden, „das hilft für ein bis drei Monate, dann aber muss die Realität wieder zurückkehren“. Und er fürchtet, dass alles länger dauern könnte: die Rückzüge, die Stillstände – „es geht gerade in einer Dimension runter, dass wir uns besinnen und uns vielleicht auf geringere Lebensqualitäten einstellen müssen“. Von der Agentur für Arbeit aus seinem Wahlkreis hört er von vielen Anfragen auf Kurzarbeitergeld, „mit einer höheren Arbeitslosenquote rechne ich schon“. Wenn man Mattfeldt fragt, was er studiert hat, antwortet er gern zugespitzt, er sei Schlachter. Jedenfalls ist der Industriekaufmann der Mann für ungeschönte Worte. Seinen Wahlkreis Osterholz-Verden gewann er 2009 für die CDU – eine Sensation, war dies doch seit 1945 eine Bank für die SPD gewesen. Sein Mandat verteidigte er, der in der Lebensmittelbranche und danach als Bürgermeister

© DBT/achim Meide



»Kein gesundes Unternehmen darf wegen Corona-Folgen in Insolvenz geraten.«

Rasch erwähnt er Leute, die man kennt und die er duzt. Mattfeldt, der Mann mit dem kurzen Draht, der keine Schwurbelsätze spricht und Monologe meidet. Der auch mit denen aus anderen Fraktionen ein Bierchen trinkt, eben ein „klassischer Parlamentarier – ich will kein Staatssekretär oder Sprecher von irgendetwas werden. Früher hatten die Abgeordneten mehr Selbstachtung, dabei ist es doch das Parlament, das sich eine Regierung hält und nicht andersrum.“

Das wiederum bringt ihn zurück zum Schlachter. Als Kanzlerin Angela Merkel in ihrer Fernsehansprache den Kassenkräften in den Märkten dankte, überfiel ihn ein kleiner Schauer. „Merkel hat verstanden: Wenn die nicht mitziehen, bricht die Versorgung zusammen. Wir können das Land nicht nur mit Juristen und Politologen regieren. Kassenkräfte sind da in der Krise anscheinend systemrelevanter.“ Und glaubt man, Mattfeldt in eine gedankliche Schublade gesteckt zu haben, springt er wieder heraus. Der Wirtschaftsliberale hat zum Beispiel dem Fracking den Kampf angesagt – erfolgreich, eine „Mattfeldt-Gruppe“ aus Unionsabgeordneten hat sich um ihn gebildet; die Erdstöbe in seinem Wahlkreis hatte er als erster CDU-Politiker mit Gasbohrungen in Verbindung gebracht, damals lachte man ihn noch aus. Heute hört man ihn. „Ich bin halt nicht für eine bestimmte Industriebranche gewählt worden.“ Es herrscht ein Moment Stille. „Aber ein grüner Spinner bin ich auch nicht.“ Schubladen sind eher was für andere. Der Zug erreicht Wolfsburg. Mattfeldt sieht der VW-Fabrik hinterher, „da stehen jetzt auch die Bänder still“. Das Gesundheitssystem habe die Corona-Krise im Griff, sagt er und spricht sich für das Einfliegen von erkrankten Patienten aus Nachbarländern aus. „Nur den großen Existenzängsten gerade der kleinen Unternehmen müssen wir rasch beikommen.“ Die Schuldenbremse des Bundes ist gelöst, ein Schutzschirm soll her. Nach 67 Minuten bis Berlin-Hauptbahnhof. Jan Rübel

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ahe)

Verantwortliche Redakteure
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezzei (pez)
Sören Christian Reimer (scr) Cvd
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Rotes

Redaktionsschluss
27. März 2020

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Marfilden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
faiz-com-anzeigen@intime-media-services.de



„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



In Italien wütet das Virus besonders heftig und fordert mehr Tote als anderswo. Inzwischen muss das Militär einspringen, um die vielen Särge abtransportieren zu können. Von normalen Bestattungen kann längst keine Rede mehr sein.

© picture-alliance/abaca

Der unsichtbare Feind

CORONAPANDEMIE Das Virus zwingt die Wirtschaft nieder und legt das öffentliche Leben lahm. Wie lange?

In der Coronakrise ist schon nach wenigen Wochen nichts mehr so, wie es einmal war. In einem bemerkenswerten Tempo verändert sich das öffentliche Leben, muss sich verändern, um die weitere Ausbreitung des neuen Coronavirus (Sars-CoV-2) einzudämmen. Das scheinbare Paradox lautet: Sozial verhält sich, wer soziale Kontakte meidet. Weniger reisen, weniger Treffen, denn jeder Kontakt zwischen Menschen birgt das Risiko einer Infektion und die Möglichkeit des Beginns einer neuen Infektionskette. Die Sicherheitsauflagen werden drastischer, ihre Halbwertszeit immer kürzer. Was gestern noch völlig überzogen schien, wirkt heute schon angemessen und sinnvoll.

Die mit Abstand häufigsten Symptome für die Infektion waren der Studie zufolge Fieber, Atemnot und Husten. In Deutschland haben sich Bund und Länder auf umfangreiche Vorschriften und Regeln verständigt, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, und damit das öffentliche Leben in weiten Teilen lahmgelegt. Freizeit- und Kultureinrichtungen sind dicht, der Tourismus ist quasi eingefroren, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen reglementieren den Besucherverkehr.

Strenge Auflagen Als Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sich unlängst via TV direkt an die Bürger wandte, schwante auch dem letzten Skeptiker, dass die Lage ernst ist. Bevor Merkel auf die Auflagen zu sprechen kam, listete sie in ihrer Ansprache erst einmal jene Dienstleistungen auf, die auf jeden Fall bestehen bleiben sollen. Das betrifft vor allem Industrie und Wirtschaft und damit die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen. Der Lebensmitteleinzelhandel, Apotheken, Tankstellen, Banken oder Poststellen sollen geöffnet bleiben. Die Supermärkte dürfen jetzt auch sonntags öffnen, die großen Ketten machen bislang keinen Gebrauch davon, weil die Mitarbeiter nach Angaben des Handelsverbandes völlig erschöpft sind vom Andrang der Kunden in den vergangenen Wochen. Dennoch: Die zentrale Botschaft lautet, Versorgungsgüter sind nicht zu befürchten, Hamsterkäufe ergo nicht nötig und auch nicht hinzunehmen. Der Appell entfaltet allerdings mancherorts kaum Wirkung. Regale in Discountern sind teilweise ganz schnell leer, Toilettenpapier schwingt sich aus-

bekanntem Gründen zum neuen Goldstandard auf. Während die einen aus Angst vor einer eskalierenden Krise hamstern, vergnügen sich bis vor kurzem andere im Freien ungehindert bei „Coronapartys“. Die Appelle, Solidarität mit Alten und Kranken zu zeigen, verpuffen bisweilen, als wäre das alles nur ein Videospielel im Internet. Bund und Länder reagierten mit rigiden Kontaktsperren, die Merkel nach einer Videokonferenz mit den Länderchefs im Detail verkündete, bevor sie sich selbst in Quarantäne begab, nachdem sie von einem infizierten Arzt behandelt worden war. Die Coronatests bei ihr fielen negativ aus.

Die von Merkel verkündete neue Liste an Restriktionen (siehe Grafik) beinhaltet die Regel, dass maximal zwei Menschen gemeinsam unterwegs sein sollen, es sei denn, es handle sich um Personen aus demselben Haushalt. Bürger werden angehalten, Kontakte zu anderen auf ein Minimum zu reduzieren und in der Öffentlichkeit einen Mindestabstand von 1,5 bis 2 Metern einzuhalten. Öffentliche und private Feiern in Gruppen werden untersagt, Gastronomiebetriebe geschlossen. Bei absichtlichen Verstößen gegen die Auflagen drohen empfindliche Strafen. Die Vorschriften gelten für mindestens zwei Wochen. Rechtsgrundlage für die von Ländern und Kommunen durchgesetzten Auflagen ist das Infektionsschutzgesetz (IfSG), das nun geändert wurde, um dem Bund mehr Durchgriffsrechte zu geben. In anderen Staaten gelten inzwischen noch wesentlich schärfere Ausgangssperren, so zum Beispiel in Frankreich und Großbritannien. In manchen Ländern wird zudem

das Militär zur Unterstützung ziviler Einsatzkräfte herangezogen. Auch die Bundeswehr steht bereit für den Kampf gegen den unsichtbaren Feind. Gefragt ist Hilfe bei organisatorischen und logistischen Aufgaben. Zudem können bestimmte medizinische Kapazitäten der Bundeswehr genutzt werden. So soll in Berlin auf dem Messegelände ein provisorisches Notfallkrankenhaus mit 1.000 Betten für Coronapatienten entstehen. Politiker müssen in der Krise auch persönlich umdenken und sich anpassen, um das Infektionsrisiko zu verringern. Vermehrt wird auf Videokonferenzen und andere digitale Kommunikationsformen zurückgegriffen, während auf Sitzungen und Versammlungen aller Art möglichst verzichtet wird. Der Bundestag präsentiert sich in dieser Krisenlage ausgedünnt, aber handlungsfähig. Mitarbeiter und Abgeordnete bleiben, wenn möglich, zu Hause, die Sitzungswoche wurde auf ein Rumpfprogramm reduziert.

Manche Leute trauern ihrem geliebten Fußball hinterher oder dem abgesagten Konzert, bei anderen geht es schlicht um die Existenz. Die Touristikbranche steckt in der größten Krise aller Zeiten, Hotelbetreiber sind ebenso schwer getroffen wie Restaurantbesitzer, kleine Dienstleister und große Fluggesellschaften. Außenminister Heiko Maas (SPD) verkündete erstmals eine globale Reiseverbot, die EU verhängte ein Einreiseverbot, wozu die USA. Das Außenamt koordiniert Rückholaktionen für Bundesbürger im Ausland. Maas sprach von einem „Stresstest für alle“.

Geld für alle US-Präsident Donald Trump ging rhetorisch noch einen Schritt weiter und erklärte dem Coronavirus den Krieg. Die US-Regierung verständigte sich mit dem Kongress auf ein gigantisches Hilfspaket im Umfang von rund zwei Billionen Dollar. Trump will unter anderem „Heli-

koptergeld“ in Form von Barchecks an die Bevölkerung verteilen, um den Konsum zu beleben, während die Mängel im Gesundheitssystem bei steigenden Fallzahlen immer deutlicher zutage treten. In New York steigt die Zahl der Infizierten und Toten sprunghaft, von chaotischen Zuständen in den Kliniken ist die Rede. Manche Ärzte sprechen von einem Coroneinsatz „an der Front“ und verlangen eine adäquate Schutzausrüstung.

Industrie stockt Die Autoindustrie samt Zulieferern steckt gleichfalls in der Klemme, weil Lieferketten ausfallen, Mitarbeiter krank sind und die Nachfrage stockt. Die Automobilkonzerne haben die Produktion in Deutschland befristet eingestellt, während in China die Fertigung langsam wieder anläuft. Für die Luftfahrtbranche wird die Luft dünn, Staatshilfen könnten bei Airlines greifen, bei der Lufthansa steht ein Großteil der Flotte still. Von der Krise schwer gezeichnet sind auch Klein- und Kleinstbetriebe, die um das Überleben kämpfen, weil ihr Geschäft zum Erliegen gekommen ist und sie oftmals nur auf geringe finanzielle Reserven zurückgreifen können.

Vollswirte sagen voraus, dass eine globale Rezession nicht mehr abzuwenden ist, an den Börsen wird dieses Szenario mit heftigen Kursenbrüchen vorweggenommen, die so schnell und stark ausfallen wie nie zuvor. Während Wirtschaftsfachleute und Börsianer noch nicht richtig abschätzen können, wie hart die Einschnitte für die Branchen sein werden, reagieren Einzelstaaten, die EU und die Europäische Zentralbank (EZB) mit beispiellosen monetären Schuttschirmaktionen.

schuldenkrise auslösen könnte, auch die Verschuldung von Unternehmen insbesondere in den USA wird kritisch gesehen. Dort zeichnet sich eine Kündigungswelle gefolgt von steigender Arbeitslosigkeit ab. In Deutschland soll eine Pleitewelle unbedingt verhindert werden, der Schuttschirm erstreckt sich daher auch auf kleine und mittelgroße Firmen. Bei großen Unternehmen ist eine direkte, zeitlich begrenzte Beteiligung des Staates denkbar. Ob alle Banken die Krise schadlos überstehen, wird von manchen Experten angezweifelt.

Nach Berechnungen des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung wird die Coronakrise enorme Kosten verursachen durch Produktionsausfälle und Arbeitslosigkeit. „Die Kosten werden voraussichtlich alles übersteigen, was aus Wirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bekannt ist“, sagte Ifo-Präsident Clemens Fuest. Die Wirtschaftsleistung könnte den Berechnungen zufolge um bis zu 20,6 Prozentpunkte oder rund 729 Milliarden Euro schrumpfen.

Vager Ausblick Auf die Kernfrage, wie lange die Viruskrise andauern wird, gibt es noch keine verlässliche Antwort. Einige politische Stellungnahmen dazu sind eher von Hoffnung als von Fakten geprägt. Derweil werden bereits in verschiedenen Ländern mögliche Impfstoffe und Medikamente gegen das Coronavirus getestet. In den USA ließ sich erstmals eine Frau einen Impfstoff gegen das neue Virus injizieren. Die klinische Testphase habe in Rekordzeit begonnen, erklärte der Direktor des Nationalen Instituts für Infektionskrankheiten, Anthony Fauci, der in den USA als Stimme der Vernunft wahrgenommen wird und sich auch nicht scheut, den Präsidenten mit unsympathischen Fakten zu konfrontieren. Die Entwicklung eines Impfstoffs werde sich gleichwohl über mindestens ein bis anderthalb Jahre hinziehen. Ein Lichtblick schien zuletzt aus Italien zu kommen. Dort flachte die Infektionskurve erstmals vorübergehend ab, bevor sie dann wieder stieg. Die vage Hoffnung besteht, dass schon wenige Wochen nach dem Einfrieren des öffentlichen Lebens erste Erfolge im Kampf gegen das Virus sichtbar werden. Italiener und Spanier setzen darauf, dass sie den Höhepunkt der Krise womöglich schon gesehen haben. Alle anderen hoffen das auch, denn Politiker sorgen sich vor den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen einer längeren Auszeit, zumal die Akzeptanz für die angeordneten Einschränkungen nachlassen könnte. Rufe nach einer Exit-Strategie werden laut, die Zeit nach Ostern wird genannt. Aber allen ist klar: Es zählen Fakten, nicht Gefühle.

Claus Peter Kosfeld

»Jeder kann und muss dazu beitragen, das Virus aufzuhalten.«

Angela Merkel (CDU)
Bundeskanzlerin

»Wir alle müssen uns umeinander kümmern, dann kommen wir da durch.«

Olaf Scholz (SPD)
Bundesfinanzminister

Deutschlandweite Corona-Maßnahmen in Abstimmung von Bund und Ländern

Kontakte zu anderen Menschen außerhalb der Angehörigen des eigenen Hausstands sind auf ein absolut nötiges Minimum zu reduzieren!

Rausgehen ist weiterhin erlaubt:

- alleine
- zu zweit
- im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstands
- Bei allen anderen Personen gilt: Mindestabstand von 1,5 Metern
- Weiter möglich bleiben:**
- der Weg zur Arbeit
- Einkäufe
- Arztbesuche
- Teilnahme an Sitzungen, erforderlichen Terminen und Prüfungen
- Hilfe für Andere
- individueller Sport und Bewegung an der frischen Luft
- Weg zur Notbetreuung der Kinder
- sowie andere notwendige Tätigkeiten

Weitere Maßnahmen und Regelungen:

- Gruppen feiernder Menschen in Freien und in Wohnungen sind verboten.
- Gastronomiebetriebe werden geschlossen, ausgenommen mitnahmefähige Speisen.
- Dienstleistungsbetriebe für Körperpflege wie Frisöre, Kosmetikstudios, Massagepraxen, Tattoostudios werden geschlossen. Medizinisch notwendige Behandlungen bleiben weiter möglich.
- In allen Betrieben müssen die Hygienevorschriften eingehalten werden. Wirksamer Schutz für Mitarbeiter und Besucher.
- Maßnahmen gelten zunächst bis 06. April Verstöße werden sanktioniert

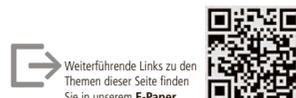
Weitergehende Regelungen aufgrund von regionalen Besonderheiten oder epidemiologischen Lagen in den Ländern oder Landkreisen bleiben möglich.

Quelle: Bundesregierung, dpa Grafikquelle: dpa+100756 (editiert)

Riesige Bugwelle Die Entwicklung der Pandemie lässt sich anhand des aktuell verfügbaren Zahlenmaterials ebenso anschaulich wie dramatisch darstellen und beinhaltet eine klare Botschaft: Es wird gerade schlimmer, nicht besser. Täglich nimmt die Zahl der Infizierten in Europa deutlich zu, die Kurven werden steiler. Inzwischen wird Europa als das „Epizentrum“ der Krise angesehen, während in China die Fallzahlen nach offiziellen Angaben stagnieren oder rückläufig sind. Angeblich wurden neue Fälle zuletzt nur noch „importiert“.

In Italien, Spanien, Deutschland, Frankreich und der Schweiz sowie abgeschwächt in den anderen europäischen Staaten türmt sich die Bugwelle der Infektionen bedrohlich auf. Vor allem in Italien ist das Gesundheitssystem völlig überlastet, zweifelhafte Ärzte und Pfleger senden via Internet Hilferufe in alle Welt. Auch Spanien steuert auf eine Krankenhausnotlage zu. Markante Unterschiede gibt es in den Ländern bei der Zahl der Todesfälle durch die Epidemie. So sind in Italien und Spanien inzwischen mehr Tote zu beklagen als in China, während das Virus in Deutschland bislang relativ wenige Tote gefordert hat. Die schmucklose und massenweise Bestattung der Toten, der nächtliche Transport der Särge auf Militär-Lkw in Italien, ist zum Schreckensbild der Seuche geworden und schürt nicht nur dort Ängste. Nach Ansicht des Zivilschutzes in Italien hängt die hohe Todesrate damit zusammen, dass die Bevölkerung im Schnitt relativ alt ist und in vielen Haushalten mehrere Generationen unter einem Dach leben.

Nach einer Studie des italienischen Instituts für Gesundheit (ISS) auf der Basis von rund 2.000 Toten lag das Durchschnittsalter der Verstorbenen bei 79,5 Jahren, zu 70 Prozent waren es Männer. Die weitaus meisten Opfer hatten eine oder mehrere Vorerkrankungen, am häufigsten Bluthochdruck, Diabetes und koronare Herzkrank-



Produktionswerke stehen still, Restaurantketten melden Insolvenz an, branchenübergreifend schicken Unternehmen ihre Beschäftigten in Kurzarbeit: Die Corona-Krise stürzt die Wirtschaft in die Rezession mit einem Ausmaß, das die Finanzkrise vom Ende des vergangenen Jahrzehnts überschreiten dürfte. „Die deutsche Wirtschaft steht unter Schock“, sagte der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Clemens Fuest, in der vergangenen Woche und vermeldete einen beispiellosen Konjunkturreinbruch: Der Ifo-Index für das Geschäftsklima ist im März auf 86,1 Punkte gefallen nach 96,0 im Vormonat. Es war der stärkste Rückgang des Konjunkturbarometers seit der deutschen Wiedervereinigung. Zuvor hatten Ökonomen von vier führenden Wirtschaftsforschungsinstituten eine schrumpfende Wirtschaftsleistung für dieses Jahr prognostiziert – wie stark, dürfte auch vom weiteren Verlauf der Krise abhängen, dazu kommen Sorgen vor einer neuen Staatsschuldenkrise in Europa.

Bundesregierung und Länder wollen mit einem beispiellosen Hilfspaket den Absturz und die Folgen für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft abmildern. Der Bundestag beschloss dazu ein umfangreiches Gesetzespaket, das auf einem Nachtragshaushalt von 156 Milliarden Euro fußt (siehe Text unten). „Drei Millionen Solo-Selbstständige, Handwerker und Freiberufler schaffen Arbeit für zehn Millionen Menschen“, sagte Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) im Bundestag. Daher sei der geplante Schutzschirm richtig. Mit Krediten und Garantien für Firmen trage die Bundesregierung dazu bei, „dass die Pandemie am Ende nicht Strukturen zerstört, die über 70 Jahre gewachsen sind“. Die Maßnahmen von Bundeseite ruhen auf mehreren Säulen: Kleinunternehmen und Soloselbstständige sollen Soforthilfen als steuerbare Zuschüsse erhalten können. Diese könnten bis zu 9.000 Euro als Einmalzahlung für drei Monate bei bis zu fünf Beschäftigten betragen beziehungsweise bis zu 15.000 Euro als Einmalzahlung für drei Monate bei bis zu zehn Beschäftigten. Die Hilfe soll für Kleinunternehmen aus allen Wirtschaftsbereichen sowie Soloselbstständige und Angehörige der Freien Berufe bis zu zehn Beschäftigten gelten. Ziel sei ein „Zuschuss zur Sicherung der wirtschaftlichen Existenz“ und zur „Überbrückung von akuten Liquiditätsgaps“. Das Programmvolumen umfasst bis zu 50 Milliarden Euro bei maximaler Ausschöpfung von drei Millionen Selbstständigen und Kleinunternehmen. Nicht verwendete Haushaltsmittel fließen in den Haushalt zurück. Weiter plant die Bundesregierung, mit einem Sondervermögen die geplanten Sonderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu flankieren. Zum Aufbau dieses Wirtschaftsstabilisierungsfonds hat der Bundestag ein Entwurf der Koalitionsfraktionen beschlossen (19/18109), mit dem die Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz ändern und umbenennen will. Der Fonds zielt darauf ab, die Realwirtschaft zu unterstützen und Arbeitsplätze zu sichern. Er umfasst 400 Milliarden Euro Staatsgarantien für Verbindlichkeiten, 100 Milliarden Euro für direkte staatliche Beteiligungen sowie 100 Milliarden Euro für Refinanzierung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Auch Start-ups sollen von den Gel-



Vom Virus befallen

WIRTSCHAFT Corona stürzt die Wirtschaft in eine Rezession, die tief und lang wirken dürfte. Bundestag und Länder halten mit milliardenschweren Hilfsprogrammen dagegen.

Gegen den Trend: Mundschutzhersteller wie die Firma Brändl aus dem Erzgebirge sind gefragt wie nie.

dem profitieren können – Bedingung ist allerdings wie für andere Firmen auch ein Nachweis über die Systemrelevanz. Die Entscheidung über zu bewilligende Maßnahmen sollen die Ministerien im Einvernehmen treffen. Neben den Vorstößen von Seiten der EU (siehe Seite 3) können sich Unternehmen zusätzliche Unterstützung von den Landesregierungen erwarten, die eigene Hilfsprogramme aufgelegt haben. Bayern will insgesamt 40 Milliarden Euro locker machen, in Baden-Württemberg ist ein Sofortprogramm gestartet, Hessen spannt einen milliardenschweren Schutzschirm, ähnliches hat die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern begonnen. Aus anderen Landesparlamenten von Düsseldorf bis Dresden kommen ebenfalls Impulse, die mit dem Versprechen schneller, unbürokratischer Unterstützung über die Branchen

und Betriebsgrößen hinweg verbunden sind. Damit soll wohl auch Kritikern der Wind aus den Segeln genommen werden, die überbordenden Aufwand für die Betroffenen befürchten. So hatte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag „schlanke Prozesse“ gefordert, um Soforthilfen nicht auszubremsten. Vom Zentralverband des Deutschen Handwerks hieß es: „Schnellleiste ist das Gebot der Stunde.“ Der Handelsverband verwies auf die prekäre Situation von mittelständischen Einzelhändlern, die nicht auf Kredite warten könnten und direkte Finanzhilfen brauchten, um Schließzeiten zu überstehen. Indes zeichnet sich bei aller trüben Gegenwart ein Hoffnungsschimmer ab – gerade die Wirtschaftsinstitute, die einen rasanten Absturz prognostizieren, sagen einen schnellen Wiederaufstieg voraus: Das aktu-

ell äußerst pessimistische Kieler Institut für Weltwirtschaft hält im kommenden Jahr ein Wachstum von bis zu 10,9 Prozent für möglich. Einzelne Lichtblicke blitzen schon auf: Neben den Krisenprofiteuren im Lebensmittel Einzelhandel und den Drogeriemärkten hat manches Unternehmen seine Produktionslinien auf die aktuelle Situation eingestellt. Der Autozulieferer ZF in Friedrichshafen etwa stellt Atemschutzmasken in China für die eigenen Mitarbeiter her. Zettl Automotive, eigentlich auf Sitzbezüge spezialisiert, näht im Auftrag der bayrischen Landesregierung nun ebenfalls Masken. Und der schwäbische BekleidungsHersteller Trigema fängt einen Teil seines Absatzrückgangs mit der Herstellung von Mund- und Nasenschutzmasken auf – und kann so eigenen Angaben zufolge Kurzarbeit verhindern.

Kristina Pezzè

Schutz von Mietern vor Kündigung gestärkt

RECHT Einschneidende Änderung als Reaktion auf Krise

Den existenziellen Sorgen der Menschen angesichts der Corona-Krise will die Bundesregierung auch auf dem Gebiet des Rechts so gut wie möglich begegnen. Ein Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht (19/18110) wurde bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der AfD-Fraktion einstimmig angenommen. Kernpunkt der Vorlage sei das Mietrecht, sagte Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) in der Debatte über den Entwurf am vergangenen Mittwoch. Die einstimmige Zustimmung zeige, dass es einen breiten Konsens gebe, die Sorgen und Nöte der Menschen in diesem Land in dieser schwierigen Situation ernst zu nehmen. Die Redner der Opposition kritisierten einzelne Punkte, betonten aber, dass die Krise nur gemeinsam bewältigt werden könne. Lambrecht sagte, viele Menschen hätten Angst davor, dass sie aufgrund geringerer Einnahmen ihre Miete nicht mehr bezahlen können, ihnen dann womöglich gekündigt wird und sie auf die Straße gesetzt werden. Deswegen sei es wichtig, die Kündigungsmöglichkeit wegen Zahlungsverzug bis zum 30. Juni dieses Jahres auszusetzen. Auch die Vermieter würden durch die Möglichkeit, Darlehen auszusetzen, in dem Gesetz berücksichtigt. Mit einem Moratorium für Dauerschuldverhältnisse werde sichergestellt, dass Menschen, die keine Zahlungen mehr leisten können, nicht der Strom, das Wasser oder das Gas abgestellt wird. Das Gesetz schütze auch Firmen, etwa durch die Aussetzung von Insolvenzanträgen.

»Wir wollen den Menschen ihre existenziellen Sorgen nehmen.«

Jan-Marci Luczak (CDU)

Doppeltes Signal Jan-Marco Luczak (CDU) und Eva Högl (SPD) betonten, dass das Gesetzspaket massive Eingriffe in bestehende Regeln vorsehe, die jedoch auf das wirklich Nötigste begrenzt würden. Luczak sagte, niemand solle wegen der Corona-Krise seine wirtschaftliche Existenz verlieren. Es gehe darum, die Handlungsfähigkeit zu erhalten. Mit dem Gesetz solle ein doppeltes Signal ausgesendet werden: „Wir wollen den Menschen ihre existenziellen Ängste und Sorgen nehmen, insbesondere die, dass sie ihre Wohnung verlieren könnten und dass ihre Betriebsstätte nicht aufrechterhalten werden kann, und gleichzeitig wollen wir auch das Signal aussenden, dass wir den Wirtschaftskreislauf am Laufen halten, sodass das Vertrauen in den Fortbestand von Verträgen erhalten bleibt.“ Högl verwies darauf, dass das Gesetz bis zum 30. Juni 2020 befristet ist. Dann könne es gegebenenfalls verlängert werden. Wichtig sei auch, dass bei allen vorgesehenen Regelungen immer nachgewiesen werden muss, dass ein Zusammenhang zur Corona-Krise besteht. Die Vertreter der Opposition betonten den Willen ihrer Fraktionen, die von der Regierung geplanten Maßnahmen konstruktiv

zu begleiten. Stephan Thomae (FDP) sagte, dass in Krisen wie dieser der Rechtsstaat erkennbar bleiben müsse. Der Gesetzentwurf sei überwiegend sachgerecht und angemessen, teilweise stehe seine Fraktion der Vorlage jedoch kritisch und ablehnend gegenüber. Verlustängsten müsse entgegen gewirkt werden, und Verbraucher und Mieter brauchten Schutz, sagte Thomae. Mit den Maßnahmen würden die Probleme aber nur weitergereicht. Kleinunternehmer, Handwerker und Kleinvermieter würden dadurch verunsichert. Aus staatspolitischer Verantwortung werde die FDP dem Entwurf aber zustimmen. Friedrich Straetmanns (Linke) bezeichnete den Gesetzentwurf trotz Bedenken als zustimmungsfähig. Seine Fraktion begrüße vor allem den Schutz für Mieter, fordere aber weitergehende Regelungen. Auch außerhalb von Krisenzeiten dürfe niemand seine Wohnung verlieren. Eine Nachscharfung sei auch bei den Maßnahmen im Insolvenzrecht nötig. Es müsse verhindert werden, dass Unternehmen wirtschaftlich ausgehöhlt und gezielt in die Insolvenz geführt werden. Entsprechende Hinweise von Insolvenzverwaltern habe seine Fraktion schon erhalten. Auf das Insolvenzrecht ging auch Manuela Rottmann (Grüne) ein. Den in der Krise Verantwortung zeigenden Unternehmen würde geholfen. Sie sehe jedoch Risiken des Missbrauchs. Deshalb müssten staatliche Hilfen mit klaren, vollstreckbaren Auflagen versehen werden. Der befristete Kündigungsschutz für Mieter sei für die Grünen tragbar, sagte Rottmann. Das Leistungsverweigerungsrecht für wesentliche Dauerschuldverhältnisse greife jedoch tief in die bewährte Risikoverteilung des allgemeinen Schuldrechts ein, und auch dies berge Risiken. Jens Maier (AfD) erklärte, seine Fraktion werde als „verantwortungsvolle Opposition“ die Regierungsarbeit in der Notsituation begleiten. Maier verwies auf eine Reihe von Anträgen seiner Fraktion. So dürften im Bereich des Mietrechts Vermieter nicht benachteiligt werden. Im Hinblick auf die bei Darlehensverträgen vorgesehenen befristeten Leistungsverweigerungsrechte beantragte die AfD, nicht nur Verbraucher und Kleinunternehmer, sondern auch kleinere und mittlere Unternehmen in den Anwendungsbereich einzubeziehen. Die Vorlage beinhaltet außerdem ein Gesetz über Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Stiftungs- und Wohnungseigentumsrecht, mit dem Lambrecht zufolge beispielsweise aufgrund der schwierigen Anwesenheitsmöglichkeit in vielen Gremien jetzt eine digitale Hauptversammlung in Aktiengesellschaften möglich ist, sowie Änderungen des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung. Wichtige Prozesse müssten so nicht noch einmal von vorne aufgerollt werden.

Michael Wojtek

Bundesregierung löst die Schuldenbremse

ETAT 2020 Bundestag erklärt »außergewöhnliche Notsituation« und beschließt Nachtragshaushalt mit 156 Milliarden Euro neuen Schulden

Die schwarze Null ist vorerst Geschichte, der Bundestag hat einen haushaltspolitischen Notfall ausgerufen: Um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise abzufedern, wird der Bund mit dem Nachtragshaushalt für 2020 (19/18100), der vergangene Woche Bundestag und Bundesrat passiert hat, in einem beispiellosen Umfang Schulden machen. Insgesamt 156 Milliarden Euro soll die Nettokreditaufnahme betragen. Das ist fast ein Drittel der geplanten Gesamtausgaben von 484,5 Milliarden Euro. Die Bundesregierung kann dabei vorerst auf breite Unterstützung aus dem Parlament bauen. Den entsprechenden Vorlagen stimmten neben den Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der AfD auch die Abgeordneten aus den Reihen von FDP, Linken und Grünen zu.

»Genau hierfür sieht das Grundgesetz Ausnahmeregelungen vor.«

Achim Post (SPD)

auf eine Nettokreditaufnahme verzichtet und stattdessen in den vergangenen Jahren satte Überschüsse verzeichnet. Nun sind die Schulden-Regelungen des Artikels 115 des Grundgesetzes innerhalb weniger Wochen relevant geworden: Grundsätzlich ist es danach dem Bund erlaubt, neue Kredite in Höhe von bis zu 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes des vorangegangenen Jahres aufzunehmen. Berücksichtigt werden dabei auch konjunkturelle Erwartungen. So berechnete das Bundesfinanzministerium für den ursprünglichen Haushalt 2020 die zulässige Nettokreditaufnahme mit 12,5 Milliarden Euro. Der Haushalt sah keine Nettokreditaufnahme vor, einzig die Finanzierungssalden der Sondervermögen schlugen mit rund 5,9 Milliarden Euro zu Buche. Der Nachtragshaushalt führt nun deutlich dramatischere Zahlen an: Mit dem erwarteten Konjunkturreinbruch wäre eine Nettokreditaufnahme – inklusive der Finanzierungssalden – bis zu 62,1 Milliarden Euro zulässig, rechnen die Beamten aus dem Bundesfinanzministerium vor. Das reicht aber nicht: 122 Milliarden Euro will die Bundesregierung zusätzlich ausgeben, um etwa Kleinunternehmer und Soloselbstständige mit 50 Milliarden Euro zu unterstützen (siehe Text oben). Auch eine sogenannte Globale Mehrausgabe in Höhe von 55 Milliarden Euro für weitere Maßnahmen im Kampf gegen die Corona steht im Nachtragshaushalt, hinzukommen mil-

liardenschwere Mehrausgaben für Sozialleistungen. Zudem brechen die Einnahmen ein: Der Bund rechnet in diesem Jahr mit 33,5 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen. Das ist ein Minus von 9,5 Prozent gegenüber dem ursprünglichen Soll. Die Vorlage aus dem Haus von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) taxiert folglich eine Überschreitung der zulässigen Nettokreditaufnahme um weitere 99,8 Milliarden Euro. Auch diese Situation ist im Grundgesetz vorgesehen: In »außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“ kann der Bundestag mit Kanzlermehrheit eine Erhöhung der Kreditobergrenze beschließen. Genau das taten die Abgeordneten auf Antrag von Union und SPD vergangene Woche. Der Antrag sieht – wie vom Grundgesetz gefordert – einen Tilgungsplan vor. Die über die Regelgrenze hinausgehenden knapp 100 Milliarden Euro sollen ab 2023 innerhalb von zwanzig Jahren getilgt werden.

Nicht mittellos Achim Post (SPD) nannte die Vorhaben in der Debatte »nichts weniger als ein wirtschaftliches und soziales Solidaritätsprogramm für unser Land“. Die Lage sei schwierig, der Staat aber nicht mittellos: »Wir erleben eine absolute Ausnahmesituation, und genau hierfür sieht das Grundgesetz Ausnahmeregelungen vor“, sagte der SPD-Fraktionsvize. Das betonte auch der Haushalts-Experte der Union, Eckhardt Rehberg (CDU): »Die Väter der Föderalismusreform, die Artikel 115 Grundgesetz entworfen haben, haben ihn genau für so eine Situation entworfen.“ Es sei daher

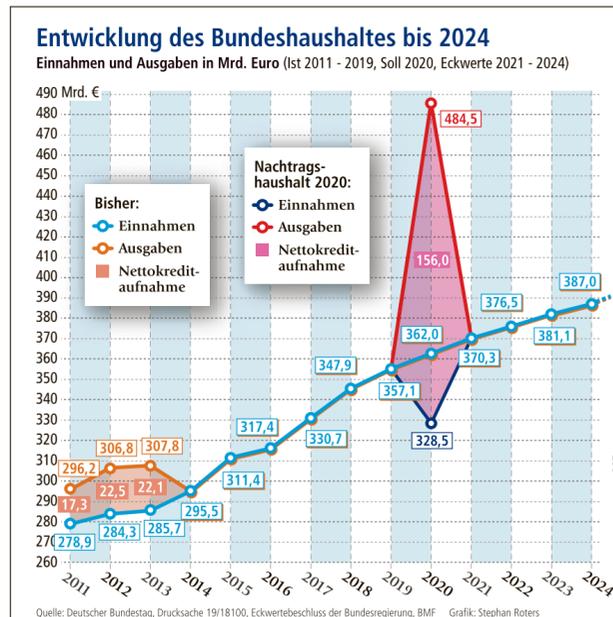
richtig gewesen, dass sich die Union in der Vergangenheit stets dagegen gewehrt habe, die schwarze Null aufzugeben oder die Schuldenbremse zu umgehen. Für die Liberalen lobte Christian Dürr die Grundgesetz-Regelung ebenfalls: »Allen Unkenrufen der letzten Monate und Jahre

zum Trotz: Diese Schuldenbremse funktioniert auch in Krisenzeiten.“ Der FDP-Fraktionsvize mahnte die Koalition, sich nun auf die Bekämpfung der Krise zu konzentrieren. Auf teure Projekte wie die von den Liberalen ohnehin ungeliebte Grundgesetzmüsse verzichtet werden.

Peter Boehringer (AfD) kritisierte – wie auch Dürr –, dass der Bund neue Kreditermächtigungen ausbringe statt die ebenfalls als Kreditermächtigung fungierende, sogenannte Asylrücklage zu nutzen. Zudem warf er dem Finanzminister vor, die Grundannahmen des Rettungspaketes nicht transparent zu machen. Auch stellte sich der Vorsitzende des Haushaltsausschusses gegen die Idee von »Corona-Bonds“, um im Fall der Fälle strauchelnden Staaten der Eurozone zu helfen. Eine Lanze für die europäische Solidarität brach hingegen Grünen-Haushälterin Anja Hajduk. Sie verwies auf einen Vorschlag ihrer Fraktion, der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu ermöglichen, die italienische Förderbank zu unterstützen. Zudem forderte Hajduk ein milliardenschweres Signal der internationalen Gemeinschaft an die ärmsten Länder, dass auch sie unterstützt werden. Gesine Löttsch (Die Linke) mahnte ebenfalls einen Blick über die eigenen Grenzen an. Die Krise könne zu einer »Sternstunde der europäischen Solidarität“ werden. Zudem betonte sie, dass die Zustimmung ihrer Fraktion zu den Vorhaben nicht als »Freibrief für die Bundesregierung“ zu verstehen sei.

Sehr brüchige Eckwerte Einig waren sich die Redner, dass es vermutlich nicht das letzte Rettungspaket gewesen sein wird, das zu beschließen ist. Ob sich die Anfang März beschlossenen Eckwerte der Bundesregierung für die kommenden Haushaltsjahre (siehe Grafik) – jeweils ohne Neuverschuldung – halten lassen, ist aktuell sehr ungewiss.

Sören Christian Reimer



Beschlussfähig auch in Zeiten der Pandemie

BUNDESTAG Parlament und Pandemie, das passt nicht so recht zusammen: Das eine lebt von Meinungsaustausch und Interaktion, das andere zwingt zu Kontaktminimierung und Isolierung. Für den Bundestag bedeutet das in den Zeiten von „Covid 19“, schwer vereinbare Anforderungen unter einen Hut zu bringen. Man sei sich fraktionsübergreifend einig, beschrieb Parlamentspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) vergangene Woche zu Beginn der Plenarsitzung die Aufgabenstellung, „die Handlungsfähigkeit dieses Verfassungsorgans unter allen Umständen zu wahren“ und „gleichzeitig das Infektionsrisiko so weit wie irgend möglich zu minimieren“. Das Resultat dieser Bemühungen zeigte sich schon an Außerlichkeiten der Sitzung. Nur ein Teil der Sitzplätze im Plenarsaal wurde von Abgeordneten genutzt; auf je zwei dazwischen stehenden Stühlen hielten Zettel mit der Aufforderung „Bitte freilassen“ die Parlamentarier auf seuchenkonformen Abstand. Die Schriftführer flankierten nicht wie gewohnt den Sitzungsleiter, sondern waren an Beistellischen neben den Stenographen platziert, und für die namentliche Abstimmung standen Wahlurnen außerhalb des Plenarsaals aufgereiht, um die sonst übliche Pulkbildung bei der Stimmabgabe zu vermeiden. Diese Abstimmung war notwendig für die Feststellung einer „außergewöhnlichen Notsituation“ zur Aufhebung der Schuldenbremse, was die sogenannte Kanzlermehrheit von mindestens 355 der 709 Abgeordneten erforderte; 527 beteiligten sich schließlich an der Abstimmung. Verlangte in diesem Fall das Grundgesetz die absolute Mehrheit, galt der Bundestag bisher laut Geschäftsordnung grundsätzlich als beschlussfähig, „wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder im Sitzungssaal anwesend ist“ – was sich in Pandemiezeiten schwerlich garantieren lässt. Daher beschloss das Parlament vergangene Woche eine befristete Änderung der Geschäftsordnung. Danach ist das Parlament bereits beschlussfähig, wenn mehr als ein Viertel seiner Mitglieder anwesend ist. Für die Ausschüsse gilt eine vergleichbare Regelung. „Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass möglicherweise eine größere Zahl von Abgeordneten aufgrund von Schutzmaßnahmen nicht an den Sitz des Bundestages anreisen kann. Zudem werden Erfordernisse der Minimierung von Ansteckungsrisiken berücksichtigt“, hieß es dazu in der Begründung der Beschlussvorlage (19/18126). Ende September läuft die Neuordnung aus, kann aber vom Bundestag auch vorher jederzeit aufgehoben werden. **Helmut Stoltenberg**



Zwischen jedem Sitzplatz blieben vergangene Woche im Plenum zwei Stühle frei.



Die Einreiseperrn für Saisonarbeitskräfte aus Osteuropa bedrohen auch die Spargelernte einheimischer Landwirte. Die Anreize im Sozialschutzpaket sollen Abhilfe schaffen.

© picture-alliance/Winfried Rothermel

Ein Paket für viele

ARBEIT Mit einem Sozialschutzpaket will die Koalition Selbständigen und Familien helfen

Die Hilferufe sind erhöht worden: Als der Bundestag vor einigen Wochen deutliche Erleichterungen beim Kurzarbeitergeld beschlossen hatte, ebenfalls in einem Blitzverfahren, warnten nicht nur die Abgeordneten: Vergest die Solo- oder Kleinselbstständigen nicht! Da hatte das Coronavirus Deutschland zwar schon erreicht und die ersten Mahner, die auf die wirtschaftlichen Folgen hinwiesen, traten auf den Plan. Aber der Stillstand fast des gesamten Landes, der in den Tagen darauf folgte, lenkte den Blick noch einmal intensiver auf jene, die um uns herum ihre Restaurants und kleinen Läden betreiben, auf jene, die ihre Büros um die Ecke haben und dort zum Beispiel eine Eventagentur betreiben. Denn außer Stornierungen boomt dort nichts mehr. Und Kurzarbeitergeld bekommen nur Angestellte eines Betriebs gezahlt. Um die sozialen Folgen für Kleinselbstständige, Rentner, Saisonarbeitskräfte und Familien ohne große Rücklagen wenigstens etwas zu mildern, hat die Koalition nun ein großes Bündel geschnürt. Dieses Sozialschutzpaket genannte Gesetz (19/18107; 19/18130) passierte den Bundestag in der vergangenen Woche an nur einem Tag und mit Zustimmung aller Fraktionen. Konkret sieht das Gesetz vor, dass für Anträge vom 1. März 2020 bis 30. Juni 2020 eine Berücksichtigung des Vermögens bei der Bewilligung von Grundsicherungsleistungen ausgesetzt wird und die tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung als angemessen anerkannt werden. Der Zugang zum Kinderzuschlag wird übergangsweise unter anderem durch den Verzicht auf eine Vermögensprüfung erleichtert.

Saisonarbeiter Um Problemen bei der Saisonarbeit, insbesondere in der Landwirtschaft, entgegenzuwirken, werden die Zeitgrenzen für geringfügige Beschäftigung in Form der kurzfristigen Beschäftigung befristet auf eine Höchstdauer von fünf Monaten oder 115 Tagen ausgeweitet.

> STICHWORT

Sozialschutzpaket

> Grundsicherung Bis Ende Juni wird bei Neuansprüchen auf eine Vermögensprüfung verzichtet. Die tatsächlichen Wohnkosten werden automatisch als angemessen anerkannt.

> Kurzarbeit Nimmt man während einer Kurzarbeit eine Tätigkeit in einem systemrelevanten Bereich auf, wird das Kurzarbeitergeld nicht gekürzt.

> Kinderzuschlag Für Familien mit geringem Einkommen soll der Kinderzuschlag befristet leichter zu bekommen sein.

Nimmt man während des Bezugs von Kurzarbeitergeld eine Beschäftigung in systemrelevanten Branchen und Berufen auf, wird das dort verdiente Entgelt nicht mit dem Kurzarbeitergeld verrechnet. Dadurch soll ein Anreiz geschaffen werden, vorübergehend Tätigkeiten in diesen Bereichen aufzunehmen. In das Arbeitszeitgesetz wird eine Verordnungsermächtigung eingefügt, um Ausnahmeregelungen für systemrelevante Infrastrukturen zu gewährleisten. Außerdem werden die Hinzuverdienstgrenzen in der Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte gelockert. Bis zu einer Grenze von 44.590 Euro führt, befristet bis Ende 2020, der Zuverdienst nicht zu einer Rentenkürzung.

Entschädigungsanspruch Soziale Dienstleister und Einrichtungen der Fürsorge werden im Rahmen eines besonderen Sicherstellungsauftrages durch Bund, Länder und Sozialversicherungsträger finanziell unterstützt, um in ihrem Bestand nicht gefährdet zu werden. Voraussetzung ist, dass die Dienstleister zur Bewältigung der Pandemie beitragen. Der Sicherungsauftrag gilt zunächst bis zum 30. September 2020, kann aber verlängert werden.

In das Infektionsschutzgesetz wurde ein Entschädigungsanspruch für Verdienstausschläge bei behördlicher Schließung von Schulen und Kitas zur Eindämmung der aktuellen Pandemie aufgenommen. Bedingung ist, dass die Eltern keine anderweitige

Betreuung für ihre Kinder bis zum 12. Lebensjahr realisieren können. Die Entschädigung in Höhe von 67 Prozent des Nettoehaltes wird für bis zu sechs Wochen gewährt und ist auf einen monatlichen Höchstbetrag von 2.016 Euro begrenzt. Peter Weiß (CDU) stimmte es froh, dass das Bild von der Ellbogengesellschaft scheinbar nicht allgemeingültig sei: Derzeit zeige sich: „Wir können auch anders, solidarisch sein und Außergewöhnliches leisten“, sagte er in der Debatte. Die Kurzarbeit hätte Deutschland schon einmal geholfen, aus einer Krise schnell wieder herauszukommen. Weiß warnte, in Kürze würden tausende Arbeitskräfte in der Landwirtschaft fehlen. „Deshalb muss unsere Hilfe möglich machen, diesen Zusatzbedarf an Arbeitskräften bereitzustellen.“ Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) nannte den Schutz des Lebens „absolute Priorität“. Aber gerade deshalb „müssen wir der Bevölkerung existenzielle Ängste nehmen“, forderte er. Die Angst um den Arbeitsplatz und die soziale Sicherheit dürften die Menschen nicht noch zusätzlich belasten. „Ich kann nicht versprechen, dass wir jeden Arbeitsplatz retten können, aber wir werden um jeden Arbeitsplatz kämpfen“, sagte der Minister

und verwies unter anderem auf das Kurzarbeitergeld. Jürgen Pohl (AfD) erwiderte, der geplante Sozialschutz gehe nicht weit genug. So bräuchten Eltern, die wegen ihrer Kinderbetreuung nicht arbeiten könnten, mehr Rechtssicherheit. Auch würden die Änderungen bei den Hinzuverdienstgrenzen nicht ausreichen. „Wir brauchen einen Notfallplan für Obdachlose und Menschen mit Behinderungen“, so Pohl. Michael Theurer (FDP) lobte vor allem die flexibleren Arbeitszeitregelungen, die seine Fraktion schon lange fordere. Hinzuverdienstgrenzen sollten dagegen am besten ganz abgeschafft werden, forderte er. Bezogen auf das Kurzarbeitergeld schlug Theurer vor, die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen für die Arbeitgeber im Ausnahmefall zuzulassen. Susanne Ferschl (Die Linke) kritisierte, dass die Schutzfunktion des Arbeitszeitgesetzes über Verordnungsermächtigungen nun ausgehebelt werden könne. „Auch Menschen brauchen einen Schutzschirm“, betonte sie und forderte, das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent des letzten Verdienstes anzuheben. „Denn wie sollen Geringverdienende mit einem Minus von 40 Prozent leben können?“ **Claudia Heine**

»Wir können auch anders, solidarisch sein und Außergewöhnliches leisten.«

Peter Weiß (CDU)

Kliniken werden finanziell entlastet

GESUNDHEIT Zahl der Intensivbetten soll verdoppelt werden. Mehr Kompetenzen für den Bund bei Epidemien

Vom dem beschlossenen Hilfspaket profitieren auch Krankenhäuser, Ärzte und Pflegeeinrichtungen. Sie sollen in der Coronakrise finanziell oder von Auflagen entlastet werden. Zudem zieht der Bund bestimmte Kompetenzen an sich, um bei einer Epidemie bundesweit einheitlich, schnell und effektiv Schutzvorkehrungen treffen zu können. Der Bundestag stellte zugleich offiziell „eine epidemische Lage von nationaler Tragweite“ in Deutschland fest.

Mit dem Krankenhausentlastungsgesetz (19/18112) erhalten Kliniken einen finanziellen Ausgleich, wenn sie statt geplanter Operationen Betten freimachen für Patienten mit Coronavirus-Infektion. Für jedes freigehaltene Bett erhalten die Kliniken bis Ende September 2020 eine Pauschale von 560 Euro pro Tag. Für jedes zusätzlich geschaffene Intensivbett wird ein Bonus von 50.000 Euro bezahlt. Die Zahl der derzeit 28.000 Intensivbetten soll perspektivisch verdoppelt werden. Um vor allem Schutz-ausrüstungen finanzieren zu können, erhalten Krankenhäuser befristet einen Zuschlag je Patient in Höhe von 50 Euro. Der vorläufige Pflegeentgeltwert wird auf 185 Euro erhöht. Das soll die Liquidität der Kliniken verbessern. Die zusätzlichen Ausgaben für Krankenhäuser werden auf rund 2,8 Milliarden Euro für 2020 geschätzt.



Intensivbett in einer Klinik in Dresden

Niedergelassene Ärzte sollen bei einem hohen Umsatzausfall wegen wegbleibender Patienten Ausgleichszahlungen erhalten. Die Kassenzentralen Vereinigungen bekommen zusätzlichen Kosten, etwa für die Einrichtung von Fieberambulanz, erstattet. In der Pflege werden Qualitätsprüfungen befristet ausgesetzt. Pflegeeinrichtungen sollen durch die Pandemie bedingte Mehrausgaben oder Mindereinnahmen erstattet bekommen. Der Gesetzentwurf wurde mit großer Mehrheit angenommen, nur die Linksfraktion stimmte dagegen, die AfD-Fraktion enthielt sich. Das neue Gesetz (19/18111;19/18156) zum Schutz der Bevölkerung bei einer Epidemie sieht für einen befristeten Zeitraum zusätzliche Kompetenzen für den Bund vor. Das Bundesgesundheitsministerium wird dazu ermächtigt, Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung zu treffen und die Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Das betrifft etwa den grenzüberschreitenden Reiseverkehr, wenn im Bahn- und Busverkehr Meldepflichten eingeführt werden, sowie Melde- und Untersuchungspflichten. Ferner geht es um Vorkehrungen zur Sicherstellung der Grundversorgung mit Arzneimitteln, Schutzausrüstung und Labordiagnostik. Das Gesetz enthält auch Ausnahmen vom Baurecht, um zum Beispiel kurzfristig medizinische Einrichtungen errichten zu können. Mit der Novelle wird zudem eine Entschädigungsregelung für Eltern geschaffen, wenn die Betreuung der Kinder nach einer behördlichen Schließung von Einrichtungen nicht mehr möglich ist. Sie erhalten dann für längstens sechs Wochen 67 Prozent ihres Verdienstausschlags, maximal 2016 Euro. Auch zu dem Gesetzentwurf gab es eine breite Zustimmung, AfD und Linke enthielten sich.

Georg Nüßlein (CSU) sagte, der Bundestag habe die epidemische Lage von nationaler Tragweite festgestellt und auch die Macht, diese Feststellung möglichst bald wieder aufzuheben. Das Bevölkerungsschutzgesetz sei immerhin Grundlage für Eingriffe in Grundrechte wie die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit der Person oder die Versammlungsfreiheit. Auch Michael Theurer (FDP) verwies auf den Parlamentsvorbehalt und die Befristung bis Ende März 2021. Dies sei die Bedingung für die Zustimmung gewesen. Kordula Schulz-Asche (Grüne) sagte, die Befristung sei ein wichtiges Zeichen für die Bürgerrechte. Susanne Ferschl (Linke) betonte, eine Selbstermächtigung der Regierung sei verhindert worden. Die AfD hätte sich eine Befristung bis Ende September 2020 gewünscht. Karin Maag (CDU) erklärte, bis Ende März 2021 solle das Gesundheitsministerium einen Bericht zur Coronapandemie vorlegen. Bärbel Bas (SPD) sagte voraus, dies werde nicht das letzte Rettungspaket sein. **pk**

Anzeige

MEHR ALS NUR EIN TWEET

Die Politik der Trump-Administration

Donald Trump und die Politik in den USA
Eine Zwischenbilanz
Herausgegeben von Dr. Florian Böller, Dr. Christoph M. Haas, Dr. Steffen Hagemann, Dr. David Sirakov und Sarah Wagner
2020, 327 S., brosch., 69,- €
ISBN 978-3-8487-6236-1
(Neue Amerika-Studien, Bd. 6)

Dieser Sammelband verschafft einen verständlichen und detaillierten Überblick über die politischen Entwicklungen in den USA seit 2016. Innen- wie Außenpolitik werden kenntnisreich dargelegt und wichtige Ereignisse anschaulich eingeordnet.

Nomos
eLibrary www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem **E-Paper**

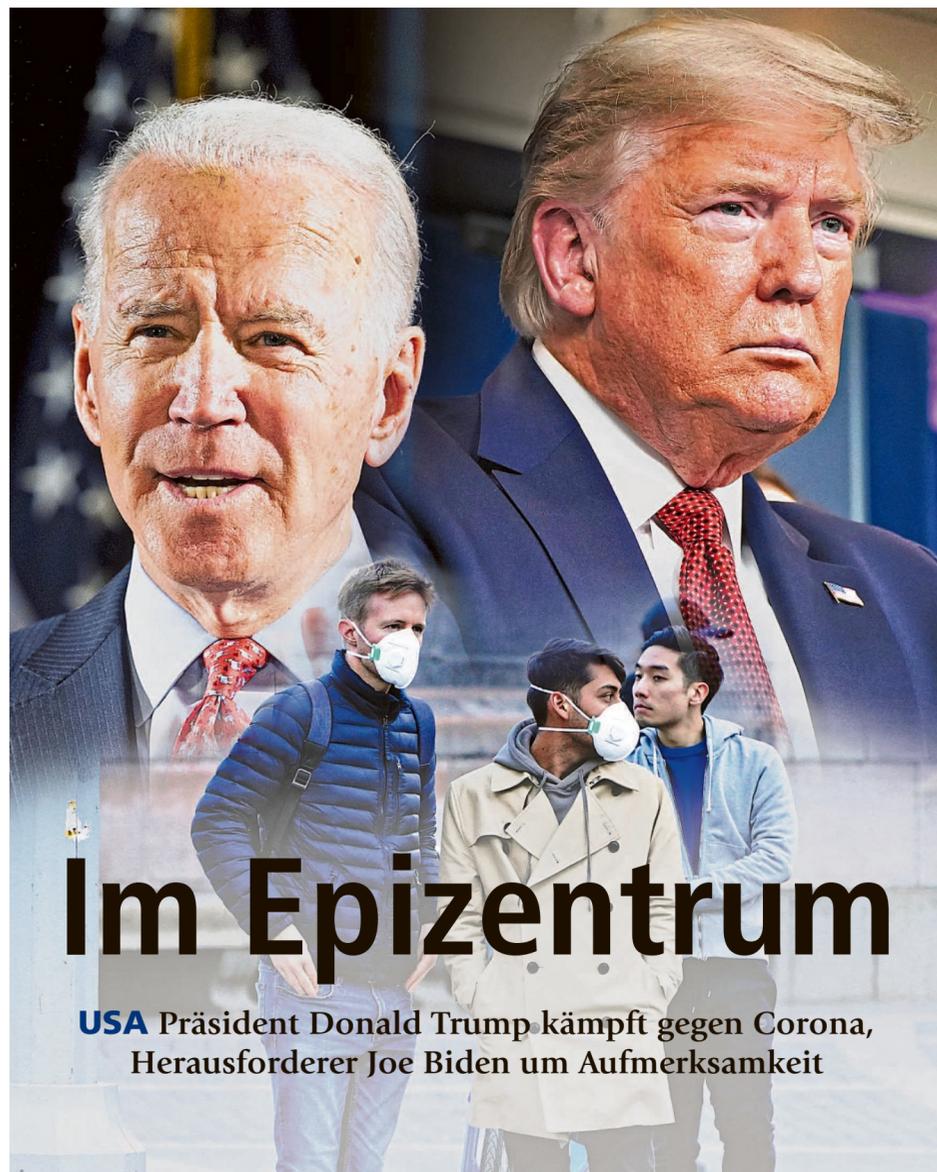
Mehr als 85.000 Infizierte sind es am Freitag vergangener Woche gewesen, so viele wie nirgends sonst auf der Welt. 1.300 Tote in nicht einmal fünf Wochen. 3,3 Millionen Arbeitslosmeldungen binnen sieben Tagen. Ein staatliches Notprogramm für Bürger und Konzerne im Volumen von zwei Billionen Dollar: Acht Wochen, nachdem Präsident Donald Trump erstmals verkündete, Amerika habe das Coronavirus „unter Kontrolle“ und „alles wird gut“, überschlagen sich in den Vereinigten Staaten Superlative und Horrorszenerien. Die Pandemie könnte nach Angaben von Epidemiologen in einigen Hotspots außer Kontrolle geraten.

Das Gesundheitssystem steht vor dem Ermüdungsbruch, weil die Patientenzahlen in Krankenhäusern explodieren. Vor allem in New York und Los Angeles, im Großraum Seattle und in New Orleans, wo die meisten Infektionen und Todesfälle zu verzeichnen sind, ist die Versorgung nach Aussagen der verantwortlichen Gouverneure kaum mehr gewährleistet. Es fehlt immer noch an elementaren Dingen wie Atemschutzmasken und Beatmungsgeräten. Die medizinischen Versorgungsketten sind unterbrochen, weil die Zentralregierung in Washington und die Bundesstaaten nicht harmonieren. Impfstoffe und verlässliche Medikamente gegen das Virus gibt es ohnehin noch nicht. Wirtschaft und öffentliches Leben liegen weitgehend im künstlichen Koma. Knapp 150 Millionen Amerikaner (Tendenz steigend) sind von unterschiedlich rigiden Ausgehsperrn betroffen. Ökonomen sehen das Land vor dem Absturz – wenn nicht zügig gegengesteuert wird.

Genau das hat Präsident Trump vor. Bis Ostern sollen mit Ausnahme akuter Krisenherde wie New York landesweit wesentliche Einschränkungen gelockert werden. Die Therapie dürfe nicht schlimmer sein als die Krankheit, hat Trump erklärt. Kommentatoren im US-Fernsehen übersetzten dies so: „Damit der wirtschaftliche Motor nicht vollends abstirbt und auf lange Sicht Wohlstand für alle kostet, muss der Tod von Coronakranken hingenommen werden.“

Abgesehen davon, dass die Gouverneure der Bundesstaaten und auf lokaler Ebene Bürgermeister über die Aufhebung von Eingriffen in die Bewegungsfreiheit entscheiden, melden Wissenschaftler Bedenken an. Anthony Fauci (79), der für fundierten Klartext bekannte Chef-Virologe des „Nationalen Gesundheitsinstituts“ und seit der Reagan-Ära bevorzugter Berater von Präsidenten in solchen Krisen, hält die flexible Aufrechterhaltung des Prinzips „soziale Distanzierung“ für notwendig, um die Ansteckungsrate zu senken. Fauci geht davon aus, dass es im Herbst/Winter eine zweite Corona-Welle geben wird. Tom Inglesby, Direktor des Zentrums für Gesundheit und Sicherheit der Johns Hopkins Universität in Baltimore, fürchtet bei frühzeitiger Lockerung der Restriktionen eine Katastrophe: „Das Virus würde sich breitflächig, rasant und schrecklich verbreiten, potenziell Millionen im kommenden Jahr töten mit riesigen sozialen und ökonomischen Folgen überall in Amerika.“ Der täglich in Pressekonferenzen mit Übertreibungen und Falschdarstellungen aufwartende Trump, der seine Wiederwahl im November in Gefahr sieht, gerät immer stärker unter Druck, auch wenn in einzelnen Umfragen bis zu 60 Prozent der Amerikaner mit seinem Krisen-Management bisher einverstanden sind.

So gilt es unter den meisten Medizinern und Wissenschaftlern als Allgemeinort, dass Trumps Bagatelisierung der Corona-Krise zwischen Mitte Januar und Mitte März, als er schließlich den nationalen Notstand ausrief, wertvolle Zeit gekostet und maßgeblich zu einem heute allseits beklagten Defizit beigetragen hat. Anders als in China, Taiwan und Südkorea blieb in den USA der Versuch aus,



Im Epizentrum

USA Präsident Donald Trump kämpft gegen Corona, Herausforderer Joe Biden um Aufmerksamkeit

Das sich anbahnende Wettrennen ums Weiße Haus zwischen US-Präsident Donald Trump (oben rechts) und Herausforderer Joe Biden (oben links) steht ganz im Schatten der Coronakrise.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Sarah Silberger – Pool via CNP/Newscom/Collage: Stephan Roters

möglichst weite Teile der Bevölkerung zu testen. Einen belastbaren Überblick über die tatsächliche Verbreitung des Virus kann sich die Seuchenbehörde CDC nach eigenen Angaben darum immer noch nicht machen. Dazu kommt: Anders als Trump behauptet, ist das Coronavirus nicht wie eine unerwartete Plage über Amerika gekommen. Vorgänger Obama hinterließ ihm 2017 ein 64-seitiges Handbuch, das sämtliche Gefahren einer eskalierenden Epidemie auflistete; samt Vorschlägen zur Prävention. Trump ließ stattdessen Personal im Nationalen Sicherheitsrat abbauen, das bis dahin als Frühwarnsystem für Epidemien fungierte. Mehr noch: 2019 führten US-Gesundheitsbehörden gemeinsam mit anderen Experten unter dem Namen „purpurne Seuche“ über Monate eine breit angelegte Katastrophensimulation durch. Der Theoriefall ging von einem Virus aus, das aus China stammt, Bronchien und Lunge befällt, rund 100 Millionen Amerikaner infiziert und 500.000 sterben lässt. Ein ähnliches Szenario erstellten unter dem Stichwort „Ereignis 201“ Experten der Johns Hopkins-Universität. Ob die Haupterkenntnisse dieser Übungen – Amerika ist nicht ausreichend vorbereitet, um eine Epidemie zu-

gig in den Griff zu bekommen – das Weiße Haus erreicht hat, ist offiziell nicht bekannt. Joe Biden hat sich seine Meinung aber schon gebildet. Der im Rennen um die demokratische Präsidentschaftskandidatur zurzeit mit über 300 Delegiertenstimmen vor seinem Widersacher Bernie Sanders liegende Altzeitpräsident hat sich nach Tagen der medialen Abwesenheit zurückgemeldet. Aus einem improvisierten TV-Studio in seinem Haus in Wilmington/Delaware gibt der 77-Jährige mittlerweile Telefonkonferenzen mit Spendern, Medien-Interviews und hält Reden an die Internetgemeinde.

Sein Fazit: Trump möge in der Corona-Debatte schweigen und die Experten sprechen lassen. Die frühe Aufweichung der Ausgangsverbote, wie es Trump propagiert, hält Biden für „fatal“, dringt damit aber bisher nicht wirklich durch. Für Biden wie für Sanders, der noch nicht aufgegeben hat, obwohl er rechnerisch im Kampf um die zur Nominierung auf dem Parteitag im Juli in Milwaukee nötigen 1991 Delegierten fast kanopen ist, stellt Corona alles auf den Kopf. Kundgebungen und Händeschütteln mit dem Wähler sind verboten. Auch die vielen Tausend Helfer, die landesweit für Biden Klippen put-

zen, sind gestoppt. Aus Sorge vor Corona haben mittlerweile über zehn Bundesstaaten ihre Vorwahlen bis weit in den Juni geschoben. Niemand weiß heute, ob das reicht. Die demokratische Parteizentrale wirbt bereits für die generelle Umstellung auf Briefwahlverfahren. Unter diesen Umständen Wahlkampf zu machen, die zertrittenen Parteilager zu einen, Bernie Sanders mit ins Boot zu nehmen und sich als designierter Gegenspieler Trumps zu profilieren, fällt Biden schwer. Er hat nicht die Bühne des Amtsinhabers, der die täglichen Pressekonferenzen im Weißen Haus zu kostenlos live im Fernsehen übertragenen Wahlkampf-Kundgebungen umfunktioniert hat. Strategen raten Biden dazu, so schnell wie möglich mit neuen Akzenten Medienaufmerksamkeit zu generieren und die Personale Vizepräsidenten-Kandidaten zu klären. Biden hatte sich bereits auf eine Frau festgelegt. Gehandelt werden unter anderem drei Ex-Präsidentschaftskandidatinnen: die Senatorinnen Kamala Harris, Amy Klobuchar und Elizabeth Warren. Dirk Hautkapp

Der Autor ist US-Korrespondent der Funke-Mediengruppe.

Abzug der Tornados bleibt umstritten

IRAK Neue Aufgaben für Anti-IS-Einsatz der Bundeswehr

Die Bundeswehr wird die Luftbetankung beim Einsatz gegen den „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien und im Irak über den 31. März hinaus fortführen, die Luftaufklärung mit Tornado-Einsätzen allerdings beenden. Das beschloss das Bundestagsplenum vergangene Woche unter besonderen Bedingungen: Wegen der Corona-Krise erfolgte die Abstimmung ausnahmsweise nicht namentlich. Für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (19/17790) auf Ergänzung des Mandats (19/13290), das der Bundestag im Oktober

geschlossen hatte, votierten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD sowie die FDP-Fraktion, die übrigen Fraktionen stimmten dagegen. Eine weitere Änderung betrifft den Ausbildungsteil der Mission: Der Fähigkeitsaufbau der irakischen Armee soll künftig im Rahmen der Nato-Mission im Irak erfolgen. Mit einem Lufttraumradar will Deutschland zudem einen Beitrag dazu leisten, Flugzeuge und Raketen frühzeitig zu erkennen. Nils Schmid (SPD) bezeichnete den Irak als „Schlüsselstaat“ im Kampf gegen den Terrororganisation IS. „Wir dürfen in diesem Kampf nicht nachlassen und dürfen nicht vergessen, welches Unheil die Terrorbanden des IS auch und gerade in Europa angerichtet haben.“ Voraussetzung sei allerdings zu einer „ausdrücklichen politischen Rückendeckung aus dem Irak heraus“ für die Ausbildungsmission und eine Verständigung zwischen der kurdischen Regionalregierung in Erbil mit der Zentralregierung in Bagdad über die Zuständigkeiten und die Bekämpfung von terroristischen Organisationen. „Ohne eine solche Verständigung können unsere Beiträge auch nur begrenzt die Kämpfe gegen den IS unterstützen.“

Gerold Otten (AfD) stellte den Einsatz grundsätzlich in Frage: Militärische Räumlichkeiten besetzen und für eine Zeit halten. „Mit Luftbetankung, Training oder Lufttransport können Sie aber weder den Terrorismus des IS nachhaltig bekämpfen noch seine Ausbreitung in den Köpfen der Menschen verhindern.“ Otten erinnerte an eine Resolution des irakischen Parlaments, das die Regierung aufgefordert habe, für ein Ende der militärischen Präsenz aller ausländischen Truppen im Land zu sorgen. „Die schiitische Mehrheit will uns nicht im Irak, die sunnitische Minderheit wird dort weiter unterdrückt und fördert den IS.“

Terror in Paris Johann Wadephul (CDU) erinnerte daran, dass dieser Einsatz seinen Ursprung in den Anschlägen von Paris 2015 habe – „Angriffe des IS im Herzen unseres gemeinsamen Europas“. Es gebe auch nach dem Tod des IS-Führers al-Baghdadi nach wie vor rund 10.000 Kämpfer in Syrien und im Irak und mithin weiter die Notwendigkeit, gegen den IS zu kämpfen. „Dabei reichen wir eine helfende Hand, dabei unterstützen wir die Koalition, und dabei unter-

stützen wir den Schlüsselstaat Irak.“ Wadephul bedauerte mit Blick auf den Willen des Koalitionspartners SPD, dass die Bundeswehr die Luftaufklärung per Tornado-Flüge einstellen soll: „Es wäre militärisch ein Ausdruck unserer Entschlossenheit, bündnispolitisch ein Ausdruck unserer Solidarität, technisch für die Bundeswehr leistbar gewesen, auch die Beobachtungstätigkeit, die Aufklärungstätigkeit fortzusetzen.“

Auch Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) bezeichnete es als großen Fehler, „dass Deutschland am 31. März das Mandat in Jordanien beendet, die Tornados dort abzieht und diese hervorragende Arbeit im Kampf gegen den IS damit aussetzt“. Italien werde, anders als angekündigt, diese Aufgabe nicht nahtlos übernehmen. „Das bedeutet, dass einen Monat lang dem IS, der immer noch nicht besiegt ist, strategisch Raum gelassen wird“, sagte Strack-Zimmermann. „Das ist ein krasser Rückschlag“ und habe mit staatspolitischer Verantwortung in der Außenpolitik nichts zu tun. Als positiv wertete sie, dass der Ausbildungsbetrieb im Zentralirak voraussichtlich im Mai wieder aufgenommen werde und nunmehr innerhalb der Nato-Mission stattfinden solle – und nicht mehr als „deutscher Alleingang“.

Ärzteteams Sevim Dagdelen (Die Linke) sprach von einem „Phantomeinsatz“. Es sei absehbar, dass Italien wegen der Erschütterungen durch die Corona-Krise die Aufklärungsflüge nicht werde übernehmen können. „Statt wie Kuba, Russland oder China Ärzteteams nach Italien zu entsenden, bettelt die deutsche Verteidigungsministerin, dass Italien die Aufklärungsflüge der Bundeswehr übernimmt, damit man ungeachtet der massiven Kritik, die es auch aus der SPD

gibt, den Militäreinsatz fortführen kann.“ Als Märchen bezeichnete Dagdelen außerdem die Argumentation, dass es bei diesem Einsatz um Terrorismusbekämpfung gehe. „Haben Sie sich Ihre Partner in der Anti-IS-Koalition angeschaut? Wollen Sie uns allen Ernstes sagen, dass Saudi-Arabien, die Emirate oder die Muslimbrüder aus Katar, die Teil Ihrer Koalition sind, den islamistischen Terrorismus tatsächlich bekämpfen wollen?“

Agneska Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, dass der Einsatz weiterhin in einer „verfassungsrechtlich und politisch hochproblematischen Koalition der Willigen“ stattfindet. Das Bundesverfassungsgericht habe in seiner historischen Entscheidung betont, dass Bundeswehreinsätze nicht in losen Staatenkoalitionen stattfinden dürfen. Lose Staatenbünde voller nationaler Eigeninteressen laufen Gefahr, die Lage in den Krisenregionen nicht zu verbessern, sondern am Ende des Tages zu verschärfen. „Gerade im Irak war die Koalition der Willigen vor allem eine Koalition der Widersprüchlichen.“ Das sehe man, wenn etwa Donald Trump ohne Absprache Truppen abziehe oder das türkische Militär völkerrechtswidrig Teile von Nordsyrien besetze und die Kurden angreife. Alexander Heinrich

»Wir dürfen nicht vergessen, welches Unheil der IS angerichtet hat.«

Nils Schmid (SPD)

»Die Koalition der Willigen ist vor allem eine Koalition der Widersprüchlichen.«

Agneska Brugger (Bündnis 90/Die Grünen)

Kehrtwende in Jerusalem

ISRAEL Mitten in der Coronakrise macht Oppositionskandidat Benny Gantz den Weg frei für eine große Koalition unter Premier Benjamin Netanjahu.

Für einen Moment beherrscht nicht die Corona-Krise, sondern eine dramatische Kehrtwende in Israels politischer Wahl-Saga die abendlichen Schlagzeilen: Am vergangenen Donnerstagabend wurde Benny Gantz zum Parlamentspräsidenten gewählt. Ein Schritt, den selbst viele israelische Kommentatoren so nicht hatten kommen sehen. „Dies sind ungewöhnliche Zeiten, und sie benötigen ungewöhnliche Entscheidungen, deshalb beabsichtige ich, die Bildung einer Notstandsregierung ins Auge zu fassen“, sagte Gantz, Chef der Blau-Weiß-Partei, nach seiner Wahl dem Plenum der Knesset.

Damit könnte der Weg frei sein für eine große Koalition mit Benjamin Netanjahus rechts-religiösen Parteienblock. Israelische Medien berichteten über ein noch unbestimmtes Szenario, nachdem Netanjahu für 18 Monate als Ministerpräsident im Amt bleiben soll. Gantz könnte zunächst Außenminister oder Verteidigungsminister werden, und – sollte die Regierung solange bestehen bleiben – danach den Posten des Premiers

übernehmen. Auch das wichtige Justiz-Ressort soll an die Partei von Gantz gehen. Die Entwicklung ist umso überraschender, als dass Gantz angetreten war, um Netanjahu als Premier abzulösen. Noch bei der Wahl im September vergangenen Jahres galt eine große Koalition mit dem wegen Korruption angeklagten Netanjahu an der Spitze als undenkbar. Die „Anti-Bibi-Front“ ist jetzt Geschichte – wie auch das Blau-Weiß-Bündnis. Mehrere Bündnispartner kündigten den Austritt an und warfen dem ehemaligen Generalstabschef Wählertäuschung vor. „Benny Gantz hat kampflös kapituliert und ist in Netanjahus Regierung gekrochen“, sagte Yair Lapid, bisherige Nummer zwei beim Bündnis Blau-Weiß und Chef der Partei Yesh Atid. Auch im restlichen Mitte-Links-Lager, in dem lange die Möglichkeit einer Minderheitsregierung diskutiert wurde, stieß der Schritt von Gantz auf großes Unverständnis.

Dritte Wahl Seit Ende 2018 wird Israel von einer Übergangsregierung unter Netanjahu verwaltet. Auch nach der dritten Wahl Anfang März dieses Jahres gab es keinen klaren Weg zu einer Koalitionsregierung. Netanjahus Likud-Partei hatte die Wahl zwar gewonnen, kam aber mit Partnern auf nur 58 der insgesamt 120 Knesset-Sitze. Gantz wiederum konnte mit seinem Lager die nötige



Benny Gantz war eigentlich angetreten, Premier Benjamin Netanjahu abzulösen. Nun ebnet er den Weg für eine große Koalition.

© picture-alliance/dpa

Mehrheit von 61 Sitzen aufbringen und wurde Mitte März mit der Regierungsbildung beauftragt. Ähnliche Pattsituationen und ein gespaltenes Land habe es schon in den 1980er Jahren gegeben, erinnert Reuven Hazan, Politikwissenschaftler an der Hebräischen Universität in Jerusalem. Das Besondere aber der aktuellen Wahlen seien die juristischen Probleme Netanjahus. „Deswegen muss er Ministerpräsident werden. Das verschafft

ihm Zeit.“ Als Abgeordneter oder Minister hätte Netanjahu bei einer Anklage zurücktreten müssen, für einen Ministerpräsidenten sieht das Gesetz keinen Rücktritt vor. Eigentlich sollte der Prozess gegen ihn wegen des Verdachts auf Betrug, Untreue und Bestechlichkeit am 17. März beginnen. Doch wurde der Prozess kurzfristig vom Justizministerium auf einen Termin im Mai verschoben mit Hinweis auf die Corona-Krise. Netanjahu weist alle Vorwürfe „als politisch

motivierte Hetzjagd“ zurück. Interessant dürfte sein, ob Benny Gantz in der wichtigen Schlüsselposition als Parlamentspräsident noch immer die von Blau-Weiß eingebrachten Gesetzesvorhaben unterstützen wird, nach denen ein Ministerpräsident bei einer Anklage zurücktreten muss und die Amtszeit limitiert wird.

Die politische Krise ist damit noch nicht überwunden. Kommentatoren bewerten dies vor allem als Sieg für Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Der ist allgegenwärtig im „Krieg gegen den Corona-Virus“. Fast jeden Abend kündigt er zur besten Sendezeit neue Maßnahmen im Kampf gegen Covid-19 an, darunter auch die umstrittene Mobiltelefonüberwachung von Infizierten. „Wer zu Hause bleibt, bleibt am Leben“, mahnt Netanjahu seine Landsleute und kündigt weitere Einschränkungen an. Bürger sollen nun nur noch für absolut notwendige Erledigungen das Haus verlassen. „Israel, wie der Rest der Welt, steht der Pandemie gegenüber, und die meisten wollen, dass sich die Politiker endlich zusammenreißen“, kommentierte Anshel Pfeffer, Journalist der links-liberalen Tageszeitung Ha'aretz. „Gantz ist müde und will nicht weiterkämpfen. Die meisten von uns würden sich an seiner Stelle ähnlich fühlen.“ Israelis hatten sich zuletzt Sorgen um ihre Demokratie gemacht. Hunderte hatten ver-

gangene Woche mehrmals demonstriert – virtuell und im Autokorso vor der Knesset. Yuli Edelstein, ein Verbündeter Netanjahus und bisher Parlamentspräsident, hatte kurzerhand den Parlamentsbetrieb auf Eis gelegt und sich geweigert, die von der Opposition geforderte Neuwahl des Parlamentspräsidenten anzusetzen. Das Oberste Gericht forderte, den Termin festzusetzen. Edelstein trat stattdessen am Mittwoch zurück. „Israel hat Erfahrung darin, in Krisenzeiten existentielle Probleme unter dem Deckmantel eines Notstands zu verstecken. Die Leute wollen zeigen, dass sie mit dieser Art von Erosion der Demokratie nicht einverstanden sind“, sagt Avraham Burg, selbst ehemaliger Parlamentspräsident und Mit-Demonstrant. Auch im kriegs- und krisenerprobten Israel macht die Corona-Krise allen zu schaffen. Die Arbeitslosigkeit ist innerhalb weniger Wochen von vier auf 20 Prozent angestiegen. Täglich steigt die Zahl von Infizierten und damit die Ungewissheit, was die nahe Zukunft bringt. „Es ist gerade alles wie in einem schlechten Film“, sagt eine junge Passantin auf dem Weg zum schnellen Einkauf in Tel Aviv. „Man kann nur hoffen, dass er irgendwann zu Ende ist.“ Tania Krämer

Die Autorin berichtet für DW News aus Israel.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





EU-Ratspräsident Charles Michel (links), EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (Mitte) und Christine Lagarde, die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, bei Beratungen über die Maßnahmen Europas in der Corona-Krise

Infiziert am Bar-Tresen der Assemblée

FRANKREICH In Sitzungsperioden stehen die Abgeordneten dicht gedrängt um den Tresen der „Buvette“ mit seiner grünen Marmorauslage. Der Ausschank im Restaurant der französischen Nationalversammlung ist ein beliebter Treffpunkt, wo bei einem Glas Wein oder einem Espresso viel diskutiert wird. Doch genau dieser sympathische Brauch wurde der Assemblée Nationale in der Coronakrise nun zum Verhängnis: Gleich mehrere Parlamentarier steckten sich in der „Buvette“ an. 26 Infizierte zählte die Nationalversammlung am 16. März, darunter 18 Abgeordnete. Der erste Patient war der Konservative Jean-Luc Reitzer, der tagelang auf der Intensivstation lag. Die Nachricht von seiner Erkrankung platze am 6. März wie eine Bombe in das Palais Bourbon. Vor allem, weil gleichzeitig mit Reitzer auch ein Angestellter des Restaurants erkrankte. „Die Lage wird als ernst beurteilt“, erklärte der Präsident der Assemblée, Richard Ferrand.

Abstand Nach Reitzer häuften sich die Krankmeldungen aus dem Unterhaus, wo normalerweise täglich rund 3.000 Menschen ein und aus gehen. Kulturminister Franck Riester und einige seiner Mitarbeiter infizierten sich wahrscheinlich im Kulturausschuss, der Anfang März mehrere Tage lang beriet. „Die Räume sind nicht belüftet, wir sitzen eng beieinander und teilen uns die Mikrofone“, schilderte die kommunistische Abgeordnete Elsa Faucillon der Zeitung „Le Monde“ die Situation. Ferrand ergriff nach den ersten Fällen drastische Maßnahmen. So sind für Sitzungen pro Fraktion nur drei Mitglieder zugelassen, die für ihre Kollegen mit abstimmen. Von den 577 Abgeordneten sind also nur noch gut 20 anwesend, die streng Abstand voneinander halten. Treffen sind nur noch maximal zu fünf erlaubt. Das Restaurant ließ Ferrand schließen. Außerdem ließ er eine Spezialfirma kommen, die die ganze Nationalversammlung desinfizierte.

Als die Abgeordneten am 19. März wieder zusammenkamen, galten strenge hygienische Vorschriften. Die Sorglosigkeit, mit der die Parlamentarier Anfang März noch ihre Wangenküssen verteilten, war verschwunden. „Es ist komisch, dass wir weiter im Palais Bourbon zusammen kommen sollen, wo hier doch ein Infektionsherd ist“, sagte die Sozialistin Christine Pires Beauce. Der Abgeordnete der Linkspartei La France Insoumise, Eric Coquerel, forderte, alle Parlamentarier zu testen. Ferrand will aber nur jene testen lassen, die auch Symptome zeigen. Er selbst sei auch nicht getestet worden, sagte er.

Wichtiges Signal Die Angaben über die Zahl der Infizierten aktualisierte die Nationalversammlung seit Mitte März nicht mehr. Eines ist für den Präsidenten aber klar: Die Sitzungen sollen weiter stattfinden. „Die Demokratie muss weiter leben“, forderte Ferrand in „Le Monde“. „Ein Parlament, das keine Sitzungen abhält, würde das Signal aussenden, dass die Institutionen nicht funktionieren.“ Auch für die Gesetze, die nun die Folgen der Coronakrise abfedern sollen, ist die Nationalversammlung nötig. So verabschiedete das Parlament am 21. März, einem Samstagabend, das Gesetz für den sanitären Notstand. Es erlaubt der Regierung, für bis zu zwei Monate eine Ausgangssperre zu verhängen und den Unternehmen mit Hilfen unter die Arme zu greifen. *Christine Longin*

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.

Brüssel im Notbetrieb

EU Die Mitgliedstaaten sind uneins, wie die Folgen der Pandemie abgefedert werden sollen

Statt Handschlag oder Wangenküssen gab es diesmal zur Begrüßung lediglich freundliche Worte – und selbst die nur virtuell. Am vergangenen Donnerstag und Freitag hätten sich die 27 EU-Staats- und Regierungschefs in Brüssel zum Gipfel treffen sollen. Doch diesmal war an ein persönliches Zusammenkommen nicht zu denken, weshalb die Chefs per Video-Schleife konferierten. Die Sitzung zog sich über sechs Stunden hin, weil unter den Mitgliedstaaten Uneinigkeit herrscht, wie die EU auf eine drohende Rezession infolge der Coronapandemie reagieren soll. Diese hat nicht nur den Alltag von 450 Millionen Einwohnern radikal geändert, sondern auch den Politikbetrieb in Europa auf den Kopf gestellt. In einer Zeit, in der neben Deutschland elf weitere EU-Staaten Grenzkontrollen eingeführt haben und Bürgern von Reisen ins Ausland abraten, schaltet auch die Union auf unbestimmte Zeit in den Notbetrieb um. Diplomaten prognostizieren bereits, dass in diesem Jahr Gipfel und Ministertreffen ausnahmslos per Videokonferenz stattfinden werden. Eine Notlösung, wie Bundeskanzlerin Angela

»Wir müssen aufpassen, dass dies nicht in die Schuldenkrise führt.«

Markus Ferber (CSU) Europaabgeordneter

Merkel (CDU) nach der Schalte zugestanden. Schon jetzt zeigt sich, dass die Krisenbekämpfung und die Eindämmung der wirtschaftlichen Auswirkungen in den kommenden Monaten Priorität haben werden. Für die ambitionierten Pläne von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zum Klimaschutz und zur Digitalisierung wird kaum Zeit übrig bleiben. Auch wird immer wahrscheinlicher, dass Großbritanniens Premier Boris Johnson den ohnehin waghalsigen Wunsch aufgeben muss, bis zum Jahresende ein Abkommen über die künftigen Beziehungen seines Landes zur EU verhandelt zu haben. Eine Verhandlungsrunde in London wurde bereits abgesagt. Die EU-Staaten sind weit davon entfernt, die Pandemie einzudämmen. Weil die Union im Bereich Gesundheit nur über eingeschränkte Kompetenzen verfügt, kann Brüssel auch nur eine eingeschränkte Rolle spielen. Gemeinsame Vorräte von Hilfsmaterial, wie sie die Kommission einrichten will, sind lediglich ein kleiner Schritt. Die Bundesregierung hatte im Vorfeld des Gipfels darauf bestanden, dass die EU eine Exitstrategie für die Zeit nach dem Krisenmodus entwickeln müsse. Im Bereich Wirtschaft

und Finanzen wurden weitreichende Beschlüsse gefasst, die nach dem Willen Berlins später wieder zurückgedreht werden müssen. So wurden die Regeln des Stabilitätspakts auf unbestimmte Zeit ausgesetzt. Die Länder der Eurozone können folglich die Neuverschuldung weit jenseits von drei Prozent der Wirtschaftsleistung ausdehnen. Auch beim Schuldenstand gilt die Vorgabe von maximal 60 Prozent der Wirtschaftsleistung nicht mehr. Die Beihilferegeln wurden aufgehoben, so dass die Euroländer nationale Hilfsprogramme verabschieden konnten. Der Vorsitzende der Eurogruppe, Mario Centeno, beziffert die Höhe dieser Pakte auf rund zwei Prozent der Wirtschaftsleistung.

Angst vor Schuldenkrise Wenn die Wirtschaft nun aber Wochen oder womöglich Monate lang so gut wie stillstehen wird, prognostizieren Ökonomen eine Rezession, die deutlich dramatischer als die Finanzkrise 2009 ausfallen könnte. Vor allem Italien, besonders stark von der Pandemie betroffen, könnte unter den Druck der Finanzmärkte kommen, weil die Staatsschuld mehr als 130 Prozent der Wirtschaftsleistung beträgt. In Spanien liegt sie bei knapp unter 90 Prozent. „Wir müssen aufpassen, dass die Corona-Krise nicht direkt in die Schuldenkrise führt“, warnt der CSU-Europaabgeordnete Markus Ferber. Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte

und Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez haben gemeinsam mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und den Regierungschefs von Belgien, Griechenland, Irland, Luxemburg, Portugal und Slowenien zu weiterreichenden Maßnahmen aufgerufen und wollen gemeinsame Staatsanleihen in der EU einführen, sogenannte Corona-Bonds. Die Bundesregierung, aber auch Österreich und Finnland, wehren sich dagegen, weil sie befürchten, dass eine gemeinsame Haftung mittelfristig die Haushaltsdisziplin in der Eurozone untergraben würde. Die Finanzminister der Eurozone werden sich mit dem Thema befassen und

in zwei Wochen Vorschläge dazu vorlegen. „Aus deutscher Perspektive ist der Rettungsschirm ESM das Mittel zur Krisenbekämpfung“, sagte Merkel nach dem virtuellen Gipfel. Italien hatte noch vor kurzem befürchtet, dass der Einsatz des ESM von den Finanzmärkten als Alarmsignal gewertet werden könnte. Außerdem würde er Kredite vergeben, die zurückgezahlt werden müssten, was aus Sicht der schwer betroffenen Länder weniger attraktiv ist. *Silke Wettach*

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

STICHWORT

Die wichtigsten europäischen Beschlüsse

> Stabilitätspakt Die EU-Finanzminister haben die strengen Regeln für die Neuverschuldung in der Eurozone aufgehoben. Die Mitglieder können jetzt mehr als drei Prozent neue Schulden aufnehmen.

> Staatsanleihen Die Europäische Zentralbank (Foto) will den klagenden Staaten in diesem Jahr für 750 Milliarden Euro zusätzliche Staatsanleihen abkaufen.

> Budget Die EU-Kommission hat 37 Milliarden Euro aus dem gemeinsamen Budget mobilisiert, um medizinische Ausrüstung zu beschaffen und nach einem Corona-Impfstoff zu forschen.



© picture-alliance/dpa

»Wir sind es gewohnt, uns ständig zu arrangieren«

ITALIEN In der Toskana wütet das Virus nicht so stark wie im Norden. Das Leben steht trotzdem still

„Andrà tutto bene – Alles wird gut.“ Diese Botschaft auf den bunten Kinderzeichnungen an Fensterscheiben und Balkonen soll Mut machen. Allerdings nimmt sie in der historischen Altstadt von Florenz derzeit kaum noch jemand wahr. Selbst tagsüber hasten nur vereinzelt Fußgänger durch die mittelalterlichen Gassen der Kunststadt, die Gesichter hinter einer Schutzmaske verborgen.

»Noch habe ich Rücklagen. Aber ab April wird es eng.«

Irene Tendi, Putzfrau in Florenz

„Es tut weh, Florenz so verlassen zu erleben!“ Irene Tendi konnte es gar nicht glauben, als sie kürzlich ihren Mann spät abends zu seiner Backstube im Zentrum brachte und sie erstmals die menschenleeren Plätze sowie die vielen geschlossenen Fenster der leer stehenden Ferienapartements sah. Sie selbst ist gerade erst mit ihrer Familie an den Stadtrand gezogen, weil sie die Besuchermassen und den nächtlichen Lärm der Studentenherden nicht mehr ertragen konnte. Das Coronavirus wütet in der Toskana längst nicht so verheerend wie in der Lombardei. Trotzdem ist auch hier das öffentliche Leben zum Erliegen gekommen. Wie

in ganz Italien darf nur noch in Bereichen gearbeitet werden, die als lebensnotwendig gelten: Landwirtschaft, Lebensmittelbranche, Gesundheitswesen. Bereits jetzt schätzt man den wirtschaftlichen Schaden auf 800 Millionen Euro – wöchentlich. Auch Irene Tendi geht nur noch aus dem Haus, um einzukaufen und mit ihren beiden Hunden um den Block zu gehen. Ansonsten hat ihr Tag nur einen weiteren festen Termin: gemeinsames Lernen mit ihrer elfjährigen Tochter Giulia, die fünfmal in der Woche morgens per Videokonferenz drei Stunden Unterricht hat. Anfangs hat Irene Tendi die neu gewonnene Zeit für sich und die Familie genossen. Doch mittlerweile bekommt

auch ihre typisch italienische Gelassenheit erste Sprünge. Ihr fehlen die ausgedehnten Spaziergänge und der abendliche Aperitif mit Freunden. Vor allem gelingt es ihr kaum noch, ihre Sorgen um die Zukunft zu verdrängen. Vor sechs Jahren hatte sie ihren festen Job als Verkäuferin aufgegeben, um mehr Zeit für Giulia zu haben, seitdem arbeitet sie als Putzfrau in Privat-

haushalten. Da niemand Sozialabgaben für sie bezahlt, kann sie auch keine finanzielle Unterstützung vom Staat erwarten. Sie hofft, dass ihr zumindest die Kreditzahlungen für die Eigentumswohnung gestundet werden. „Noch habe ich Rücklagen. Doch ab Mitte April wird es eng.“

Große Akzeptanz Wie Irene Tendi gehört auch die 60-jährige Maria Domenici zu den 90 Prozent der Italiener, die die rigiden Maßnahmen der Regierung als Notwendigkeit, die Allgemeinheit zu schützen ansehen. Daran haben selbst die vielen Unannehmlichkeiten, darunter das stundenlange Warten vor dem Supermarkt, nichts geändert. „Wir Italiener sind es gewohnt, uns ständig zu arrangieren, wissen daher das Leben zu nehmen, wie es ist.“ Sorgen bereitet der Hausfrau und Mutter dreier erwachsener Kinder allerdings ihre 85-jährige Mutter. Deren Angst vor Ansteckungsgefahr ist so groß, dass die Witwe ihre Wohnung seit Ende Februar nicht mehr verlassen hat. Maria Domenici fährt zweimal in der Woche zu ihr und leistet ihr Gesellschaft, dabei ist selbst das nicht erlaubt, seitdem junge ehrenamtliche Helfer bereit stehen, um für die Senioren in der Nachbarschaft einzukaufen. Eine typisch italienische Eigenschaft, freut sich

Maria Domenici. „In Krisensituationen zeigen wir uns stets von unserer besten Seite, wie die Balkon-Partys zeigen.“ Die 35-jährige Köchin Geneva Ercoli hat seit Beginn der Ausgangssperre keinen Fuß mehr vor die Tür gesetzt, um ihre sechs Monate alte Tochter Anita nicht zu gefährden. Sie glaubt, dass nach Corona die Normalität in ihrem Land eine andere sein wird. Schließlich habe schon jetzt die Digitalisierung Einzug in fast jede Familie gehalten, in Form von Homeoffice, Unternehmensebene oder als Kommunikationsersatz unter Freunden. Wenn Anita schläft, probiert auch sie daher aus, wie sich das Netz für ihre Cateringfirma mit regionalen und Bio-Lebensmitteln besser nutzen lässt, um bei Kunden in Erinnerung zu bleiben. Derzeit sind allerdings sämtliche Hochzeiten, Familienfeste und Firmenveranstaltungen abgesagt. *Christiane Bild*

Die Autorin ist freie Journalistin in Florenz.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!
Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
 Mehr Themen.
 Mehr Hintergrund.
 Mehr Köpfe.
 Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
 fazit-com@intime-media-services.de
 Telefon 089-8585 3832



AUFGEKEHRT

Boni für die Helden

Vor 22 Jahren retteten Harry Stamper und seine Truppe verwegener Ölbohrarbeiter die Menschheit. Ein gewaltiger Asteroid raste auf die Erde zu und drohte alles Leben auf unserem Planeten auszulöschen. Am Ende wählte Stamper gar den Heldentod, um das drohende „Armageddon“ zu verhindern. Seine Heldentruppe knüpfte allerdings Bedingungen an das Himmelfahrtskommando: Der eine forderte die Streichung unbezahlter Strafzettel, ein anderer eine Nacht im Weißen Haus, ein dritter eine ganze Woche in der teuersten Suite eines Nobelhotel in Las Vegas. Und: Sie wollten alle keine Steuern mehr zahlen – „nie mehr“.

Nun heißt Harry Stamper in Wirklichkeit Bruce Willis und die Corona-Krise ist auch nicht das jüngste Gericht. Aber Helden gibt es: Angefangen bei den Schwestern in Krankenhäusern, die ihre Schutzmasken und Desinfektionsmittel auch noch mit Dieben teilen müssen, bis hin zu den Lastwagenfahrern, die den endlosen Strom an Klopapier in die Supermärkte schaffen, weil alle anderen Gefahr laufen, sich vor Angst minütlich in die Hosen machen.

Wie werden wohl diese Helden belohnt? Mit warmen Worten, Applaus und dem Bundesverdienstkreuz? All die Führungseliten der Finanz- und Wirtschaftswelt haben im Home-Office jetzt viel Zeit, über die Formulierung „tragende Säulen der Gesellschaft“ zu sinnieren. Und weil all das Social Distancing derzeit die Kreativität und die Solidarität beflügelt, besteht sogar Hoffnung auf eine glaubwürdige Idee. Der Rest der Gesellschaft applaudiert zum Dank abendlich vom Balkon und singt inbrünstig die „Ode an die Freude“. Das muss diesmal als Boni reichen.

Alexander Weinlein

VOR 20 JAHREN...

Eine unbelastete Parteichefin

10.4.2000: Merkel wird CDU-Vorsitzende. Vor wenigen Wochen, als die Corona-Krise noch weit weg schien, war es das Thema Nummer eins in Deutschland: die Nachfolge von Annegret Kramp-Karrenbauer an der Spitze der CDU. Armin Laschet, Friedrich Merz oder Jens Spahn? Vor 20 Jahren war die Sache klarer: Am 10. April 2000 wurde Angela Merkel auf einem Parteitag in Essen mit 96 Prozent der Delegiertenstim-



Angela Merkel bei ihrer ersten Rede als CDU-Vorsitzende in Essen

men zur Parteichefin gewählt. Doch auch damals ging es vor der Wahl turbulent zu in der CDU. Die damalige Generalsekretärin übernahm die Partei in der CDU-Spendenaffäre, in der es um Schwarzgeldkonten zu Zeiten Helmut Kohls als Parteichef ging. Merkel setzte Ende 1999 auf einen Neuanfang: In einem sogenannten „Scheidebrief“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung forderte sie die Partei zur Abnabelung von Kohl auf. Als Wolfgang Schäuble – inzwischen Parteichef – wegen seiner Rolle in der Spendenaffäre ebenfalls in die Kritik geriet und den Parteivorsitz abgab, stand die CDU ohne Führung da. Merkel stellte laut Konrad-Adenauer-Stiftung in diesen Zeiten für die Basis eine gute Alternative dar: „unbelastet und couragiert“. Vor der Wahl Merkels debattierte der Parteitag über Neuerungen in der Finanzordnung der CDU. Ein System gegenseitiger Kontrollen sollte eingerichtet werden, damit schwarze Kassen künftig unmöglich seien. Einer der ersten Gratulanten nach Merkels Wahl war einer, der nun selbst nach dem Parteivorsitz greift: Friedrich Merz, damals Fraktionschef. Auf einem Foto sind beide mit Sektflaschen in den Händen zu sehen. Zwei Jahre später verlor Merz sein Amt – an Merkel.

Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: PROGRAMMIERWETTBEWERB »WIR GEGEN DAS VIRUS«



Das Online-Event unter Schirmherrschaft von Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU, oben links), dauerte 48 Stunden. Eines der dort entstandenen Projekte ist das von Entwickler Johannes Konze (unten links) und seinem Team: Eine Festnetznummer, über die unkompliziert Hilfe geleistet werden kann.

Digitale Lösungen gegen Covid-19

Eine Vielzahl an Problemen für die Wirtschaft, immer neue Rekordzahlen an Infizierten, eine zunehmende Ohnmacht in der Gesellschaft – die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie scheinen die öffentliche Debatte zu dominieren. Veranstaltungen wurden in allen Bundesländern untersagt – nicht verboten sind sie im Internet. Ganz ohne physisches Treffen fand dort Ende März der erste Hackathon „#WirvsVirus“, der vom Kanzleramt und einer Reihe von Digitalinitiativen ins Leben gerufen wurde, statt. Das Ziel: Gemeinsam an Ideen zum Umgang mit den Folgen der Pandemie zu arbeiten. Hackathon ist ein Kunstwort aus der IT-Branche, das sich aus „hacken“ und „Marathon“ zusammensetzt. Die Idee dafür stammt aus dem digitalen Pionierland Estland. Bei dem Programmierwettbewerb arbeiteten Teams aus Entwicklern, Designern und Kreativen 48 Stunden lang an konkreten Aufgaben, bauten Prototypen und entwickelten Lösungen für Probleme – freiwillig und ohne Bezahlung. Mehr als 40.000 technikbegeisterte Menschen betei-

ligten sich, 1.500 Projekte entstanden dabei. „Es war ein großartiges Zeichen, dass es in unserer Gesellschaft trotz der Kontaktreduzierung möglich ist, großen Gemeinsinn zu entwickeln“, sagte der Schirmherr, Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU). Die von den Teams erstellten Projekte sind so vielfältig wie die Probleme, vor denen die Gesellschaft aktuell steht: Da geht es um neue Rechenmodelle, um die Dunkelziffer der Covid-19-Infizierten besser einschätzen zu können, aber auch um eine bundesweite Echtzeit-Darstellung von verfügbaren Krankenhaus-Kapazitäten per App. Auch Ideen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit in der Krise, für ein effizienteres Lernen für Schüler zu Hause und dazu, wie sich Erntehelfer finden, sind dabei. Entstanden sind, auf digitalem Weg, aber auch analoge Projekte. Eins davon ist ein Hilfstelefon, an dem eine elfköpfige Team rund um den Bremer Entwickler Johannes Konze gearbeitet hat. „Wir alle haben Verwandte und Bekannte, die nicht so digital unterwegs sind wie wir. Es ist

sehr wichtig, auch sie zu erreichen“, erklärt Konze die Idee. In dem Projekt wird ein Festnetzanschluss bereitgestellt, über den Menschen Hilfe erhalten können. „Das kann sein, dass jemand beim Einkaufen Hilfe benötigt, oder auch nur, dass ein Kasten Wasser hochgetragen werden muss“, sagt er. Die Anfragen per Telefon sollen in einem Portal kategorisiert und für Helfer in der Region zugänglich gemacht werden. Die Idee gefiel, denn das Team wurde von Deutschlands größtem Nachbarschaftsportal nebenan.de kontaktiert. Nun wird über eine Kooperation nachgedacht, damit das Projekt in die Praxis – und über die Corona-Krise hinaus – umgesetzt werden kann. „Es war eine super Erfahrung, aber mit weniger Teilnehmern und Projekten wäre der Output vielleicht qualitativ noch höher gewesen“, sagt Konze. Nach Deutschland wollen nun auch andere Länder einen Hackathon machen, darunter Indien, Kanada und die Schweiz. „Damit ist Deutschland so ziemlich das erste Mal ein richtiger digitaler Trendsetter“, resümierte Braun.

Lisa Brübler

LESERPOST

Zur Ausgabe 12-13 vom 16. März 2020, „Seitenblicke“ auf Seite 12: Klopapier ist aus, der gesunde Menschenverstand hat längst die Flucht ergriffen, Corona macht's möglich! Dem Menschen droht irgendwie die globale Verblödung oder sind wir gar schon mittendrin? Die weltweite „Corona-Hysterie“ ist schon jetzt im freien Fall und trotzdem werden täglich weitere Coronavirus-Fallzahlen veröffentlicht und die weltweite Versicherung hechelt ihnen atemlos hinterher. Hinter jeder dieser Zahlen versteckt sich doch ein Mensch! Wissen die Politiker dieser Welt wirklich noch, was sie da gerade tun und anrichten?

Seit vielen Jahren verfolge ich „Das Parlament“. Als Reisejournalist bin ich sehr viel in der Welt, vor allem in Europa, unterwegs. Das

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 14. April.

es im Sinne des Deutsche Welle-Intendanten Peter Limbourg ist, sein „Revier“ zu verteidigen, versteht sich von selbst. Dennoch ist Kritik angebracht. Ich habe, wo es möglich war, das Programm der DW geschaut, doch ist die wiederholte Sendefolge meist durch andere Sender wie etwa die BBC überholt. Wesentlich scheint mir, dass nur wenige Ausländer den Sender überhaupt beachten. Die 99 Millionen Nutzer darf man stark bezweifeln. Wenn der TV-Sender im Sinne von Kosten und Nutzen noch eine Daseinsberechtigung hat, müsste er meines Erachtens aktueller und mehrsprachig (inklusive Deutsch) sein. Das macht den Sender wenigstens für diejenigen attraktiv, die etwas Deutsch können und sich für Politik, Wirtschaft und Kultur in Deutschland interessieren.

Franz Kirsch,
Schleich

PERSONALIA

>Margrit Wetzel
Bundestagsabgeordnete 1990-1994, 1998-2009, SPD
Margrit Wetzel wird am 8. April 70 Jahre alt. Die Diplom-Volkswirtin schloss sich 1978 der SPD an, wurde 1995 Vorsitzende des Unterbezirks Stade und war stellvertretende Vorsitzende des SPD-Bezirks Nord-Niedersachsen. Von 1991 bis 2009 gehörte sie dem Kreistag in Stade an. Im Bundestag saß sie zumeist im Verkehrsausschuss.

>Dagmar Luuk
Bundestagsabgeordnete 1980-1990, SPD
Dagmar Luuk vollendet am 12. April ihr 80. Lebensjahr. Die Diplom-Politologin aus Berlin schloss sich 1961 der SPD an und war von 1976 bis 1980 Mitglied des dortigen Landesvorstands. Von 1975 bis 1980 gehörte sie dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Luuk engagierte sich im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

>Sigrid Skarpelis-Sperk
Bundestagsabgeordnete 1980-2005, SPD
Am 12. April wird Sigrid Skarpelis-Sperk 75 Jahre alt. Die Diplom-Volkswirtin, SPD-Mitglied seit 1969, war stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben. Sie gehörte dem Landesvorstand in Bayern und von 1991 bis 2003 dem SPD-Parteivorstand an. Im Bundestag arbeitete sie zumeist im Wirtschaftsausschuss mit.

bmh

PANNENMELDER
Zur Debattendokumentation der Ausgabe 12-13 vom 16. März 2020 auf Seite 4:
Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen) wurde nicht, wie fälschlicherweise angegeben, 1973 geboren, sondern 1955.

BUNDESTAG LIVE
Sitzungswoche vom 22. – 24.04.2020
Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Werner Lensing
Bundestagsabgeordneter 1994-2005, CDU
Werner Lensing starb am 15. März im Alter von 81 Jahren. Der Oberstudiendirektor aus Coesfeld trat 1967 der CDU bei, war von 1973 bis 1978 sowie von 1989 bis 2003 Kreisvorsitzender. Von 1979 bis 1994 gehörte er dem Kreistag an. Der Christdemokrat war Direktkandidat des Wahlkreises Coesfeld-Steinfurt II und engagierte sich im Bildungsausschuss.

>Karl Miltner
Bundestagsabgeordneter 1969-1988, CDU
Am 10. März starb Karl Miltner im Alter von 90 Jahren. Der Jurist, von 1988 bis 1994 Regierungspräsident in Karlsruhe, war von 1983 bis 1988 stellvertretender Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion. Der Direktkandidat des Wahlkreises Tauberbischofsheim bzw. Odenwald-Tauber, hatte sich vor allem als sicherheitspolitischer Experte einen Namen gemacht und wirkte im Innenausschuss mit.

>Hans-Jürgen Misselwitz
Bundestagsabgeordneter 1990, SPD
Hans-Jürgen Misselwitz wurde am 29. März 70 Jahre alt. Der Diplom-Biologe aus Berlin gehörte 1989 zum Gründerkreis der SPD/SPD der DDR. 1990 zog er in die erste frei gewählte Volkskammer ein und amtierte als Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium.

>Marga Elser
Bundestagsabgeordnete 1998-2005, SPD
Am 30. März wird Marga Elser 75 Jahre alt. Die Betriebswirtin aus Lorch/Ostalbkreis schloss sich 1972 der SPD an und stand von 1988 bis 2001 an der Spitze des Kreisvorstands Ostalb. Von 1980 bis 1998 war sie Gemeinderätin und von 1990 bis 1998 Kreistagsabgeordnete. Im Bundestag arbeitete Elser im Gesundheits- sowie im Innenausschuss mit.

>Wilhelm von Gottberg
Bundestagsabgeordneter seit 2017, AfD
Wilhelm von Gottberg begeht am 30. März seinen 80. Geburtstag. Der Fachoberlehrer aus Schnega/Kreis Lüchow-Dannenberg, von 1971 bis 2011 CDU-Mitglied, trat 2013 der AfD bei. Seit 1986 ist er kommunalpolitisch tätig, zur Zeit als Kreistagsabgeordneter. Von Gottberg gehört dem Landwirtschaftsausschuss an.

>Heinrich Fink
Bundestagsabgeordneter 1998-2002, PDS
Heinrich Fink vollendet am 31. März sein 85. Lebensjahr. Der protestantische Geistliche und Universitätsprofessor aus Berlin gehörte dem Kulturausschuss an und war kultur- und wissenschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

>Erwin Marschewski
Bundestagsabgeordneter 1983-2005, CDU
Am 31. März begeht Erwin Marschewski seinen 80. Geburtstag. Der Jurist aus Recklinghausen schloss sich 1965 der CDU an, war stellvertretender Bezirksvorsitzender im Ruhrgebiet und Mitglied im CDU-Präsidium Nordrhein-Westfalen. Von 1969 bis 1999 gehörte der Christdemokrat dem Stadtrat Recklinghausens an. Marschewski war innenpolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion von 1991 bis 2002 und engagierte sich zumeist im Innen- sowie im Rechtsausschuss.

>Lothar Binding
Bundestagsabgeordneter seit 1998, SPD
Lothar Binding wird am 1. April 70 Jahre alt. Der Diplom-Mathematiker aus Heidelberg trat 1966 der SPD bei, war von 1986 bis 1994 sowie von 1998 bis 2001 Vorsitzender des dortigen Kreisverbands und gehörte von 1989 bis 2001 dem Gemeinderat in Heidelberg an. Im Bundestag wirkt der Sozialdemokrat seit 1998 im Finanzausschuss mit.

>Diether Dehm
Bundestagsabgeordneter 1994, SPD, seit 2005 PDS/Die Linke
Diether Dehm wird am 3. April 70 Jahre alt. Der Autor trat 1998 der PDS bei, war von 1999 bis 2003 deren stellvertretender Bundesvorsitzender und stand von 2004 bis 2010 an der Spitze der „Linken“ in Niedersachsen. Der Europapolitische Sprecher seiner Fraktion von 2005 bis 2015 wirkte zumeist im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

>Heinz Wiese
Bundestagsabgeordneter 1998-2002, 2013-2017, CDU
Heinz Wiese wird am 3. April 75 Jahre alt. Der Lehrer aus Echingen/Alb-Donau-Kreis trat 1967 der CDU bei, war von 1971 bis 1981 Mitglied des Deutschlandrats der Jungen Union und seit 1986 langjähriger Ortsvorsitzender der CDU Echingen. Seit 1971 ist er dort Gemeinderat und war von 1978 bis 2019 Kreistagsabgeordneter. Im Bundestag arbeitete der Christdemokrat im Bildungsausschuss sowie im Familienausschuss mit.

bmh

SEITENBLICKE



Das Parlament

DEBATTENDOKUMENTATION

Sitzungseröffnung und Vereinbarte Debatte zur Bewältigung der Corona-Krise / 154. Sitzung des 19. Deutschen Bundestags am 25. März 2020

Wolfgang Schäuble, CDU, Bundestagspräsident:

Die parlamentarische Demokratie wird nicht außer Kraft gesetzt



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundestagspräsident

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bitte nehmen Sie Platz. Die Sitzung ist eröffnet.

Jeder sieht, dass wir unter außergewöhnlichen Umständen tagen. Wir unterliegen wie alle anderen den gleichen allgemeinen Beschränkungen, um die Ausbreitung des Coronavirus einzudämmen. Niemand darf leichtfertig seine eigene oder die Gesundheit anderer aufs Spiel setzen. Wir sind gleichzeitig verpflichtet, un-

sere Verantwortung als die gewählten Repräsentanten in unserer Demokratie wahrzunehmen. In Krisen ist die Exekutive in Bund, Ländern und Gemeinden besonders gefordert. Aber: Die parlamentarische Demokratie wird nicht außer Kraft gesetzt. Die weitreichenden politischen Entscheidungen zur Bewältigung der gegenwärtigen Gefahren bedürfen der Legitimation durch den Deutschen Bundestag.

Wir sind uns fraktionsübergreifend einig, die Handlungsfähigkeit dieses Verfassungsorgans unter allen Umständen zu wahren und gleichzeitig das Infektionsrisiko so weit wie irgend möglich zu minimieren.

Dazu haben wir uns auf interfraktionelle Verfahren verständigt, mit denen die Regeln des Parlamentarismus auch in dieser ungewöhnlichen Zeit gewahrt bleiben, und

es wurde eine Reihe von Vorkehrungen zum Schutz vor Ansteckung getroffen, die ich Sie ausdrücklich und nachdrücklich auffordere zu befolgen – zu Ihrer eigenen Sicherheit und zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Unser besonderer Gruß gilt den Kolleginnen und Kollegen, die unter Quarantäne stehen, und insbesondere den am Virus Erkrankten. Aber vor allem gebührt

unser Dank und unsere Anerkennung den Ärztinnen und Ärzten, den Pflegekräften und den Gesundheits- und Sicherheitsbehörden, die täglich an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gehen.

Ich denke, dass wir uns einig sind, dass wir in diesen Dank auch ausdrücklich diejenigen einbeziehen, die tagtäglich trotz erhöhten Ansteckungsrisikos die Versorgung der Bevölkerung

Jeder sieht, dass wir unter außergewöhnlichen Umständen tagen.

sicherstellen.

Wir haben heute unseren Beitrag dazu zu leisten, dass unser Land und alle, die hier leben und arbeiten, diese Herausforderung bestehen. Wir stärken die Regierung darin, das Notwendige zu tun, und wir werden gemeinsam beweisen, dass die freiheitliche Demokratie mit ihren Regeln und Prinzipien und auch die föderale Ordnung unseres Staates der Tragweite dieser Krise gewachsen sind.

Jetzt noch kurz einige wichtige Einzelheiten. Lassen Sie bitte die entsprechend gekennzeichneten Plätze unbedingt frei, den ganzen Tag, während der ganzen Sitzung. Wir haben zusätzliche Plätze, wenn es hier nicht ausreicht, auf den Tribünen ausgewiesen. Abstand voneinander ist unsere wichtigste Schutzmaßnahme derzeit. Also halten Sie bitte immer ausreichend Abstand ein, auch wenn Sie den Saal betreten oder verlassen sowie bei der namentlichen Abstimmung.

Wir haben die Plenarsaaltüren als Ein- und Ausgang gesondert gekennzeichnet, damit wir uns nicht zu sehr begegnen. Zum Betreten des Saals benutzen Sie bitte die Tür seitlich der Regierungsbank, zum Verlassen des Saals bitte die Tür auf der Bundesratsseite. Die Türen zur Ostlobby bleiben geöffnet und brauchen nicht berührt zu werden.

Außerdem bitte ich Sie, den Plenarassistenzdienst nur in dem dringend nötigen Umfang in Anspruch zu nehmen. Auch insoweit sind die Abstandsregeln einzuhalten.

Zu der namentlichen Abstimmung heute Nachmittag gebe ich vor der Abstimmung noch einige Hinweise.

Für die heutige 154. Sitzung haben sich die Fraktionen auf eine Tagesordnung verständigt, die den Vorschlag, der dem Ältestenrat in seiner letzten Sitzung vorgelegen hat, ersetzen soll. Ich habe deshalb den Bundestag mit der nun vorgeschlagenen Tagesordnung einberufen.

Es ist interfraktionell vereinbart, heute auf eine Befragung der Bundesregierung, auf eine Fragestunde und auf eine Aktuelle Stunde zu verzichten. Von der Frist für den Beginn der Beratungen soll, soweit erforderlich, abge-

wichen werden.

Wir kommen nun zur Feststellung der Tagesordnung der 154. Sitzung. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist die Tagesordnung einstimmig so beschlossen.

Wir müssen zwei Wahlen durchführen. Die Fraktion der SPD schlägt vor, die Kollegin Ute Vogt als Nachfolgerin des ausgeschiedenen Kollegen Burkhard Lischka zum stellvertretenden Mitglied des Gemeinsamen Ausschusses gemäß Artikel 53a des Grundgesetzes zu wählen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist die Kollegin Vogt zum stellvertretenden Mitglied des Gemeinsamen Ausschusses gewählt.

Ebenfalls auf Vorschlag der SPD-Fraktion soll die Kollegin Elvan Korkmaz-Emre als Nachfolgerin der Kollegin Saskia Esken zum ordentlichen Mitglied des Beirats bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahn gewählt werden. – Sie stimmen auch dem zu. Dann ist die Kollegin Korkmaz-Emre zum ordentlichen Mitglied des Beirats gewählt.

Damit rufe ich die Tagesordnungspunkte 1 a bis 1 h auf: Es handelt sich um Überweisungen im vereinfachten Verfahren ohne Debatte. Es wird interfraktionell vorgeschlagen, die Vorlagen an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen. Gibt es weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir wie vorgeschlagen.

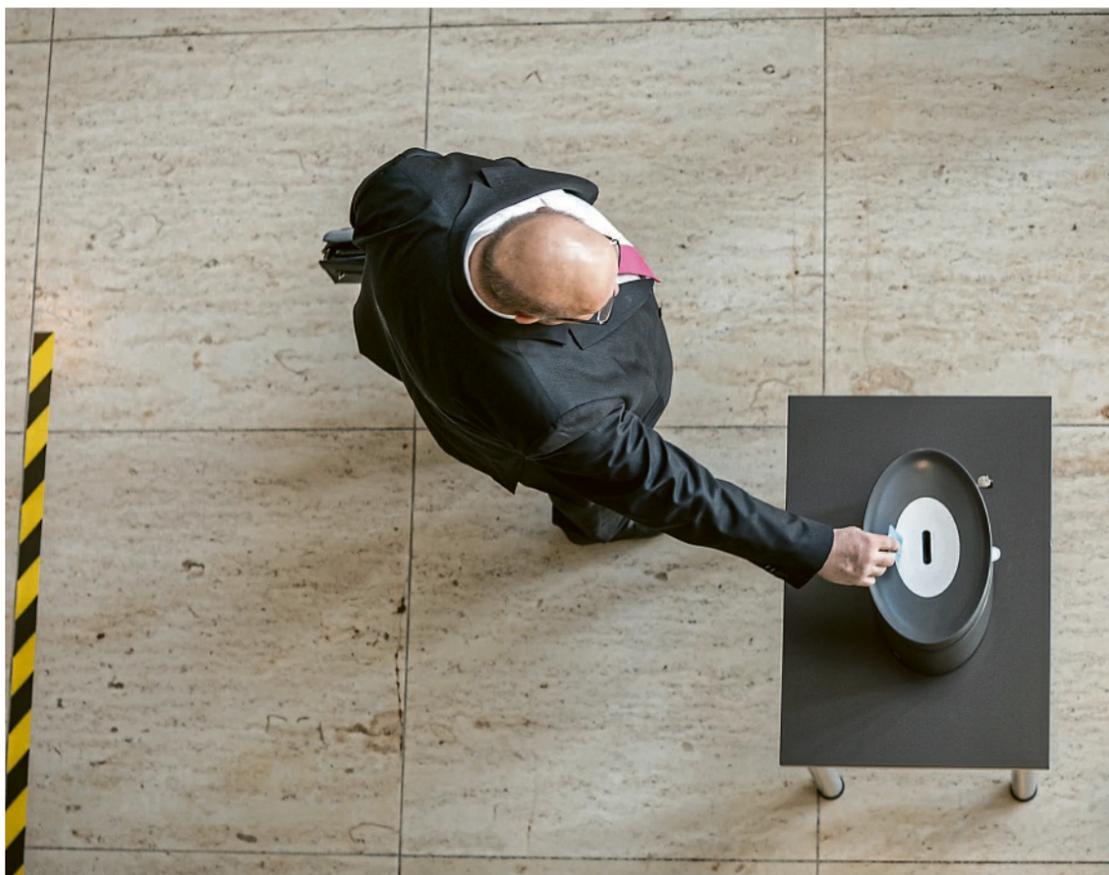
Dann rufe ich den Tagesordnungspunkt 2 auf. Für die Aussprache wurde die Dauer von 90 Minuten beschlossen. Das Wort hat der Bundesfinanzminister Olaf Scholz.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html



Sicherer Abstand: Peter Altmaier (CDU), Bundesminister für Wirtschaft und Energie, gibt seine Stimmkarte bei der namentlichen Abstimmung ab.

© dpa

Olaf Scholz, SPD, Bundesminister der Finanzen:

Die Krise ist in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Vorbild



Olaf Scholz (*1958)
Bundesminister

Lassen Sie mich vorweg diesem Haus die herzlichen Grüße der Bundeskanzlerin übermitteln, die heute gerne dabei gewesen wäre und gesprochen hätte. Aber Sie wissen, dass sie das heute nicht machen kann. Ich glaube, auch in Ihrem Namen kann ich herzliche Grüße ans Homeoffice übermitteln.

Wir erleben gegenwärtig eine Krise, die in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Vorbild ist. Die Krise ist groß – größer als die Krisen, die wir in der letzten Zeit erlebt haben. Sie ist zugleich eine schicksalhafte Herausforderung für die ganze Menschheit. Es gibt ja noch keine endgültig wirksamen therapeutischen Maßnahmen gegen die Krankheit, und das fordert jeden Einzelnen, der infiziert ist, ganz besonders heraus. Aber es zeigt auch, wie verletzlich wir als Menschen sind, und es zeigt übrigens auch, dass Politikmodelle falsch sind, die der Devise folgen, dass jeder am besten alleine zurechtkommt.

Das, was wir jetzt brauchen, ist Solidarität.

Wir sehen auch täglich die Bilder und hören die Berichte nicht nur aus Asien und Amerika, sondern ganz unmittelbar aus unserer Nachbarschaft: aus Italien, Spanien, Frankreich, Österreich. Es ist die gemeinsame Herausforderung der Weltgemeinschaft, die Auswirkungen des Coronavirus zu bekämpfen. Deshalb wird Deutschland auch und gerade in dieser Zeit zum Beispiel an der Seite seiner europäischen Partner stehen. Das ist keine Sache für uns allein. Wir stehen zusammen. Ich will ausdrücklich sagen: Wir vergessen auch nicht die ärmsten Länder der Welt. Auch sie sind in dieser Situa-

tion ganz besonders auf unsere Hilfe angewiesen.

Die Pandemie ist aber auch eine nationale Herausforderung. Wir sind aufgefordert, zu zeigen, dass offene und freiheitliche Gesellschaften die innere Kraft besitzen, mit solchen besonderen Lagen umzugehen. Ja, wir schränken die Bewegungsfreiheiten ein. Aber wir setzen dabei auf die aufgeklärte Einsicht der Bürgerinnen und Bürger. Ja, wir verlangen allen vieles ab. Aber das tun wir, weil sich demokratische Regierungen in Bund und Ländern darauf verständigen. Und es ist gut, dass uns freie Medien und eine kritische Öffentlichkeit dabei begleiten.

Das öffentliche und soziale Leben in unserem Land ist eingeschränkt, damit die Ausbreitung des Virus verlangsamt wird. Die Auswirkungen sind überall spürbar: Die Schulpflicht ist faktisch ausgesetzt, Urlaube müssen abgesagt, Hochzeiten verschoben werden, und ganze Wirtschaftszweige können ihren Geschäften nicht mehr nachgehen. Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger haben Verständnis für diese Maßnahmen, und sie halten sich daran. Aber trotzdem: Vor uns liegen harte Wochen. Und doch: Wir können sie bewältigen. Das merken wir schon. Viele von uns improvisieren. Wir erleben neue Formen des Arbeitens und der Kommunikation. Einige – Kreativschaffende zum Beispiel – entwickeln neue Ideen für den Umgang mit der Situation. Andere helfen im Alltag ihren Nachbarn.

Eine Krise beschleunigt Veränderungen und bringt Neues hervor. Vielleicht nehmen wir einiges davon als Lernerfahrung mit, wenn wir wieder in den Normalzustand kommen. Aber viele haben zunächst einmal große Sorgen um ihr Einkommen, ihre berufliche Existenz oder ihr Unternehmen. Wir als Politikerinnen und Politiker bekommen derzeit viele Mails, Briefe und Anrufe, in denen die Situation von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, von kleinen Betrieben, von Verbänden geschildert wird. Lieferketten sind unterbrochen, Läden und Restaurants geschlossen, Aufträge werden storniert.

Meine Damen und Herren, in

dieser Situation tun wir als Bundesregierung alles Nötige und alles Mögliche, um die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krisenbewältigung abzumildern. Dafür gibt es kein Drehbuch. Es gibt keinen vorgefertigten Plan, dem wir jetzt einfach folgen können. In unglaublich kurzer Zeit müssen fast alle Bereiche unserer Gesellschaft und Wirtschaft in den Blick genommen und kluge Antworten entwickelt werden, wenn sich immer wieder neue Fragen stellen.

Im Bundeskabinett haben wir am Montag ein großes Programm zur Krisenbewältigung beschlossen. Mein Dank gilt daher – sicher stellvertretend für die Mitglieder der Bundesregierung – den Landesregierungen und den Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Ich möchte Ihnen dafür danken, dass Sie bereit sind, dieses Paket unter großem Zeitdruck zu verhandeln und später auch zu beschließen. Schönen Dank dafür!

Es geht jetzt aktuell um drei wesentliche Aufgaben: Wir müssen erstens eine gute Gesundheitsversorgung von Coronaerkrankten sicherstellen und dafür sorgen, dass alle geschützt sind, die sie behandeln, wir müssen zweitens den Lebensunterhalt der Bürgerinnen und Bürger sichern, die von der Krise betroffen sind, und wir müssen drittens unsere Wirtschaft stabilisieren und die Arbeitsplätze erhalten. Und das machen wir mit einer enormen Summe Geld, sehr schnell und möglichst zielgenau mit verschiedenen Maßnahmen.

Erstens. Ganz vorne steht der Schutz der Gesundheit. Wir helfen den Frauen und Männern in den Krankenhäusern und Laboren und stellen sicher, dass unsere Gesundheitsversorgung den Herausforderungen gewachsen ist – mit jetzt noch einmal 3,5 Milliarden Euro, mit der Beschaffung von Schutzausrüstung und der Entwicklung von Impfstoffen –, und wir unterstützen die Krankenhäuser, damit die Kapazitäten für Coronapatienten vorgehalten werden können und weiter ausgebaut werden. Wir wollen die Zahl der Intensivbetten – in Deutschland immerhin 28 000 – verdoppeln.

Zweitens. Niemand soll sich unnötige Sorgen um seine Wohnung und seinen Lebensunterhalt machen. Wir haben in Deutschland eine sehr gut funktionierende Grundsicherung, die genau das gewährleistet. Und wer derzeit vorübergehend kein Einkommen hat, zum Beispiel als Selbstständiger,

sollte diese Grundsicherung nutzen. Wir erleichtern den Zugang, indem wir Prinzipien außer Kraft setzen wie den Vermittlungsvorhang, die Vermögensprüfung oder die Prüfung der Angemessenheit der Wohnung. Außerdem vereinfachen wir die Auszahlung des Kinderzuschlages, damit auch Familien, die plötzlich weniger Geld haben, gut zurechtkommen können. Eine weitere Hilfe ist, dass wir im Rahmen des Infektionsschutzes auch Regelungen treffen, was passiert, wenn keine Einkommenssicherung mehr vorhanden ist, man aber die Kinder zu Hause betreuen muss. Und das alles sichern wir rechtlich ab. Wer wegen der Coronakrise seine Wohnmiete zurzeit nicht zahlen kann, dem darf jetzt nicht gekündigt werden. Wir sind als Gesetzgeber und als Regierung verpflichtet, den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Situation beizustehen.

Drittens stabilisieren wir die Wirtschaft. Es geht um die Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir haben uns jetzt auf die Maßnahmen konzentriert, die passgenau sind und ganz schnell wirken können. Und deshalb haben wir zum Beispiel in einem ersten Schritt – da haben Sie auch die entsprechenden Gesetze schnell mit beschlossen – die Regelungen zum Kurzarbeitergeld geändert, dem Instrument, das uns schon in der letzten Krise sehr geholfen hat. Wir besorgen den Unternehmen Liquidität. Wir haben im Steuervollzug Luft geschaffen, indem Steuervorauszahlungen verringert und Steuern zinsfrei gestundet werden können. Außerdem haben wir die Kreditprogramme der KfW dramatisch ausgeweitet, und wir merken auch, das funktioniert jetzt. Es sind Tausende Anträge gestellt, viele sind auch schon bewilligt. Und trotz aller Schwierigkeiten, die man immer einmal zurückgemeldet bekommt: Jetzt sind alle dran, damit das auch klappt, damit den Unternehmen nicht die Puste ausgeht.

Wir haben, damit Selbstständige und Kleinstbetriebe, die den Umsatzverlust nicht wieder reinholen können, auch durch diese Krise kommen, ein Programm für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmer aufgelegt. Es geht zum Beispiel um Gastronomen, die ihr Geschäft nicht mehr aufmachen können, aber die Miete weiterzahlen müssen. Für die kleinen Betriebe gibt es Zuschüsse bis zu 15 000 Euro. Das Programm werden wir mit den Ländern zusammen auf den Weg bringen, damit es unbürokratisch umgesetzt werden

kann und schnell, meine Damen und Herren.

Auch hier ergänzen wir Kredite und Zuschüsse durch Rechtssicherheit. Niemand soll, weil er jetzt in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist, sofort Insolvenz anmelden müssen.

Darüber hinaus schaffen wir für die meisten, meist größeren Unternehmen mit dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz, indem wir den Fonds jetzt zu einem Wirtschaftsstabilisierungsfonds umbauen, die Grundlage dafür, dass wir sie mit Eigenkapital in dieser Krise unterstützen können. Auch das ist ein ganz massives Stabilitätssignal. Wer gehört und gelesen hat, wie das in Deutschland und der Welt aufgenommen worden ist, der weiß: Das war ein wichtiges und notwendiges Zeichen.

Meine Damen und Herren, Bund und Länder können diese Aufgaben nicht aus dem laufenden Haushalt und auch nicht aus den Rücklagen finanzieren. Deshalb bringen wir heute einen Nachtragshaushalt in den Deutschen Bundestag ein, der eine Nettokreditaufnahme von 156 Milliarden Euro vorsieht. Das ist eine gigantische Summe, fast die Hälfte unseres normalen Haushalts für ein Jahr. Und weil das so eine große Summe ist, muss der Bundestag heute die Entscheidung treffen, ob er die dafür vorgesehene Ausnahme von der Schuldenregel des Grundgesetzes im Fall einer außergewöhnlichen Notsituation nutzt. Ich bitte Sie heute im Namen der Bundesregierung, das zu tun. Denn wir brauchen das Geld, um uns mit aller Kraft gegen die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise stemmen zu können, und wir setzen auf Ihre Unterstützung.

Meine Damen und Herren, wir können uns das leisten. Deutschland genießt höchste Bonität an den Finanzmärkten, und zwar auch, weil wir in den letzten Jahren sehr solide gewirtschaftet haben, vorausschauend gearbeitet haben und einen niedrigen Schuldenstand haben. Es ist wichtig, dass jetzt unsere Hilfen schnell dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Das ist der Beitrag, den wir als Staat leisten können. Aber er wäre nicht wirksam, wenn nicht viele Bürgerinnen und Bürger mit höchstem Einsatz ihren Beitrag leisteten. Darum gilt unser Dank allen Ärzten und Pflegerinnen, den Verkäuferinnen und Busfahrern und vielen, vielen anderen mehr. Sie leisten Großes in diesen Tagen.

Und vieles von dem, was Bund

Es ist gut, dass uns freie Medien und eine kritische Öffentlichkeit dabei begleiten.

und Länder beschließen, was wir hier in diesen Tagen beschließen werden, kann nur umgesetzt werden, wenn funktionsfähige staatliche Strukturen existieren. Daher gilt der Dank auch den Mitarbei-

tern in den Arbeitsagenturen, den Jobcentern, in den Gesundheitsämtern, den Polizistinnen und Polizisten und auch dort vielen, vielen anderen Leuten.

Noch einmal: Vor uns liegen

harte Wochen. Wir können sie bewältigen, wenn wir solidarisch sind.

Darum kümmert sich die Bundesregierung – um den Kampf gegen das Virus, um die wirtschaftli-

chen Rahmenbedingungen und um die Grundlagen unserer freien Gesellschaft. Aber es braucht mehr als die Regierung. Wir alle müssen uns umeinander kümmern. Dann kommen wir da durch.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Alexander Gauland, AfD:

Es bedarf einer Strategie, die über zwei Monate hinausweist



Alexander Gauland (*1941)
Landesliste Brandenburg

Zuerst einmal: Die Regierungspolitik enthält viele Einsichten, die wir für richtig halten und die wir teilen. Man kann also die Grenzen schützen, und wir werden die Regierung bei Gelegenheit daran erinnern.

In der Krise schaut die Nation auf den demokratischen Nationalstaat und dessen Handlungsfähigkeit. Europäische Zusammenarbeit kann sie ergänzen, aber nicht ersetzen. Das heißt auch, deutsche Interessen müssen wahrgenommen werden, wie es die Regierung im Falle des Versuchs, eine deutsche Firma amerikanischer Kontrolle zu unterwerfen, richtigerweise getan hat.

Zusammenstehen ist jetzt erste Bürgerpflicht. Deshalb werden wir auch den finanziellen Maßnahmen und gesetzlichen Änderungen weitgehend zustimmen, wenn diese temporär angelegt und auf die Dauer der Coronanotlage beschränkt bleiben. Die Abdankung des Parlaments auf Zeit wollen wir allerdings nicht. Einzelheiten wird der Kollege Boehringer vortragen.

Meine Damen und Herren, diese Zustimmung bedeutet allerdings nicht, dass wir uns nicht vorbehalten, nach Abklingen der Krise die zu Beginn gemachten Fehler der Regierung zu benennen und in diesem Hause zu diskutieren. Einreisekontrollen kamen zu spät, und die Bevorratung von Schutzmasken und Einweghand-

schuhen war offensichtlich ungenügend. Ich zitiere als Pars pro Toto den Vorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburgs, der beklagt, dass die Schutzausrüstung für Ärzte in der Hansestadt knapp werden. Zitat: „Wir versuchen seit Wochen verzweifelt, irgendwo auf der Welt Schutzausrüstung zu kaufen, das ist fast nicht möglich.“ Die Bundesregierung habe versprochen, zu helfen, aber: „Da ist nichts gekommen. Nicht eine einzige Maske haben wir gekriegt.“

Dabei hat das Robert-Koch-Institut im Jahre 2012 ein detailliertes Katastrophenszenario vorgelegt, über das die Bundesregierung das Parlament, dieses Haus, im Jahre 2013 ausführlich unterrichtet hatte. Darin wird eine Pandemie mit einem Modi-SARS-Virus aus Asien durchgespielt, das nach Deutschland kommt. Ich zitiere:

Die Symptome sind Fieber und trockener Husten, die Mehrzahl der Patienten hat Atemnot, in Röntgenaufnahmen sichtbare Veränderungen in der Lunge ...

So heißt es in dem Papier.

Kinder und Jugendliche haben in der Regel leichtere Krankheitsverläufe mit Letalität von rund 1 %, während die Letalität bei über 65-Jährigen bei 50 % liegt.

Das ist in diesem Hause diskutiert worden. Das ist die exakte Beschreibung der Folgen des Covid-19. Das Krisenszenario war seit 2012 bekannt. Das Papier prognostizierte Abertausende Tote. Warum gab es keine ausreichenden Vorsorgemaßnahmen? Doch, meine Damen und Herren, es

kommt – ich weiß es auch – jetzt weniger auf die Vergangenheit als auf die Zukunft an, und da vermischen wir einen Plan der Bundesregierung, Herr Minister, für die Zeit in drei Monaten. Die gewaltige Anstrengung, die sich – wenn man alles zusammennimmt – auf insgesamt mehr als 700 Milliarden Euro beläuft, ist unbegrenzt so wenig durchzuhalten wie der Shutdown einer ganzen Gesell-

schaft. Über das jetzt erlassene Kontaktverbot hinaus bleiben dann nur noch Ausgangssperren. Auch wenn ein süddeutscher Mi-

Ralph Brinkhaus, CDU:

Deutschland wird nach Corona ein besseres Land sein



Ralph Brinkhaus (*1968)
Wahlkreis Gütersloh I

Deutschland – nein, die Menschen in Deutschland wachsen momentan über sich hinaus: im Gesundheitswesen – wir haben darüber gesprochen –, in vielen lokalen Krisenstäben, wo die gleiche Arbeit geleistet wird wie im Bundesregierungs- und Landesregierungsbereich, bei Feuerwehr, Polizei und Rettungswesen und in vielen Fällen auch im Bereich der Logistik und des Einzelhandels. Es gibt viele, viele Menschen, die dieses Land am Laufen halten. Und was besonders berührend ist, ist die unglaubliche Solidarität in Nachbarschaften, in Familien, in Freundeskreisen, wo man füreinander einkauft, wo man sich umeinander kümmert, wo man sich gegenseitig hilft. Das macht mich sehr stolz, und das kann uns sehr stolz auf dieses Land machen.

Aber es sind auch dunkle Tage. Es sind dunkle Tage für die Menschen, die ihre Angehörigen verloren haben – ihnen gilt unser Mitgefühl –, für die Menschen, die krank sind und auf Genesung hoffen; übrigens nicht nur in

nisterpräsident, der sich ein wenig wie ein Prokonsul aufführt, solche gern hätte, müssen heute schon die sozialen Folgen bedacht werden. Es ergibt keinen Sinn, die Anzahl der Coronatoten auf Kosten möglicher Suizidopfer zu senken.

Was also ist der Masterplan der Bundesregierung? Was wird sie den Menschen sagen, wenn es in drei Monaten noch immer keine Entwarnung gibt, Herr Minister? Welche Alternativen gibt es zu

dem jetzigen Kurs, und wann denkt die Bundesregierung, diese aufzuzeigen?

Meine Damen und Herren, die Menschen haben Angst – zu Recht. Um Ihnen diese Angst zu nehmen, bedarf es mehr als Geld, nämlich einer Strategie, die über die nächsten zwei, drei Monate hinausweist.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

Deutschland. Es sind schreckliche Bilder, die uns ganz aus der Nähe, aus Italien und Spanien, erreichen. Es sind auch dunkle Tage für diejenigen, die sich Sorgen machen um ihre Existenz, um ihren Arbeitsplatz, um das, was sie sich in Jahren aufgebaut haben. Unglaubliche viele Mails und Anrufe erreichen jeden von uns.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen wahrscheinlich vor der größten Herausforderung in der 71-jährigen Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland, eine Herausforderung, die wir so noch nicht gehabt haben. Sie ist auch deswegen einmalig, weil sich niemand in diesem Land dieser Herausforderung entziehen kann. Sie betrifft wirklich jeden: vom ganz Kleinen über den Großen, vom Alten und Schwachen bis zum Star-

Diese Herausforderung haben wir uns sicherlich nicht gewünscht, aber wir werden sie annehmen, und – das ist das Versprechen – wir werden kämpfen. Wir werden kämpfen um unsere Gesundheit, insbesondere um die Gesundheit der Alten und Schwachen, wir werden kämpfen um unsere Arbeitsplätze und unsere Wirtschaftsstrukturen, ja, wir werden auch kämpfen um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, dass er in dieser Krise auch erhalten bleibt, und wir werden kämpfen um den Zusammenhalt – darüber müssen wir auch reden

– in Europa, dass nicht jeder sein eigenes Ding macht, dass wir zusammen Lösungen entwickeln.

Jeder von uns wird kämpfen. Das fängt bei der Bundeskanzlerin an, die das momentan vom Homeoffice aus macht, das geht über den Krankenpfleger, die Krankenpflegerin im Gesundheitswesen weiter, und das hört bei den ganz Kleinen auf, bei den Erstklässlern, die momentan ihren Unterrichtsstoff mit ihren Eltern zu Hause nachholen.

Wir werden in dieser Krise, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch entscheiden; denn das Schlimmste, das man in einer Krise machen kann, ist, sich wegzuducken und nichts zu tun, zu warten, bis der Sturm vorübergeht. Aber diese Entscheidungen sind Entscheidungen unter Unsicherheit. Wir wissen nicht, ob wir jetzt alles

richtig entscheiden, und – der Finanzminister hat es gesagt – wir können es auch nicht wissen, weil wir das alles das erste Mal machen. Aber genau das, meine Damen und Herren, ist politische Führung: den Mut zu haben, Entscheidungen zu treffen, und den Mut zu haben, auch Fehler zu machen, denn das ist besser, als jetzt nichts zu tun. Genau deswegen werden wir hier heute als Deutscher Bundestag ein einmaliges Paket verabschieden – weil jetzt die Zeit des Handelns ist, meine

Deswegen werden wir jetzt auch das einsetzen, was wir uns erwirtschaftet haben.

Damen und Herren.

Handeln heißt, dass wir ein Gesundheitspaket auf den Weg bringen, wo es darum geht, Kliniken zu schützen, wo es darum geht, bessere Werkzeuge im Kampf gegen die Infektion zu haben. Es geht darum, Wirtschaft und Arbeitsplätze zu sichern, die großen Strukturen mit einem Rettungsschirm zu sichern, aber auch die Kleinen zu unterstützen, die momentan in einer besonders harten Situation sind. Es geht darum, das Arbeitsrecht so zu ändern, dass Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Logistik weiter möglich sind. Aber es geht auch darum, soziale Härten für Mieter, aber auch für Vermieter abzufedern. Deswegen haben wir uns so eine Mühe gegeben, das Ganze abgewogen zu gestalten. Es geht darum, vereinfachen, unbürokratischen Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen zu gewährleisten. Und es geht um viele andere Dinge mehr.

Das alles werden wir heute als Parlament sehr, sehr schnell beschließen. Was wir auch beschließen werden, ist, dass wir all das mit haushalterischen Mitteln unterlegen. Ja, 156 Milliarden Euro, das ist unglaublich viel. Wer hätte gedacht, dass wir darüber sprechen werden? Ja, ein Bürgschaftsgarantievolumen von über 1 Billion Euro ist enorm. Das sind keine einfachen Entscheidungen, die wir treffen.

Aber richtig ist auch: Wenn es sich ein Land leisten kann, dann ist es unser Land, weil wir vernünftig gewirtschaftet haben. Deswegen werden wir jetzt auch das

einsetzen, was wir uns erwirtschaftet haben. Denn dafür macht man Haushaltspolitik: dass man in der Not das entsprechende Geld hat, um die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Wir werden das Ganze in einem sehr, sehr schnellen Verfahren machen. Ich muss und darf mich ausdrücklich auch bei der Opposition bedanken, die auf Beratungsrechte, die auf Fristen verzichtet hat und die gesagt hat: Jetzt ist es wichtiger, dass wir Lösungen für dieses Land bekommen. Das ist nicht selbstverständlich. Herzlichen Dank dafür!

Wir werden im Rahmen dieses Pakets auch in Freiheitsrechte eingreifen. Wir werden in Eigentumsrechte eingreifen. Wir werden, wie gesagt, in Haushaltsregeln eingreifen. Deswegen ist es richtig, dass all das, was wir tun, so weit eben möglich auch befristet ist. Es kann auch keine Selbstverständlichkeit sein, als Parlament in diesen Verfahren entsprechend so weiterzumachen.

Es ist auch wichtig, dass wir uns heute mit unserer Geschäftsordnung beschäftigen, damit wir in der Krise schnell handlungsfähig sind und damit parlamentarische Verfahren auch in der Krise ordentlich und weiter möglich sind.

Wir werden all das, was wir jetzt beschließen, auf den Prüfstand stellen, wenn die Pandemie vorbei ist – selbstverständlich. Wir werden selbstverständlich auch auf

den Prüfstand stellen, ob das alles, was wir gemacht haben, richtig ist. Wir werden auf den Prüfstand stellen, ob das Zusammenspiel auf den föderalen Ebenen richtig ist. Wir werden auf den Prüfstand stellen, wie wir uns noch besser auf solche Situationen vorbereiten können. Das ist selbstverständlich. Eines kann ich Ihnen auch sagen: Es wird wahrscheinlich nicht das letzte Paket sein, das wir hier beschließen werden.

Eines ist auch richtig – da brauchen wir uns überhaupt nichts vorzumachen -: Gesetze und Geld sind das eine, aber das andere ist, dass wir es auch umsetzen müssen, dass dieses Geld, Herr Finanzminister, jetzt schnell fließt, dass die Rettungsschirme schnell an den Start kommen, dass der Zugang zu den Sozialsystemen dann ohne Bürokratie möglich ist. Es muss auch mehr gemacht werden – das ist richtig – im Bereich der medizinischen Schutzausrüstung, hinsichtlich Beatmungsgeräten, in der Unterstützung unseres Gesundheitssystems.

Wenn der heutige Tag vorbei ist, dann beginnt die Umsetzung, sofern sie nicht in den letzten Wochen schon begonnen hat. Umsetzung ist das, was jetzt zählt, meine Damen und Herren.

Aber all das staatliche Handeln kann nur funktionieren, wenn tatsächlich alle mitmachen. Wir würden gerne jeden so stellen, als

wenn diese Coronakrise nicht stattgefunden hat. Das ist überhaupt keine Frage. Aber das wird nicht gehen. Das wird auch die Fähigkeit dieses Staates überfordern. Deswegen müssen wir uns auf diejenigen beschränken, die es aus eigenen Kräften nicht schaffen können, durch dieses Krise zu kommen. Wir werden das in vielen, vielen Bereichen hinbekommen, vielleicht nicht in allen. Aber das ist unsere Anstrengung, die wir jetzt vornehmen werden. Dafür bedarf es auch des Einsatzes vieler. Es gibt großartige Beispiele von Textilunternehmen, die auf Maskenproduktion umstellen, von Spirituosenherstellern, die jetzt Desinfektionsmittel herstellen. Es gibt – das stand in meiner Lokalzeitung – ein Beispiel, da hat jemand, der einen Frisörsalon vermietet, gesagt: Mensch, wir müssen zusammenhalten, nächsten Monat keine Miete.

Es gibt aber – das muss man sagen – leider auch schlechte Beispiele. Uns erreichen Briefe von Zulieferern und Lieferanten, die sagen: Meine Kunden geben jetzt den Druck an uns weiter, und wir müssen das allein bewältigen. – Ich kann nur dazu aufrufen: Wir alle müssen jetzt solidarisch sein; sonst wird dieses Krise nicht überstanden werden.

Man sagt: In der Krise kommen das Gute und das Schlechte des Menschen wie unter einem Brenn-

glas zutage. Was ich momentan sehe, sind ganz, ganz viel Gutes, ganz viel Solidarität, ganz viel Hilfe, ganz viel Gemeinsinn. Was ich auch sehe, ist, dass wir in dieser

Wir alle müssen jetzt solidarisch sein; sonst wird dieses Krise nicht überstanden werden.

Krise erkennen, was eigentlich wirklich wichtig ist: dass man seine Eltern und Großeltern besuchen kann, dass man sich mit Freunden treffen kann, dass man überall hingehen kann, wo man hingehen möchte, dass man eine Sicherheit hat, was den Arbeitsplatz betrifft. Ich glaube, wir beginnen langsam wieder zu begreifen, was die wirklich wichtigen Dinge im Leben sind.

Wir können Ihnen hier von dieser Stelle aus nicht sagen, wie lange diese Krise dauern wird. Wir können Ihnen nicht versprechen, welche Opfer und Einschränkungen wir noch erleiden müssen. Wir können auch nicht versprechen, dass jede Existenz, jeder Arbeitsplatz und alles so erhalten bleibt, wie es ist. Aber wenn wir in den nächsten Wochen zusammenhalten, wenn wir gemeinsam kämpfen, wenn wir solidarisch sind, dann glaube ich, nein, dann bin ich davon überzeugt, dass unser Land, Deutschland, nach Corona ein besseres Land sein wird.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir würden gerne jeden so stellen, als wenn diese Coronakrise nicht stattgefunden hat.

Christian Lindner, FDP:

Aktueller Zustand widerspricht der menschlichen Natur



Christian Lindner (*1979)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Drei Wochen liegt die Regierungserklärung zur Coronakrise zurück. Seitdem hat sich die Lage dynamisch entwickelt. Experten haben mehr als einmal ihre Einschätzungen korrigiert. Wir sehen hier im Ple-

num, dass sich die Lage dramatisch verändert hat. Wir entnehmen es der Tatsache, dass sich die Regierungschefin selbst in häuslicher Quarantäne befindet. Wenn Gesundheit und Freiheit gleichermaßen gefährdet sind, dann lernt man ihren Wert neu kennen. Unsere guten Wünsche gelten jetzt Frau Merkel, den Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, die infiziert sind oder sich in Quarantäne befinden müssen, und vor allen Dingen allen Menschen im Land, die betroffen sind.

Unser Dank gilt all denen, die jetzt in diesen Tagen mehr tun als nur ihre Pflicht: in Krankenhäusern, aber auch bei der Polizei und bis an die Supermarktkasse. Jetzt erfahren die Menschen den Respekt und die Aufmerksamkeit, die ihnen auch in gewöhnlichen

Zeiten hätten zuteilwerden sollen.

Das öffentliche und das wirtschaftliche Leben sind heruntergefahren, um die Ausbreitung von Corona einzudämmen und zu bremsen. Manche haben Zweifel. Beim jetzigen Wissensstand wären die Alternativen aber riskant. Es geht um Menschen. Wer denkt bei den Bildern aus Italien nicht an die eigene Familie? Ich denke nicht an statistische Größen, sondern an meine Omas. Deshalb sind die aktuellen Freiheitseinschränkungen verhältnismäßig. Der aktuelle Zustand widerspricht aber der menschlichen Natur. Er passt nicht zu den Werten einer offenen Gesellschaft. Er ist eine Gefahr für den sozialen Frieden, weil schon in der allernächsten Zeit die Akzeptanz der Menschen sinken könnte. Er ist eine Gefahr

für unser wirtschaftliches Leben, weil irgendwann der ökonomische Schaden irreparabel sein könnte.

Mit dem heutigen Tag muss es deshalb darum gehen, diesen Zustand Schritt für Schritt, aber so schnell wie möglich zu überwinden. Von der Ertüchtigung des Gesundheitswesens über die Bereitstellung von flächendeckenden Tests auf Corona muss nun die Regierung, müssen die Behörden in Ländern und Kommunen alles unternehmen, damit die Menschen schnellstmöglich in die Freiheit zurückkehren können.

Heute berät und beschließt der Deutsche Bundestag über ein Paket zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen. Regierung und Opposition tragen in diesen Zeiten eine gemeinsame staatspolitische Verantwortung. Diejenigen, die im Deutschen Bundestag die Oppositionsrolle wahrnehmen, tragen in den Ländern und auf der örtlichen Ebene auch exekutive Verantwortung. Deshalb haben wir intensiv beraten. Ich will der Bundesregierung und den die Regierung tragenden Fraktionen ausdrücklich

für das konstruktive Klima danken, in dem wir miteinander über das, was heute zu entscheiden ist, gesprochen haben.

Aspekte haben wir beitragen können. Aspekte, die uns wichtig sind, haben Eingang in die Beschlussvorlagen gefunden, beispielsweise dass die Schwelle zur Stabilisierung von Unternehmen nicht bei 2 000 Beschäftigten, sondern bei 250 Beschäftigten liegt; dass Grundrechtseingriffe wie etwa das Auslesen von Mobilfunkdaten nicht hopplahopp in dieser Krise beschlossen werden, sondern sorgsamer zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal besprochen werden können; dass die Befugnisse des Infektionsschutzgesetzes, die dem Bund neu zuwachsen, zeitlich befristet sind, sodass in ruhigeren Zeiten diese Fragen neu aufgeworfen werden können.

Manches missfällt uns dennoch: Das neue Leistungsverweigerungsrecht und die Veränderungen im Mietrecht verlagern einseitig Belastungen; hier hätten wir uns Alternativen wie ein Sonderwohngeld gewünscht. Wir hätten auch an anderen Stellen das Paket der Gro-

ßen Koalition modifiziert. Aber darum geht es jetzt nicht; bei allen Unterschieden in der Einschätzung und im Hinblick auf zusätzliche wünschenswerte Maßnahmen geht es darum jetzt nicht. Wir sind gemeinsam als Fraktionen doch durch ein Ziel verbunden, nämlich Schaden vom deutschen Volk und der Bevölkerung abzuwenden. Deshalb werden wir trotz aller Bedenken im Detail den Beschlussvorlagen der Regierung heute zustimmen.

Jetzt ist die Stunde des Staates. Wir brauchen ihn bei allem, was über die Fähigkeit, individuell Verantwortung zu übernehmen, hinausgeht. In genau so einer Situation befinden wir uns jetzt, wo wir die staatlichen Möglichkeiten, alles, was er fiskalisch in die Waagschale werfen kann, nutzen müssen.

Aber auch die Möglichkeiten des Staates sind begrenzt. Wir nutzen jetzt das, was wir an Fähigkeiten haben. Aber auf Dauer wird auch der starke deutsche Staat nicht in der Lage sein, eine Volkswirtschaft zu stabilisieren, die nicht ins Leben zurückfindet. Irgendwann wird auch jemand dafür zahlen müssen, was wir jetzt an Schutzschirmen aufspannen. Deshalb werden wir in der Zeit nach der Krise auch über die weitere Finanzplanung und die Vorhaben der Regierung neu sprechen müssen. Ich erwarte eine Repriorisierung vieler Vorha-

Irgendwann wird auch jemand dafür zahlen müssen, was wir jetzt an Schutzschirmen aufspannen.

ben; denn es wird darum gehen, dass wir die langfristigen wirtschaftlichen Folgen dieser aktuellen Krise nicht zulasten von Bürgerinnen und Bürgern und nächsten Generationen einseitig verteilen.

Wir werden auch noch darüber sprechen müssen, ob die jetzt beschlossenen Maßnahmen wirklich treffsicher sind. Wir sorgen uns um den kleinen Mittelstand, um die Betriebe mit zwischen 10 und 250 Beschäftigten, die in den vergangenen Jahren viel von dem abgegeben haben, was sie erwirtschaftet haben. Es war, Kollege Brinkhaus, nicht der Staat, der gut gewirtschaftet hat, es waren die Menschen, es war der Mittelstand, die gut gewirtschaftet haben. Deshalb sind uns Möglichkeiten zugewachsen. Und genau diejenigen in der Mitte der Gesellschaft, die so viel von ihrer Leistung abgegeben haben in den vergangenen Jahren und damit solidarisch waren, die dürfen jetzt erwarten, dass die staatliche Gemeinschaft in diesen Krisenzeiten mit ihnen auch solidarisch ist. Deshalb hätten wir uns gewünscht, dass die Schwelle nicht bei 250, sondern bei 50 Beschäftigten liegt. Ich rege an, bei den nächsten Gelegenheiten, bei denen wir über die Modifikationen der Sicherheitsnetze sprechen, diese Frage noch einmal miteinander aufzurufen.

In Nordrhein-Westfalen – um



Soldaten eines Logistikbataillons verteilen in Sachsen-Anhalt Atemschutzmasken, OP-Masken, Schutzkleidung, Schutzbrillen, Probe-Entnahme-Kits und Gummihandschuhe. ©picture alliance/Klaus-Dietmar Gabbert/dpa-Zentralbild/ZB

ein Beispiel zu nennen – hat die dortige Landesregierung entschieden, mit eigenen Mitteln auch Unternehmen bis 50 Beschäftigte eine Soforthilfe von bis zu 25 000 Euro zu zahlen. Das ist eine Praxis, die für Deutschland insgesamt vorbildlich ist, eine Entscheidung, die auch die Bundesregierung hätte treffen können.

Wir werden über das Tempo der Hilfen sprechen müssen. Wir haben nichts einzuwenden gegen die Programme, die über die KfW aufgelegt werden. Aber wir sehen mit Sorge die administrative Überlastung bei privaten Geschäftsbanken und in den öffentlich-rechtlichen Strukturen. Deshalb ist es aus un-

serer Sicht empfehlenswert, dass wir die Möglichkeiten auch unserer Finanzbehörden nutzen. In guten Zeiten mag sich mancher ärgern über die Leistungsfähigkeit unserer Finanzbehörden – in diesen Zeiten könnten wir sie gut nutzen, um unbürokratisch und schnell über das Steuerrecht Liquiditätshilfen zu gewähren.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden uns nach der Krise mit Fragen der Zusammenarbeit in Europa und darüber hinaus beschäftigen müssen. Eine Debatte über neuen Protektionismus und Abschottung ist ja nahezu unvermeidlich. Aber eigentlich ist die Schlussfolgerung aus der

Coronakrise eine andere: dass nicht Abschottung hilft, dass nicht die Aufgabe der internationalen Arbeitsteilung sinnvoll ist, sondern im Gegenteil: Die eigentliche Lehre ist doch, dass man eine Menschheitsaufgabe, eine Menschheitsherausforderung wie eine Pandemie, nicht im nationalstaatlichen Kontext bewältigen kann, sondern dass Corona eigentlich der Anlass ist, ganz neu über internationale Kooperation, das Lernen voneinander und Multilateralismus zu sprechen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Amira Mohamed Ali, Die Linke:

Grundrechte dürfen nicht dauerhaft eingeschränkt werden



Amira Mohamed Ali (*1980)
Landesliste Niedersachsen

Das Hilfspaket der Bundesregierung zur Bewältigung dieser beispiellosen gravierenden Krise enthält viele gute Regelungen, mit denen wir einverstanden sind. Die Gespräche, die wir in den letzten Tagen

mit der Bundesregierung dazu geführt haben, waren sehr konstruktiv. Dennoch fehlen nach wie vor wichtige Regelungen, die notwendig sind, um sicherzustellen, dass durch diese Krise nicht viele Menschen in Not geraten und dass sich dadurch das Gesicht unseres Landes nicht extrem verändern wird.

Aber auch ich möchte zunächst auf die Menschen zu sprechen kommen, die in dieser Krise Herausragendes leisten. Das sind zum Beispiel die Beschäftigten im Gesundheitswesen, im Einzelhandel, die Berufskraftfahrer und viele andere in den sogenannten systemrelevanten Berufen. Ihnen wird in diesen Tagen zu Recht viel gedankt, auch hier in diesem Hause. Man kann auch nicht oft genug

Danke sagen.

Aber dieser Dank sollte sich nicht nur in Worten zeigen, nein, hier braucht es auch einen angemessenen finanziellen Ausgleich für die erhöhte Arbeitsbelastung, für die Würdigung dieses außergewöhnlichen Engagements. Ein Zuschlag von 500 Euro pro Monat für diejenigen, die in den systemrelevanten Berufen arbeiten, das ist das Mindeste. Und es kann nicht sein, dass zum Beispiel Pflegerinnen und Pfleger, deren enorme Wichtigkeit für unsere Gesellschaft uns jetzt jeden Tag vor Augen geführt wird, weiter zu Hungerlöhnen arbeiten müs-

Gesundheit ist keine Ware; das muss spätestens, wirklich spätestens jetzt klar sein.

sen. Bitte entsprechen Sie unserem entsprechenden Antrag. Und selbstverständlich muss sich die Wertschätzung auch darin zeigen, dass denjenigen, die aus beruflichen Gründen jetzt viel Kontakt zu Menschen haben – und das sind nicht nur Ärzte, Pfleger, Verkäuferinnen und Verkäufer, das sind auch Polizistinnen und Polizisten –, flächendeckend Schutzkleidung zur Verfügung gestellt wird. Hier braucht es wirkliche klare und schnell umzusetzende Konzepte und eine entsprechende Priorisierung.

Es war ein fataler Fehler, dass lokale Produktion abgebaut wurde und dass nicht genügend bevorratet wurde. Aber auch die Kürzungspolitik im Gesundheitswesen, das Spardiktat durch die Privatisierung der letzten Jahre, war falsch. Gesundheit ist keine Ware; das muss spätestens, wirklich spätestens jetzt klar sein. Die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes ist

richtig. Aber uns muss doch auch klar sein, dass viele Menschen trotzdem vor unlösbaren Problemen stehen. Denjenigen, denen jetzt gerade der volle Lohn zum Leben ausreicht, reichen die 60 Prozent Lohnfortzahlung eben nicht. Deswegen muss das Kurzarbeitergeld auf 90 Prozent des vorherigen Lohns erhöht werden. Das sichert wesentlich besser ab.

Und Mitbestimmungsrechte dürfen auch in diesen Zeiten keinesfalls geschliffen werden; das fordern zu Recht auch die Gewerkschaften.

Ein weiterer Punkt, der im Paket der Bundesregierung nicht genug Berücksichtigung findet, betrifft die Ärmsten unserer Gesellschaft, diejenigen, die von Hartz IV betroffen sind, und diejenigen mit sehr kleinen Renten: Hilfsangebote wie die Tafeln fehlen vielerorts. Und Nebenjobs, die benötigt werden, um kleine Renten aufzubessern, können nicht mehr angetreten werden, weil es diese Jobs nicht mehr gibt oder weil gerade

Fortsetzung auf nächster Seite

ältere Menschen jetzt aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr das Haus verlassen dürfen. Es ist darum notwendig, hier zu helfen. Deswegen: Stimmen Sie bitte unserem Antrag zu, die kleinen Renten und das Arbeitslosengeld II um 200 Euro pro Monat aufzustocken!

Es ist auch dringend notwendig, dass den obdachlosen Menschen in dieser Krise geholfen wird, die jetzt vor noch größeren Schwierigkeiten stehen, weil eben Hilfsangebote fehlen und es keine

Spenden von Passanten mehr geben kann. Es ist notwendig, dass der Bund die Kommunen jetzt dringend mit Mitteln ausstattet, um hier schnelle Hilfsangebote zu schaffen.

Ein wesentlicher Punkt, über den wir hier heute sprechen und abstimmen werden, ist, dass in dieser Notsituation trotz der Schuldenbremse Schulden gemacht werden können. Wir werden dem als Linke zustimmen. Wir haben die Schuldenbremse, diese unnötige Beschränkung der Handlungsfähigkeit des Staates, schon immer für einen Fehler gehalten.

Wir müssen aber wirklich jetzt auch schon darüber reden, wie diese Schulden nach der Krise zurückgezahlt werden; denn wir Linke wollen verhindern, dass die

Rückzahlung zu einem Sozialabbau und einem weiteren Investitionsstau führt.

Wir sind uns alle einig, dass es in dieser historischen Krise Solidarität verlangt, und große Teile der Gesellschaft leben sie jetzt ja auch vor. Die einen verzichten darauf, Konzertkarten zurückzugeben, die

anderen spenden Lebensmittel oder Kleidung für Bedürftige und gehen für ältere Menschen in der Nachbarschaft einkaufen. Das, was an so vielen Stellen im Kleinen gilt, muss auch im Großen geschehen.

Es gibt in unserer Gesellschaft einige mit sehr starken Schultern, mit einem riesigen Vermögen. Wir fordern eine Sonderabgabe für Multimillionäre und Milliardäre, damit sie einen gerechten Beitrag zur Bewältigung dieser historischen Krise leisten.

Wenn der Staat jetzt richtigerweise auch in Unternehmen einsteigt, um sie zu stützen und Arbeitsplätze zu sichern, dann muss bereits jetzt klar sein, dass bitte auch der Staat davon profitiert, wenn nach dieser Krise die Unternehmensgewinne wieder fließen. Das viel zu oft geltende Prinzip, dass die Gewinne privatisiert werden, die Schulden aber die Allgemeinheit tragen muss, darf hier nicht gelten.

Eine Einsparung, die dringend

vorgenommen werden muss, ist eine Einsparung im Militäretat. Er ist viel zu hoch, und in diesen Zeiten weiter am 2-Prozent-Rüstungsziel der NATO festzuhalten, ist Wahnsinn. Ich möchte hier auch ausdrücklich António Guterres, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, zustimmen, der Anfang dieser Woche im Angesicht dieser Pandemie einen weltweiten Waffenstillstand gefordert hat. Wenn Deutschland einen Beitrag dazu leisten will, dann müssen selbstverständlich sofort alle Waffenexporte gestoppt werden.

Außerdem dürfen die Menschen, die aus Krieg und Elend geflohen sind und jetzt auf den griechischen Inseln bzw. an der griechischen Grenze ausharren müssen, in dieser Krise nicht vergessen werden. Dazu gehört eben auch, dass die Bundesregierung ihre Zusage, die minderjährigen Flüchtlinge aufzunehmen, nicht vergisst. Wir stellen heute wichtige Weichen – nicht nur dafür, was während dieser Krise geschieht, sondern auch dafür, wie dieses Land nach der Krise aussehen wird.

Es gibt große Unternehmen, die sehr stark sind, die über große Rücklagen verfügen. Sie werden diese Krise – teilweise auch mit staatlicher Hilfe – überstehen. Daneben gibt es die anderen, die kleinen und die mittelständischen Unternehmen, die diese Rücklagen nicht haben. Ja, das Hilfspaket enthält Kredithilfen und teilweise auch Direktzahlungen. Das alles

sind richtige Schritte, die wir unterstützen. Für viele sind diese Direktzahlungen aber leider nur Tropfen auf heiße Steine, und die Möglichkeit, Kredite aufzunehmen, kommt für viele kleine und mittelständische Unternehmen, für Handwerksbetriebe, für Solo-Selbstständige, aber auch für Künstlerinnen und Künstler nicht infrage, weil Kredite ja zurückgezahlt werden müssen, was ihnen nicht möglich ist. Diese Menschen brauchen umfassende Hilfe, und zwar schnell und unbürokratisch. Nur so kann verhindert werden, dass durch diese Krise die weitere Monopolisierung der Märkte, die Verdrängung kleiner und mittlerer Unternehmen

durch wenige Großkonzerne, exponentiell vorangetrieben wird. Wir müssen alles tun, um die Vielfalt zu erhalten – auch die Vielfalt der Kunst und der Kultur –; denn diese Vielfalt macht uns aus. Das ist der größte Reichtum, den wir haben.

In diesen Zeiten tragen nicht nur die öffentlich-rechtlichen, sondern auch viele private, lokale Medien eine große Verantwortung. Die Regionalzeitungen, die lokalen TV- und Radiosender: Sie sind wichtiger denn je. Sie informieren vor Ort, sie klären auf, und sie bilden ein wichtiges Gegengewicht gegen so manche Falschinformati-

on aus dem Internet. Sie brauchen jetzt Hilfe, weil überlebenswichtige Werbeeinnahmen wegbrechen. Das Gleiche gilt auch für freie Journalistinnen und Journalisten, die jetzt ohne Aufträge dastehen. Wenn wir der freien Presse helfen, dann stützen wir unsere Demokratie.

Die notwendige Eindämmung der Pandemie erfordert derzeit Einschränkungen von Grundrechten, wie wir es uns vor zwei Wochen noch nicht vorstellen konnten. Es ist jetzt auch die Zeit, in der sich die Demokratie bewähren muss, und deshalb ist dies auch die Stunde, in der wir darauf achten müssen, dass Grund- und Freiheitsrechte nicht durch die Hintertür dauerhaft ausgehöhlt und eingeschränkt werden.

Hierbei wird Die Linke nicht mitmachen. Wir werden nicht zustimmen, wenn es zum Beispiel um Handytracking oder um eine dauerhafte Beschneidung von Versammlungsrechten geht. Wir werden nicht zulassen, dass parlamentarische Mitbestimmungsrechte ausgehebelt werden. Unser Land darf nach dieser Krise keinesfalls weniger demokratisch und freiheitlich sein.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Das, was an so vielen Stellen im Kleinen gilt, muss auch im Großen geschehen.

Die Regionalzeitungen, die lokalen TV- und Radiosender: Sie sind wichtiger denn je.

Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen:

Gerade auch in der Not funktioniert unsere Demokratie



Katrin Göring-Eckardt (*1966)
Landesliste Thüringen

Hashtag keeperfuralive ist eine Gruppe auf allen möglichen Plattformen – gegründet von einem Opernsänger. Buchhandlungen, Blumenläden, Reisebüros, die Brauerei sind dabei. Die Stadt steht still, aber der Comicluden fährt die Ware aus. Das Bier kommt vom Heimathafen nach Hause, die Groß-

mutter bekommt nicht nur einen Podcast, sondern auch Blumen. Es gibt Bücher to go, Studis organisieren die Einkäufe per Lastenrad. In Mühlhausen bekommt man Torten und Bücher gleichzeitig. Das passiert gerade in zig Städten in dieser Republik. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes spannen ihren kleinen privaten Rettungsschirm über Läden, Unternehmungen, kaufen ein Bild, reservieren Konzertkarten für später. Das ist das Großartige, was uns als Land in diesen Tagen ausmacht.

Lange war unser Land nicht so geprägt von Einsamkeit und Isolation und zugleich von Gemeinsinn und Fürsorge – und natürlich von dem einen Thema. Eine Familie verordnet sich, beim Essen nicht mehr über Corona zu reden, Kinder erleben ihre Eltern als Lehrerinnen und Lehrer, manchen fällt die Decke schon nach drei Tagen

Homeoffice auf den Kopf, ein großer Sportverein gibt jeden Tag – herzlichen Dank übrigens auch im Namen meiner Enkel – Turnstunden für Kinder. Die Menschen rücken auseinander und zusammen wie nie. Heute sind wir hier – Politikerinnen und Politiker, manche im Saal, andere draußen –, und wir wollen genau das tun: einen Rettungsschirm spannen. Wir haben in den letzten Tagen viel darüber diskutiert, wie das geht. Wir sorgen uns um Menschen und Unternehmen, wir sorgen uns um die Freiheits- und Bürgerrechte, und wir fragen uns: Was ist jetzt wirklich verhältnismäßig? Wir fragen Virologinnen und Virologen, Verfassungsrechtlerinnen und Verfassungsrechtler, Hausärzte und

Wir werden Fehler machen, und ich hoffe, wir werden diese Fehler auch korrigieren.

Hausärztinnen, Vorstandsvorsitzende, Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Gastronomen, Friseure, Feuerwehrmänner und -frauen. Wir fragen, weil wir noch nicht überall alle Antworten für die nächste Zeit in dieser Krise haben, und ich finde, wir sollten das auch so ehrlich sagen. Wir werden Fehler machen, und ich hoffe, wir werden diese Fehler auch korrigieren.

Wir machen das hier, soweit es geht, zusammen; denn es geht um Vertrauen, Vertrauen in einen handlungsfähigen Staat, der keine und keinen vergisst, Vertrauen übrigens in einen starken Staat, der nicht national, sondern europäisch und global handelt.

Jetzt, noch am Anfang, zeichnet die Krise bereits viele dunkle Schatten: In der Autoindustrie stehen die Bänder still, der Tourismus, die Luftfahrt, kleine Läden, Hotels und Kneipen bangen um ihre Existenz. Für viele heißt das Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, weniger Geld – ja, zum Teil deutlich weniger. Theater und Kinos haben geschlossen und müs-

sen trotzdem laufende Kosten bedienen. Alles das wissen wir. Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturbetriebe ohne Aufträge versuchen, ohne nennenswerte Rücklagen über die Runden zu kommen. Gut, dass wir ihnen helfen! Ein Musiker freute sich dieser Tage über 100 Euro Spende für ein Onlinekonzert; 12 000 Euro sind ihm gerade weggebrochen. Landwirte bangen um Aussaat und Ernte, weil die Helferinnen und Helfer fehlen. Schon jetzt ist klar: Diese Krise berührt uns alle. Das ist eine außergewöhnliche Notsituation. Deshalb müssen unsere Antworten außergewöhnlich sein. Für uns Grüne ist klar: In dieser Zeit steht Kooperation vor Konkurrenz. Zusammenarbeit – Herr Brinkhaus, ich gebe diesen Dank zurück –, das war in den letzten Tagen wirklich ein konstruktives Miteinander. Demokratische Opposition und Regierung haben nicht alles erreicht. Das ist mit Sicherheit klar. Trotzdem haben sich alle darum bemüht, dass diese Zusammenarbeit gelingt.

Für uns als Bündnis 90/Die Grünen will ich ausdrücklich sagen: Es ist Zeit, Verantwortung zu übernehmen, damit niemand allein bleibt und niemand zurückgelas-

sen wird. Deswegen bringt der Bundestag heute dieses Paket auf den Weg, um zu helfen, zu schützen, zu entlasten, das Gesundheitssystem zu stärken. Der Umfang und die Einmaligkeit sind der Notlage entsprechend. Deswegen stimmen wir, übrigens nicht, weil es um Mehrheiten geht, sondern voller Überzeugung, dafür, dass wir die Ausnahmeregelung der Schuldenbremse heute aktivieren, meine Damen und Herren. Natürlich freue ich mich, dass eine Reihe unserer Vorschläge aufgenommen wurden: die Entschädigung von Familien, die wegen fehlender Kinderbetreuung zu Hause nicht richtig arbeiten können; der Schutzschirm für soziale Träger; der Rettungsfonds für Künstlerinnen und Kulturschaffende, für Solo-Selbstständige. Das sind einige Beispiele. Natürlich ist nicht alles schon perfekt. Aber ich verspreche: Wir werden weiter danach schauen, was funktioniert und wo es weiter Hilfe braucht. Natürlich bedauere ich, dass die Bundesregierung unseren Vorschlag, dem medizinischen Pflegepersonal einen Bonus zu zahlen, nicht aufgegriffen hat. Diese Heldinnen und Helden verdienen selbstverständlich den Beifall auf den Balkonen. Aber sie verdienen eben auch direkte Unterstützung und gute Bezahlung, gerade in diesen Zeiten. Ich weiß, dass es ihnen mindes-

tens genauso sehr darum geht, dass sie ihre Arbeit gut machen können, dass Desinfektionsmittel, Handschuhe, Mundschutz, Schutzkleidung da sind. Ich weiß auch, dass alle erdenklichen Bemühungen laufen, das bereitzustellen. Trotzdem ist die Sorge groß. Und schließlich sollten wir die nicht aus dem Blick verlieren, die am allerwenigsten haben. Wenn das kostenfreie Mittagessen in Kita oder Schule wegfällt, wenn die meisten Tafeln schließen müssen, dann mache ich mir wirklich große Sorgen. Es wäre doch viel schlauer, zu sagen: Wir erhöhen jetzt für eine begrenzte Zeit zumindest den Regelsatz – ohne lange Beantragung, ohne banges Warten, wann er denn ausgezahlt wird. Gerade für Kinder und gerade übrigens auch für Alte wäre das so dringend notwendig, meine Damen und Herren. Wir sorgen uns um die Wirtschaft, um Menschen und um unsere grundlegenden Rechte und Freiheiten. Und natürlich schlucke ich als Ostdeutsche, wenn ich mir vorstelle, dass der Aufenthalt draußen eingeschränkt wird und Menschen auf der Straße von der Polizei wieder nach ihrem Ausweis und nach dem Woher und Wohin gefragt

werden. Aber ich weiß, dass heute unsere Verfassung die Basis unseres Handelns ist und der Rechtsstaat der Rahmen. Die demokratische Kontrolle ist eben nicht ausgesetzt. Deswegen freut es mich besonders, dass es uns noch gelungen ist, die Bundesregierung zu überzeugen, dass heute der Bundestag, das Parlament selbst, den Epidemiefall ausruft und nicht die Regierung.

Das ist übrigens kein Misstrauen, sondern es geht darum, dass wir zeigen können: Gerade auch in der Not funktioniert unsere Demokratie. Dieses Gesetz befristet wir gemeinsam, weil wir uns in ruhigen Zeiten noch einmal darüber beugen wollen. Gut so! Danke den Kolleginnen und Kollegen von der FDP, von der Linken und auch der Regierung für die Kooperation an dieser Stelle.

Meine Damen, meine Herren, es ist zu früh, Lehren aus der Krise zu ziehen. Aber schon jetzt ist klar: Dieses Virus, diese Pandemie, können wir nur gemeinsam bekämpfen. Die Auswirkungen der Covid-19-Krise bei unseren Nachbarn in Italien und Spanien sind schockierend, und die Nachrichten brechen mir – ich glaube, uns allen – das Herz. Es beschämt

mich als Europäerin, dass unsere erste Reaktion war, die Grenzen zu schließen. Es beschämt mich, dass die Hilfe anderer bei den europäischen Nachbarn schneller ankam als unsere. Gut, dass wir das jetzt korrigieren. Gut, dass jetzt in Krankenhäusern in Deutschland, in Baden-Württemberg, in Sachsen, in Nordrhein-Westfalen – andere Länder werden wohl folgen –, Patientinnen und Patienten aus diesen Ländern behandelt werden. Wir müssen in dieser Krise jeden Tag auch das Gebot der Solidarität für unsere Nachbarn im Blick haben. Und es gibt Instrumente dafür: Der ESM oder auch die KfW wären Möglichkeiten, das hinzubekommen. Diese Krise werden wir nur europäisch gemeinsam bewältigen können.

Es ist an uns, zu zeigen, dass wir auch an andere denken, die so unendlich viel weniger haben, die der Krise kaum noch begegnen können: in Afrika, im Jemen, in Moria. Es kann uns nicht egal sein, auch denen zu helfen, die es selbst gar nicht können, meine Damen und Herren.

Diese Krise – Herr Brinkhaus hat das gezeigt – ist wie jede andere: Sie bringt entweder das Schlechteste oder das Beste hervor. Ich bin ganz froh, dass Toilettenpapierkäufe und Hamsterei nicht mehr das Bild dieser Krise ausmachen. Und vielleicht ist es auch zu früh, zuversichtlich zu sein. Aber das,

was wir heute erleben, sind die guten Beispiele vom Anfang, die wir erweitern könnten, wahrscheinlich jede und jeder von uns: bei ihm zu Hause oder aus dem Netz.

Meine Damen und Herren, wir könnten jetzt anfangen, uns zu separieren. Die einen bleiben zu Hause, und die anderen machen Party im Park. Abgesehen davon, dass Corona nicht nur Alte und Schwache trifft, das ist nicht meine Vorstellung von einer Gesellschaft. Das ist übrigens auch nicht meine Vorstellung davon, wie wir diese Krise bewältigen können und wie wir die Wirtschaft wieder auf gute Beine stellen können. Nach dieser Krise brauchen wir eine gemeinsame Anstrengung von allen: mit Kraft, mit Fantasie, mit genügend Geld für Investitionen, für das, was notwendig ist, für Investitionen, die nachhaltig sind, ökologisch sinnvoll und übrigens auch europäisch.

Meine Damen und Herren, all das stellt uns vor riesige Herausforderungen. An uns hier und an die Menschen da draußen will ich sagen: Bleiben Sie zu Hause, und bleiben Sie behütet! Halten wir Abstand, und halten wir zusammen!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Rolf Mützenich, SPD:

Verantwortung mit Konzentration und Überzeugung wahrnehmen



Rolf Mützenich (*1959)
Wahlkreis Köln III

Es mag paradox klingen: In einer Zeit, in der Abstand der beste Schutz ist, müssen wir zusammenstehen. Nur gemeinsam können wir die Herausforderung meistern: im Land, aber auch hier im Deutschen Bundestag. Und ja, die Pandemie ist eine existenzielle Herausforderung für jeden, die Gesellschaft und die ganze Welt. Die Erkrankung trifft höchstwahrscheinlich einzelne

Gruppen besonders, aber sie trifft jeden unterschiedslos und umfassend. Das ist die existenzielle Herausforderung, die die Gesellschaften, die Welt, aber auch jeder Einzelne nicht nur werden begreifen müssen, sondern auch werden meistern müssen. Deswegen will ich sagen: Ja, wir müssen zuerst all denen danken, die uns in dieser schweren Krise helfen: natürlich den Berufstätigen in den Gesundheits- und den Pflegeberufen, im Lebensmittelhandel, im Transportgewerbe. Und ja, sie werden heute als systemrelevant benannt. Aber ihr Lohn ist nicht so, wie wir ihn uns wünschen.

Deswegen ist es richtig, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer zumindest in einigen wenigen Bereichen den Tariflohn durch Einmalzahlungen erhöht haben. Aber jetzt kommt es eben darauf an: Wir brauchen in Zukunft bessere Tarife, und dafür muss auch dieser Deutsche Bundestag streiten, meine Damen und

Herren.

Ich will zugleich sagen: Ich danke Nachbarn, Vereinsmitgliedern, Fremden, Mitarbeitern in den Verwaltungen, Rentnerinnen und Rentnern, Pensionären, die mit den Erfahrungen ihres Arbeitsplatzes jetzt zurückkehren und helfen wollen. Aber ich danke auch denen – auch an die muss man erinnern –, die eben heute nicht ihre Verwandten, ihre Angehörigen und ihre Freunde treffen können, weil sie zu weit weg sind. Leider gehört es zum Alltag heute auch dazu, dass Menschen von ihren verstorbenen Angehörigen alleine Abschied nehmen müssen und dies nicht in der Solidarität der Trauergemeinschaft tun können. Auch an diese Personen müssen wir erinnern. Das ist meine Anteilnahme, die ich heute hier vom Deutschen Bundestag aus zeigen möchte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser vorrangiges Ziel ist es, Leben zu retten und gleichzeitig

die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen halbwegs in Grenzen zu halten – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Deswegen müssen wir die medizinische Versorgung und die staatlichen Hilfen, die die Bundesregierung zusammen mit den Fraktionen dieses Deutschen Bundestages entwickelt hat, auch für die nächsten Monate sichern.

Möglicherweise reicht dies nicht aus. Wir müssen nachsteuern. Wir müssen auch schauen, was wir besser machen können. In der Tat: Wir werden Fehler machen. Aber es ist wichtig, dass jetzt Liquidität, Zuschüsse und Rechtssicherheit geschaffen werden, damit ein Schutzschirm über den Einzelnen, aber eben auch über die Gesellschaft ausgebreitet werden kann.

Aber das kann dieser Deutsche Bundestag nicht alleine machen. Deswegen ist es für mich motivierend, dass es einen Pilotabschluss in der Metallindustrie und in der Systemgastronomie gegeben hat, mit dem den Beschäftigten zusätzliche Leistungen zuerkannt werden, damit sie diese Krise, aber

auch ihre Zukunft am Arbeitsplatz besser gestalten können. Das Kurzarbeitergeld wird aufgestockt.

Deswegen fordere ich die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auf: Gehen Sie auf die Gewerkschaften zu, und verhandeln Sie weitere Verträge, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgesichert sind. Weil der Staat, meine Damen und Herren, 100 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge übernimmt, können die Unternehmen mindestens die Hälfte an ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterreichen. Das ist der beste Weg, um soziale Sicherung zu schaffen.

Meine Damen und Herren, später wird uns die Geschichte an unserem Verhalten in diesen entscheidenden Wochen weltweit messen. Dann wird wahrscheinlich eine der Ideen sein die Rückbesinnung auf den Staat, ja, auf den starken Staat, aber ich sage als Sozialdemokrat: insbesondere auf einen sozialen, auf einen demokratischen Staat.

Fortsetzung auf nächster Seite

Schon jetzt ist klar: Dieses Virus, diese Pandemie, können wir nur gemeinsam bekämpfen.

Wir brauchen in Zukunft bessere Tarife, und dafür muss auch dieser Deutsche Bundestag streiten.

Das ist immer unser Leitmotiv gewesen. Wir haben das in den Haushaltsdebatten in den vergangenen Jahren so gemacht. Aber ich will gleichzeitig auch sagen: Wir werden nicht alle Sorgen nehmen können. Die Menschen haben Sorgen um ihr Leben, um das ihrer Angehörigen.

Aber ich kann versprechen, dass wir versuchen werden, die Folgen der Krise so gut wie möglich einzuhegen und zu mildern. Deswegen bin ich auch den Oppositionsfraktionen dankbar, dass wir dies in den vergangenen Tagen gemeinsam schaffen konnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so wie das Virus unterschiedliche Teile der ganzen Welt trifft, so unterschiedlich sind leider auch die Reaktionen. Grob gesagt: Es gibt zwei Gruppen. Es gibt diejenigen, die handeln und nicht danach fragen, woher was kommt. Aber es gibt eben auch diejenigen, die zwar handeln, die manches kleinreden, aber vor allem auf andere zeigen. Ich bin froh, in einem Land, in einem politischen System zu leben, in dem eben nicht ande-

**Das ist meine
Anteilnahme, die
ich heute hier
vom Deutschen
Bundestag aus
zeigen möchte.**

re verantwortlich gemacht werden, in dem wir nicht nach Schuldigen suchen, sondern in dem wir versuchen, der Herausforderung gerecht zu werden. Das macht Deutschland, das macht das Nachkriegsdeutschland innerhalb der Europäischen Union aus.

Deswegen müssen wir offene Worte an die richtigen, die zum Beispiel wie der ungarische Ministerpräsident Orbán von der „Italienischen Krankheit“ oder wie Herr Trump vom „Wuhan-Virus“ sprechen. Das ist peinlich; das geht nicht unter Demokraten und schon gar nicht innerhalb der Europäischen Union.

Genau deswegen bin ich nicht nur denen dankbar, die Solidarität üben, sondern ich bin auch dankbar, dass wir jetzt erkrankte Menschen aus Italien in den Krankenhäusern in Leipzig aufgenommen haben, dass wir grenznahe Krankenhäuser geöffnet haben und dass wir Italien, aber letztlich auch Spanien diese Solidarität geben. Aber das zeigt dann eben auch für die Zukunft: Wir müssen die Institutionen, die sich um Zusammen-

arbeit bemühen, unterstützen und dürfen ihnen nicht die Mitgliedsbeiträge vorenthalten, wie es einige tun, wenn es um die Vereinten Nationen geht. Die Weltgesundheitsorganisation ist die Institution, die am besten helfen kann, uns durch diese Krise zu leiten. Deswegen bin ich froh, dass wir Teil dieser Weltgemeinschaft sind.

Und ja, wenn die existenziellen Herausforderungen so sind, wie wir sie beschrieben haben, so ist die Verbreitung des Virus natürlich auch ein Tribut an die Verdichtung von Räumen und Prozessen. 25 Jahre hat es im Mittelalter gedauert, bis die Pest nach Europa gekommen ist. Heute kam die Krankheit innerhalb von 25 Tagen. Arbeit, Handel, Bewegung, Reisen – das hat natürlich mit dazu beigetragen. Wir werden das nicht zurückschrauben können. Im Gegenteil: Ich glaube, dass wir nicht an der Globalisierung zweifeln dürfen, sondern wir müssen alles dafür tun, dass die Globalisierung gestaltet wird, dass die internationale Arbeitsteilung und natürlich auch die Lieferketten überdacht werden. Insbesondere in ganz wichtigen Bereichen müssen sich die Unternehmen fragen, ob das, was sie in den vergangenen Jahren gemacht haben, heute

noch das Richtige ist.

Ich sage auch: Auch der Staat muss mit dem Ordnungsrecht dann nacharbeiten, wenn wir bestimmte Bereiche eben nicht so sichern können, wie es für das Überleben der Menschen notwendig ist. Ich denke an Arzneimittel, die Produktion von Schutzmasken und vieles andere auch. Meine Damen und Herren, nicht jeden Preis der Globalisierung dürfen wir zahlen.

Ich möchte zum Abschluss sagen: Ja, es wird eine Zeit nach der Pandemie geben; aber dann wird es auf die Schlussfolgerungen ankommen. Wir haben in den vergangenen Tagen schon Schwachpunkte entdecken müssen, insbesondere wenn es um die Digitalisierung geht, um die Zuverlässigkeit, um die Frage, ob wir im Bildungsbereich und in vielen anderen Bereichen ausreichend investiert haben. – Nein, wir müssen mehr investieren, gerade in Menschen und Infrastruktur. Ich glaube, meine Damen und Herren, das kann der Staat tun. Das sind die Herausforderungen, die ich in Zu-

kunft sehe.

Ich will auch sagen: Es müssen sich die Beteiligten die Frage stellen, ob es der richtige Weg ist, wie sie die moderne Arbeitswelt begleiten wollen. Natürlich müssen wir jetzt den Solo-Selbstständigen helfen. Aber ich will auch daran erinnern: Vielleicht gibt es Lehren aus der Vergangenheit, zum Beispiel aus der Arbeiterbewegung, die sich damals in einem Genossenschaftswesen in Solidarität zusammengeschlossen hat, daraus, dass man sich gegenseitig geholfen hat.

Wir müssen die jetzigen Folgen bewältigen, aber dürfen nicht nachlassen, das zu tun, was in Zukunft notwendig ist. Deswegen werden wir mit voller Konzentration und Überzeugung auch in den kommenden Wochen unsere Verantwortung wahrnehmen. Das tun wir vor dem Hintergrund unserer Geschichte und für unser Land.

Bleiben Sie gesund!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Peter Boehringer, AfD:

Enge Befristung und regelmäßige Überprüfung der Maßnahmen



Peter Boehringer (*1969)
Landesliste Bayern

Die Gesundheit der Menschen hat immer Priorität. Die AfD hat medizinisch derzeit keine besseren gesicherten Erkenntnisse als die der Berater der Bundesregierung.

Wir unterstützen daher Maßnahmen der unmittelbaren Existenz- und Gesundheitsfürsorge, etwa die Milliardensummen für die Krankenhäuser und Kleinunternehmer, sowie Maßnahmen gegen die weitere Ausbreitung der Pandemie. Coronapatienten in Krankenhäusern oder heute noch Gesunde, die aber morgen Coronapatienten sein könnten, müssen

sich also keine Sorgen machen, dass ihre Behandlung am Geld scheitert, etwa für Schutzausrüstung oder Beatmungsgeräte.

Zugleich sind aber viele der heute von der Bundesregierung vorgeschlagenen Shutdown-Maßnahmen nicht mehr nur einschneidend, sondern in der Nachkriegszeit präzedenzlos – Minister Scholz hat das ja mehr oder weniger auch bestätigt –, und schon nach wenigen Wochen sind diese Maßnahmen ihrerseits für viele Menschen existenzgefährdend. Es geht hier explizit nicht um das völlig unbestrittene und erforderliche Unterbinden von gefährlichen Coronapartys. Auch die temporäre Minimierung der Sozialkontakte – so hart das auch ist – wird von der AfD derzeit mitgetragen. Doch wir müssen weiterdenken. Ein ganzes Land in Stillstand zu versetzen, führt schon nach kurzer Zeit für viele Menschen und Unternehmen zu zum Teil irreversiblen Folgewirkungen: psychischen Belastungen durch Freiheitsbeschränkungen, Betriebschließungen, finanziellen Notlagen durch Entlassungen, von Eingriffen in Bürgerrechte und Eigen-

tum ganz zu schweigen.

Es ist eine Illusion, zu glauben, dass staatliche Gelder, also Steuergelder der Gesellschaft selbst, auch nur annähernd ausreichen könnten, die derzeit fast völlig unterbundene Wertschöpfung des Privatsektors zu ersetzen.

Die deutschen Unternehmen er-

wirtschaften Werte in Höhe von dreieinhalb Billionen Euro pro Jahr, also jeden Monat 300 Milliarden. Der Staat könnte selbst die Hälfte davon mit dem heute vorliegenden gewaltigen Maßnahmenpaket noch nicht einmal für sechs Monate ersetzen. Darum: Ja, heute muss sich alles noch den medizinischen Notwendigkeiten unterordnen. Doch die Maßnahmen müssen angesichts der horrenden finanziellen, psychischen und gesellschaftlichen Folgen des aktuellen Stillstands in sehr kurzen Abständen immer neu hinterfragt werden, durch uns, den Gesetzgeber, auf Basis eines sich

ständig ändernden Erkenntnisstandes, etwa zur Entwicklung von Impfstoffen oder zu hoffentlich bald zurückgehenden Fallzahlen. Einige Entwicklungen im Ausland lassen ja hier etwas hoffen. Daher bitte ich Sie inständig, unserem Generalantrag zur heutigen Debatte auf enge zeitliche Befristung vieler Maßnahmen im Interesse Deutschlands zuzustimmen.

In drei bis vier Wochen wird die erste Spitze – ich betone: die erste Spitze – der Coronapandemie vorüber sein. Die seit einigen Tagen nach langem Zögern der Regierung nun verfügbaren Maßnahmen des Shutdowns und der Grenz-



In einem Supermarkt in Dresden putzt eine Mitarbeiterin vor Ladenöffnung eine Plexiglasscheibe an der Kasse, einen sogenannten „Spuckschutz“.

© picture-alliance/dpa

schließungen werden natürlich greifen. Die Intensivstationen werden dann das Schlimmste hinter sich haben.

Übrigens machen unsere Ärztinnen und Ärzte, Pfleger und Krankenhausschwester einen exzellenten Job, sodass es bislang in Deutschland erheblich weniger Tote gibt als prognostiziert. Dafür von hier aus vielen herzlichen Dank!

Die Coronakrise wird dann im April zwar leider noch nicht überwunden sein; trotzdem wird bei laufenden volkswirtschaftlichen Schäden von über 50 Milliarden Euro pro Woche ein langsames Wiederhochfahren des Landes umgänglich sein. Unser Antrag schafft die Voraussetzung dafür, dass der Bundestag dem Land diese meines Erachtens lebensnot-

wendige Option erhält. Sie ist ebenso lebensnotwendig wie die direkten Maßnahmen gegen Corona.

Die Alternative für Deutschland nimmt somit heute ihre Verantwortung in Zeiten der Pandemie wahr. Doch wir fordern unbedingt eine zeitliche Begrenzung und Überprüfung der heutigen coronabedingten Eilmaßnahmen je nach Änderung der Lage. Der Bundestag soll sich bis zur Überwindung dieser Gesundheitskrise regelmäßig damit beschäftigen, ob und welche Maßnahmen noch absolut zwingend sind und wie der Gesamtplan und der Aus-

stiegsplan der Bundesregierung aussieht, den das vorliegende Gesetzespaket nicht ansatzweise darstellt.

Auf Dauer ist nur eine halbwegs vermögende und freie Gesellschaft auch eine gesunde Gesellschaft.

Die AfD lässt die Menschen nicht im Stich, weder die Alten und Kranken in den Intensivbetten noch die Kurzarbeiter noch die Arbeitslosen in den derzeit geschlossenen Betrieben. Wir tragen die Maßnahmen mit; teilweise haben wir sie schon mitgetragen. Aber die Regierungshybris der totalen Steuerung und Finanzierung der ganzen Gesellschaft durch einen allgewaltigen Staat ist schon in normalen Zeiten verfehlt, bei der Coronakrise erst recht.

Die AfD lässt die Menschen nicht im Stich, weder die Alten und Kranken in den Intensivbetten noch die Kurzarbeiter noch die Arbeitslosen in den derzeit geschlossenen Betrieben. Wir tragen die Maßnahmen mit; teilweise haben wir sie schon mitgetragen. Aber die Regierungshybris der totalen Steuerung und Finanzierung der ganzen Gesellschaft durch einen allgewaltigen Staat ist schon in normalen Zeiten verfehlt, bei der Coronakrise erst recht.

Dauerhaft kann nur eine wieder anlaufende Privatwirtschaft die Summen erwirtschaften, die man für eine optimale Gesundheitsversorgung der Menschen benötigt. Von nichts kommt nichts. Strom kommt nicht aus der Steckdose, und staatliche Hilfgelder kommen real nicht aus einem KfW-Kreditschöpfungsprozess,

sondern just von den Steuern ebenjener Menschen, die ja selbst eigentlich mit diesem Geld gesund erhalten werden sollen. Man kann sich nicht dauerhaft aus einer Krise drücken. Das Land selbst muss wieder ins Wirtschaften kommen, nach unserer Rechnung spätestens nach drei Monaten, wenigstens langsam. Das deckt sich übrigens auch mit den Schätzungen des Sachverständigenrats der Bundesregierung selbst, von dem

irgendwie heute in dieser Debatte noch keine Rede war.

Auf Dauer ist nur eine halbwegs vermögende und freie Gesellschaft auch eine gesunde Gesellschaft. Überschuldete, verarmte Länder waren überall in der Welt und in der Geschichte auch gesundheitlich angeschlagene Länder mit geringer Lebensdauer der Menschen. Die Kollateralschäden des jetzigen Shutdown-Zustands werden schon in wenigen Wochen untragbar für die Wirtschaft und unerträglich für die Menschen werden. Stimmen Sie darum bitte unseren Anträgen auf enge Befristung und regelmäßige Überprüfung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu!

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Alexander Dobrindt, CSU:

Größter Solidarpakt seit der deutschen Wiedervereinigung



Alexander Dobrindt (*1970)
Wahlkreis Weilheim

Die Coronakrise wird tiefe Spuren bei Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land und in Europa hinterlassen. Dabei ist es unsere Aufga-

be, alles dafür zu tun, dass wir die Folgen im medizinischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich mildern. Dabei wird sich nicht alles verhindern lassen, und es wird sich auch nicht jedes Problem lösen lassen. Aber wir werden alle Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, einsetzen. Wir haben die Kraft, in diesem Land solidarisch zusammenzustehen. Deswegen, meine Damen und Herren, ist dieses Gesetzespaket, das wir heute verabschieden, der größte Solidarpakt unserer Gemeinschaft seit der deutschen Wiedervereinigung.

Der Blick, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, heute hier in den Plenarsaal in Kombination mit dem

Blick auf das Gesetzespaket, das wir verabschieden, gibt den Eindruck unserer Situation ziemlich genau wieder. Wir gehen in diesen Tagen auf Abstand – man kann es hier sehen –, aber Politik, Gesellschaft und Wirtschaft stehen eng zusammen. Das ist der Auftrag aus diesem Gesetzespaket. Meine Damen und Herren, wir nehmen diese Krise, die wir uns nicht ausgesucht haben, in all ihrer Härte an und werden sie mit aller Kraft bekämpfen.

In Krisensituationen – wir haben ja in der Vergangenheit schon einige hinter uns gebracht – wird immer gerne über die Systemrelevanz gesprochen. Und gerade erleben wir jeden Tag, was Systemrelevanz in unserem ganzen Land vor

Ort bedeutet. Es sind die Menschen in ihren Berufen, es sind die Krankenschwestern, die Ärzte, die Kräfte in den Supermärkten, die Polizistinnen und viele mehr. Meine Damen und Herren, wenn unser ganzes Land runterfährt, müssen diese Menschen richtig rauffahren. Es kommt deswegen jetzt mehr denn je auf diese Menschen an; das ist hier heute schon mehrmals erwähnt worden. Ich hoffe nur, dass diese Erkenntnis auch über die Krise hinweg andauert, meine Damen und Herren. Danke schön an alle, die hier ihre Arbeit leisten!

Klar ist aber auch: Genauso wie diese Menschen ihren hohen Einsatz erbringen, muss die Politik ihrer Verantwortung nachkommen. Deswegen kommt der Bundestag auch hier zusammen. Wir zeigen: Wir sind handlungsfähig und auch in schwierigen Zeiten gemeinsam mit der Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu treffen. Deswegen möchte ich an dieser Stelle auch meinen Dank zum Ausdruck bringen. Wir haben in den letzten Tagen intensive Beratungen zwischen dem Parlament, den Fraktionen, und der Bundesregierung gehabt. Ein ausdrücklicher Dank geht hier an die Frau Bundeskanzlerin, und ein ausdrücklicher Dank geht auch an den Bundesfinanzminister, den Bundesgesundheitsminister, den Bundesinnenminister und den Bundeswirtschaftsminister. Wir haben in schwierigsten Zeiten unter schweren Bedingungen gezeigt, dass wir gemeinsam in der Lage sind, Entscheidungen zu treffen und auch über die eine oder andere ideologische Schwelle zu treten – im Sinne einer gemeinschaftlich guten Entscheidung. Herzlichen

Dank auch an die Opposition an dieser Stelle!

Die Coronapandemie ist nicht nur eine enorme gesundheitliche Herausforderung, sie ist auch ein Stresstest für unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft. Wir kennen es eben aus den Krisen der Vergangenheit – der Immobilienkrise in den USA, der Bankenkrise auf der ganzen Welt, der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum –, dass man enger zusammenrücken

muss. Wir haben aus diesen Krisen in der Vergangenheit natürlich auch gelernt. Wir haben unser Land sicher durch diese Krisen geführt. Der Unterschied zwischen den Krisen der Vergangenheit und dieser Krise ist allerdings, dass die Immobilien-, die Banken- oder die Euro-Krise die Möglichkeit bzw. das Risiko in sich bargen, dass andere Sektoren mitbetroffen werden; die Krisensituation war aber sektorspezifisch. Das Coronavirus heute betrifft bereits jetzt unsere Gesellschaft und Wirtschaft als Ganzes. Deswegen ist es ein außergewöhnlicher Zustand. Wir müssen bereit sein, uns in einer außergewöhnlichen Krise auch für außergewöhnliche Maßnahmen zu entscheiden. Und es ist eine außergewöhnliche Maßnahme, meine Damen und Herren, wenn man ein historisches Paket in Höhe von 1 400 Milliarden Euro schnürt. Das ist die Gesamtsumme aller Maßnahmen – an Krediten, an Garantien, an Schutzmaßnahmen –, über die wir heute gemeinsam hier entscheiden. Es geht um drei starke Schutzschirme: ein Schutzschirm für das Gesundheitssystem, ein

Wenn unser ganzes Land runterfährt, müssen diese Menschen richtig rauffahren.



Durch Hamsterkäufe in den Supermärkten wurden in den vergangenen Wochen vor allem die Mitarbeiter stark beansprucht.

© picture alliance / SvenSimon

Fortsetzung auf nächster Seite

Schutzschirm für die Wirtschaft und ein Schutzschirm für die Bürger privat und in der Arbeit.

Meine Damen und Herren, es gibt sehr viele Länder, die sich genau solche Schutzschirme aktuell nicht leisten können. Wir können uns das leisten, weil wir in der Vergangenheit solide gewirtschaftet, solide gehaushaltet haben, weil wir in der Vergangenheit darauf geachtet haben, dass wir keine neuen Schulden anhäufen. Deswegen können wir jetzt mit diesem großen Maßnahmenpaket gegen die Krise ankämpfen, meine Damen und Herren. Wir investieren in unsere Krankenhäuser jetzt mit einem großen Paket. Das ist eine der aktuell wichtigsten Maßnahmen. Wenn man in

unsere Nachbarländer schaut, wenn man nach Italien schaut, dann tut es einem im Herzen weh, wenn man sieht, dass nicht genügend Betten, nicht genügend Intensivstationen zur Verfügung stehen.

Wir stützen die Wirtschaft, weil Wirtschaften immer bedeutet, zusammenzukommen. Wirtschaft bringt Menschen zusammen, sowohl in der Freizeit als auch in der Produktion als auch durch Dienstleistungen. Vieles davon ist aktuell nicht mehr möglich. Deswegen brauchen wir diesen Schutzschirm für unsere Wirtschaft. Wir brauchen ihn mit Direkthilfen, mit Liquiditätskrediten und übrigens auch mit der Möglichkeit staatlicher Beteiligung an

Unternehmen.

Meine Damen und Herren, deswegen auch an dieser Stelle der Hinweis: Angesichts all dessen, was wir in den vergangenen Wochen und Monaten über Produktion, über Mangel, über Nichtverfügbarkeit von wichtigsten Elementen, von Medikamenten, von medizinischen Produkten gelernt haben, werden wir uns auch darüber unterhalten müssen, wie wir die Produktion von kritischen Gütern wieder nach Deutschland und Europa zurückholen. Es ist falsch, dass nur eine Region auf der Welt

für wichtigste Produktionsgüter für uns zuständig ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Und ja, wir werden eine Ausnahme bei der Schuldenbremse machen. Wir haben das intensiv beraten. Herr

Finanzminister, Sie haben dabei unsere Unterstützung. Wir wissen, dass das keine ganz einfache Aufgabe ist. Und deswegen ist damit auch die zwingende Vereinbarung verbunden, wie die 100 Milliarden Euro zurückgezahlt werden. Aber es ist jetzt ein notwendiger Schritt,

den wir auch gemeinsam gehen, weil wir maximalen Einsatz zum Schutz unserer Bürger erreichen müssen.

Meine Damen und Herren, dieser große Solidaritätspakt heute ist kein Schlusstrich. Er ist ein Signal, ein Signal für Solidarität, weil Solidarität keine Einzelfallentscheidung, sondern eine Haltung ist. Und deswegen werden wir hier auch, wenn notwendig, gemeinsam über weitere Maßnahmen beraten und entscheiden. Es liegt eine große Wegstrecke vor uns.

Blieben Sie gesund, und Gottes Segen für Sie alle!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Jens Spahn, CDU, Bundesminister für Gesundheit:

Mehrheit der Deutschen bleibt so oft wie möglich zu Hause



Jens Spahn (*1980)
Bundesminister

Die Covid-19-Epidemie verändert unser aller Alltag, unser Privat- und unser Arbeitsleben. Wir erleben tiefe Einschnitte in die bürgerlichen Freiheiten. Daran gibt es nichts zu beschönigen. Daran gibt es andererseits auch nichts zu dramatisieren. Die Bürgerinnen und Bürger schätzen die Freiheit in unserem Land, sind aber auch bereit, aus guten Gründen eine Zeit lang auf Freiheit zu verzichten. Und deswegen ist es auch so wichtig, dass wir immer wieder gut und transparent erklären und herleiten, was wir warum tun.

Die Bereitschaft, mitzuhelfen, ist gerade enorm. Die übergroße Mehrheit der Deutschen bleibt so oft wie möglich zu Hause. Diese Disziplin und dieses Verantwortungsgefühl retten jetzt Leben. Auch die Solidarität mit allen, die täglich für uns im Einsatz sind, ist groß. Wir alle wissen, wie viel die

Frauen und Männer in den Krankenhäusern, den Praxen, den Supermärkten, den Versorgungsbetrieben, den Behörden und an vielen anderen Stellen gerade leisten. Dafür können wir danken. Ich selbst habe wie viele andere miterlebt, wie sich Patientinnen und Patienten und Kunden bei denen bedanken, die jetzt für sie da sind. Das freut mich; denn es zeigt: Wir kämpfen als Gesellschaft gerade sehr entschlossen und geschlossen gegen Corona.

Wir alle spüren wieder stärker, dass wir einander brauchen, weil das eine Herausforderung ist, die wir nur zusammen meistern können. Wenn wir in dieser Krise ein neues Wir-Gefühl entwickeln, wird uns das auch für die Zukunft stärken; denn es wird eine Zeit nach Corona geben. Bei allem täglichen Krisenmanagement ist es wichtig, auch das im Blick zu haben. Jetzt geht es darum, gemeinsam diese Krise zu bewältigen. Dafür war es wichtig, dass Bund und Länder entschieden gehandelt haben. Je entschlossener wir jetzt vorgehen, desto schneller können wir zurück in den Alltag finden.

Die Zeit, die wir jetzt gewinnen, schützt unser Gesundheitssystem vor Überlastung und Überforderung. Wir nutzen diese Zeit, um Konzepte nicht nur zu entwickeln, sondern auch ihre Umsetzung vorzubereiten, wie wir schrittweise Beschränkungen wieder aufheben können, wenn wir mit verschiedenen anderen Maßnahmen tatsäch-

lich die Verlangsamung der Verbreitung des Virus in der Zukunft sicherstellen können und besondere Gruppen schützen können. Wir nutzen die Zeit, um Intensivkapazitäten im Land zu verdoppeln, gemeinsam mit den Ländern und den Krankenhäusern. Wir nutzen die Zeit, indem Kliniken planbare Eingriffe verschieben und dadurch Freiräume gewinnen, um sich auf das vorzubereiten, was kommen kann.

All diese Maßnahmen kosten Geld, und für all diese Maßnahmen brauchen die Kliniken finanzielle Sicherheit. Deshalb haben

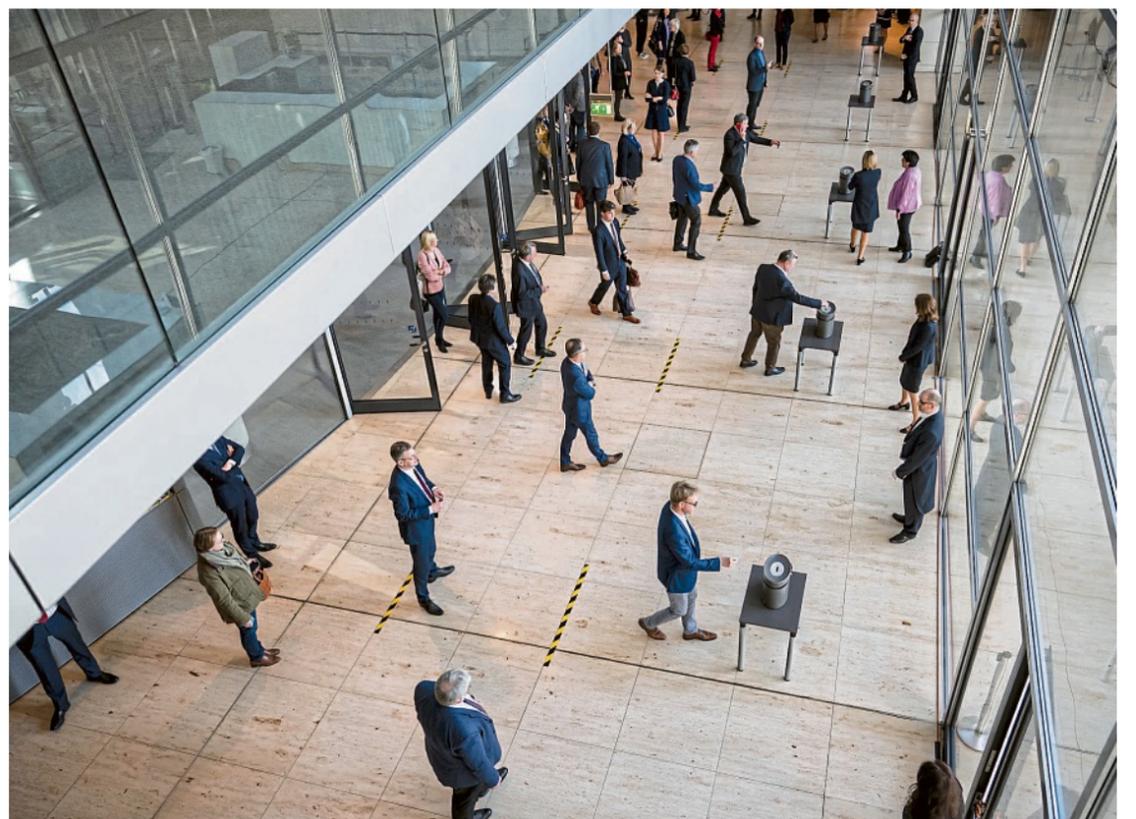
wir im Kabinett beschlossen, die Kliniken zu entlasten: durch Pauschalen für freie Betten, durch zusätzliches Geld für die Pflege, vor allem durch Liquidität, die sie jetzt schnell brauchen, und finanzielle Unterstützung in Form eines Zuschusses für Intensivbetten. Und wir werden das Infektionsschutzgesetz erweitern. Als zweite Maßnahme haben wir im Kabinett beschlossen, das Infektionsschutzgesetz zu erweitern und zu präzisieren. Wir erleben, dass der Föderalismus auch in dieser Krise seine Stärke zeigt. Die Entscheidungen dauern vielleicht manchmal etwas länger, werden dann aber in der Fläche durch 16 Regierungen und die vielen Kommunen effektiv umgesetzt. Deshalb sollen die Kompetenzen der Länder nicht beschnitten werden. Vielmehr wollen wir dem Bund in einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite zusätzliche

Handlungsmöglichkeiten geben, und zwar dort, wo es sinnvoll ist, und zunächst auf ein Jahr begrenzt. Denn wir erleben ja, dass es in einer Lage wie dieser, die das ganze Land betrifft, schnelle und landesweit einheitliche Entscheidungen braucht. Das ersetzt die immense Arbeit nicht, die Länder und Kommunen gerade leisten; es ergänzt sie. Wir alle wissen, dass wir diese Krise nur deshalb bewältigen können, weil überall in unserem Land unzählige Krisenmanagerinnen und -manager vor Ort im Einsatz sind. Ihnen allen, in den Städten und Gemeinden, möchte ich hier ausdrücklich Danke sagen.

Achten wir einander, und geben wir aufeinander acht!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir erleben, dass der Föderalismus auch in dieser Krise seine Stärke zeigt.



Nicht nur in Supermärkten, auch bei den namentlichen Abstimmungen der Abgeordneten im Bundestag im Foyer des Reichstagsgebäudes gilt es, einen Sicherheitsabstand einzuhalten.
picture alliance/dpa

Andreas Jung, CDU:

Wir haben die Kraft in dieser Krise entschieden zu handeln



Andreas Jung (*1975)
Wahlkreis Konstanz

Herr Präsident, ich habe es als zutiefst bewegend empfunden, als wir zu Beginn der Debatte bei Ihren Worten gemeinsam im Bundestag aufgestanden sind. Wir haben uns damit symbolisch vor all jenen verneigt, die in dieser ernstesten Situation in unserem Land das Land am Laufen halten, die sich um ihre Mitmenschen kümmern. Und wir sagen gemeinsam: Danke, dass ihr da seid!

Wir haben gemeinsam unser Mitgefühl für die Angehörigen der Verstorbenen zum Ausdruck gebracht, und wir sind gemeinsam sorgsam und aufmerksam bezüglich dessen, was in unserem Land passiert. Es wird deutlich: Es ist keine normale Debatte, so wie es

eben eine ganz außergewöhnliche Situation in unserem Land ist. Ich will es so sagen: Es trifft uns ins Herz, wenn wir erleben, wie Kinder weinen, weil sie nicht mit ihren Freunden spielen können, wenn Großeltern ihre Enkel nicht sehen können, wenn wir mitten in Europa wieder Grenzen zu unseren Partnern in Regionen haben, deren Einwohner miteinander und gemeinsam leben, wenn Mitarbeiter und Unternehmen verzweifelt sind, weil keine Arbeit da ist und alles stillsteht, wenn wir erleben, wie vieles dessen, was unser Leben im Kern ausmacht, derzeit einfach abgesagt ist: Gesellschaft, Geselligkeit, Kultur, Sport, Begegnung und Austausch. Es trifft uns ins Mark.

Wir hätten uns das nicht vorstellen können.

Aber diese Maßnahmen sind richtig, sie sind notwendig, weil es um Menschenleben geht, weil es um Gesundheit geht.

Das ist jetzt das Gebot der Stunde. Deshalb müssen andere Dinge zurückstehen.

Wahr ist auch: Die Auswirkungen sind dramatisch, im sozialen, im wirtschaftlichen Bereich, in unserem ganzen Land. Die Men-

schen sind in allen Kreisen, in jeder Gemeinde betroffen. Es sind kleine, mittlere, große Betriebe, Konzerne gleichermaßen betroffen. Deshalb müssen wir jetzt handeln, und deshalb handeln wir. Weil es um Menschenleben, weil es um Gesundheit und weil es um Existenzen geht, verschulden wir uns jetzt. Deshalb aktivieren wir jetzt erstmals den Notfallplan der Schuldenbremse. Genau für diese Situation ist er da. Das ist die dramatische Notsituation, die man seinerzeit im Auge hatte. Deshalb verschulden wir uns jetzt, und es ist richtig. Ich bin dankbar, dass wir es jetzt mit so einem breiten Konsens und in gutem Geiste in diesem Haus tun können.

Eine Ausnahme von der Schuldenbremse geht nur mit einem Tilgungsplan.

Ich will zwei Dinge dazusagen. Erstens. Weil wir alle gemeinsam in den letzten Jahren gut gewirtschaftet haben – die Menschen, die Betriebe, die Unternehmen, aber auch wir, die wir vernünftig mit dem Geld umgegangen sind –, haben wir jetzt die Kraft, um in dieser Krise entschieden zu handeln.

Zweitens. Wir kommen wieder. Eine Ausnahme von der Schuldenbremse geht nur mit einem Tilgungsplan. Dieser Tilgungsplan ist

ein Nachhaltigkeitsversprechen. Er ist das Versprechen an unsere Kinder und Enkel: Wir werden diese Schulden zurückbezahlen. Wenn es wieder losgeht, wenn die Krise vorbei ist, wenn in den Schulen, auf unseren Plätzen, in den Betrieben, in den Unternehmen wieder Leben in der Bude ist, wenn es wieder summt und brummt, dann werden wir diesen Tag heute nicht vergessen. Unser Versprechen lau-

tet: Wir werden es zurückbezahlen, weil beides zusammengehört, das entschlossene Handeln heute, aber auch die Verantwortung für morgen. Beidem werden wir gerecht. Ich bin dankbar, dass wir es in diesem guten Geiste gemeinsam tun können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Der Nachtragshaushalt sieht 156 Milliarden Euro Neuverschuldung und Garantien in Höhe von 600 Milliarden Euro vor. © picture alliance / Geisler-Fotopress

Peter Altmaier, CDU, Bundesminister für Wirtschaft und Energie:

Nicht in unserer Entschlossenheit und Entschiedenheit nachlassen



Peter Altmaier (*1958)
Bundesminister

Nach zehn guten Jahren mit Wachstum und mit Rekordbeschäftigung sind wir, was unsere Volkswirtschaft an-

geht, in schwerem Wasser. Die Pandemie ist eine Herausforderung nicht nur für unser Gesundheitssystem. Sie betrifft nicht nur die Gesundheit

und die Sorgen von 83 Millionen Menschen in Deutschland und Milliarden Menschen weltweit. Nein, sie hat auch dazu geführt, dass in diesem Jahr unsere Wirtschaft nicht

wachsen, sondern schrumpfen wird, dass viele einen Preis dafür zahlen: durch weniger Verdienst, weniger Einnahmen, weniger Wohlstand.

Aber es ist eben auch eine Bewährungsprobe für das, was unser Land groß gemacht hat.

In dieser Situation bewähren sich unser gesellschaftlicher Zusammenhalt und unsere staatlichen Strukturen. Aber es ist eben auch eine Bewährungsprobe für das, was unser Land groß gemacht hat: nämlich unser System der sozialen Marktwirtschaft. Die soziale Marktwirtschaft ist deshalb so genial, weil sie die freie Entfal-

tung des Unternehmertums ganz oben stellt, aber die Schwachen und diejenigen, die Hilfe brauchen, niemals alleine und im Stich lässt.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich sehr dankbar, dass wir für einen Augenblick ideologische Debatten ausgeblendet haben, dass wir über Parteigrenzen hinweg erkannt haben, dass die Verlängerung und die Verbesserung von Kurzarbeit eben eine Maßnahme ist,

die nicht nur der Wirtschaft oder den Arbeitnehmern nutzt, sondern allen gemeinsam. Sie erhält Arbeitsplätze; sie ermöglicht es, die Durststrecken zu überwinden. Wenn wir Steuern stunden, dann helfen wir damit nicht nur Unternehmen, dass sie überleben können, sondern wir helfen diesen Unternehmen auch, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzubeschäftigen. Wenn wir Kreditlinien einräumen und Garantien geben, dann tragen wir dazu bei, dass die

Pandemie am Ende nicht Strukturen zerstört, die über 70 Jahre gewachsen sind, die die Einzigartigkeit unseres Land wirtschaftlich, aber auch sozial und kulturell prägen und ausmachen.

Deshalb war es mir wichtig, dass wir zu Anfang und zuerst auch über die Hilfe für die Kleinen und die Schutzlosen gesprochen haben, für die, die keinen Zugang zu großen Kreditlinien haben, für die, die nicht die großen Rücklagen haben, aber die für unser Leben und für den Erfolg unserer Marktwirtschaft so wichtig sind. 3 Millionen Solo-Selbstständige, Handwerker, Freiberufler schaffen Arbeit für 10 Millionen Menschen in Deutschland. Deshalb war es richtig, dass

Es ist jetzt wichtig, dass wir dies auch umsetzen, schnell und unbürokratisch.

Fortsetzung auf nächster Seite

der Bundesfinanzminister und der Bundeswirtschaftsminister der Bundesregierung vorgeschlagen haben, einen Schutzschirm von 50 Milliarden Euro zu etablieren.

Es ist jetzt wichtig, dass wir dies auch umsetzen, schnell und unbürokratisch. Zur Stunde diskutieren wir mit den Bundesländern gemeinsam über die Frage, wie das gehen kann. In der nächsten Woche werden für die allermeisten, die Gewerbe- und Büroräume ge-

mietet haben, Mietzahlungen fällig. Wir wollen, dass die Banken, die Sparkassen, die Vermieter wissen, dass durch unseren Schutzschirm, den wir aufgespannt haben, sichergestellt ist, dass diese Mieten bezahlt werden. Und ja, es ist unser Ehrgeiz, dass vor

Unser Ziel muss darin bestehen, dass die Marktwirtschaft diese Probe mit Bravour besteht.

dem 1. April die ersten Zahlungen bei den betroffenen Unternehmen ankommen und die Handlungsfähigkeit des Staates sich auch in dieser schwierigen Situation bewährt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben sicherlich nur ei-

nen ersten Schritt gemacht. Wir werden auch Fehler gemacht haben. Wir werden vielleicht einiges korrigieren müssen. Aber wir dürfen nicht nachlassen in unserer Entschlossenheit und Entschiedenheit, die soziale Marktwirtschaft für die Zukunft zu erhalten. Die Wirtschaftssachverständigen, alle wesentlichen Ökonomen, mit denen ich gestern eine spannende Telefonkonferenz geführt habe, sagen uns und bestärken uns darin,

dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wenn wir jetzt richtig und besonnen handeln, werden wir auch wirtschaftlich stärker aus dieser Krise hervorgehen, als wir in diese Krise hineingegangen sind. Unser Ziel muss darin bestehen, dass die Marktwirtschaft diese Bewährungsprobe mit Bravour besteht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Thorsten Frei, CDU:

Zeitlich auf das unmittelbar Notwendige begrenzen



Thorsten Frei (*1973)
Wahlkreis Schwarzwald-Baar

Be fast, have no regrets: Das ist die Maßgabe der Weltgesundheitsorganisation, wenn es um die Frage geht, wie wir es schaffen können, die Ausbreitung von Covid-19 wirksam zu begrenzen und in ihren Wirkungen zu ordnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesregierung hat in den vergangenen Tagen gezeigt, dass wir als Staat, als Gesellschaft in der Lage sind, auf diese nie da gewesene Herausforderung angemessen zu reagieren. Wenn unser Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus vorhin gesagt hat: „Jetzt ist die Stunde, zu handeln“, dann trifft es den Nagel auf den Kopf. Es gibt Situationen, da muss man vielleicht auch Entscheidungen treffen, deren Wirkung man nicht bis zum langen Ende bedenken und sehen kann. Aber man muss Entscheidungen treffen, um in der Situation die größte Not zu bekämpfen. Genau das tut die Bundesregierung nicht nur mit dem Gesetzespaket, das heute in den Bundestag eingebracht wird, sondern auch mit vie-

len untergesetzlichen Maßnahmen, die in den vergangenen Tagen auf den Weg gebracht worden sind.

Ich will ein Weiteres sagen: Ich finde, dass diese Krise in den letzten Tagen auch gezeigt hat, dass der Föderalismus bei uns in Deutschland, dass die Subsidiarität, die wir leben, in der Tat kein Nachteil, sondern ein Vorteil ist; wir erleben das an ganz vielen Stellen. Und ich halte es für falsch, wenn man von „Flickenteppichen“ spricht und so tut, als wäre alles, was nicht einheitlich ist, nicht gut. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben schnelle Maßnahmen gesehen, beispielsweise als es um Grenzkontrollen gegangen ist. Da ist die Initiative nicht vom Bund ausgegangen, sondern von den Ländern, die am stärksten betroffen waren: Bayern, Baden-

Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und auch Schleswig-Holstein. Das sind die Länder, die dort vorangegangen sind, und deshalb haben wir diese Maßnahmen getroffen – mit unterschiedlicher Intensität. Liebe Frau Göring-Eckardt, ich finde, da muss man überhaupt nicht beschämt sein, wenn wir über Grenzkontrollen – Binnen-grenzkontrollen – in Europa sprechen. Das ist eine zwingende Notwendigkeit zur Eindämmung der Pandemie; deswegen ist es notwendig, und deswegen ist es auch notwendig gewesen, dass diese Entscheidung schnell getroffen worden ist.

Es geht um Gesundheitsschutz, nicht um Abschottung. Das ist das Wichtige, und das ist das Entscheidende. Deswegen muss diese Regel unter Aufrechterhaltung des freien Warenverkehrs auch für alle und jeden gelten; das ist uns an dieser Stelle wichtig.

Ich will auf einen Aspekt eingehen, der hier in der Debatte be-

reits thematisiert wurde, weil er in der Tat sehr schwerwiegend ist. Wir haben nachher ein großes Paket hier im Bundestag zu behandeln: Da geht es um Fragen des Insolvenzrechts, des Gesellschaftsrechts, der Strafprozessordnung und des Zivilrechts. Gerade bei den Regelungen zum Zivilrecht muss man eindeutig sagen: Ja, das ist ein tiefer Einschnitt in unsere ordnungspolitischen Prinzipien, in die Privatautonomie und deshalb mit größter Vorsicht vorzunehmen. Aber es ist in der Tat eine Situation, in der man handeln muss, in der man die Probleme, die beispielsweise bei Dauerschuldverhältnissen im Mietrecht, im Darlehensrecht auftreten, jetzt adressieren muss, um damit vielleicht auch eine Phase zu überbrücken, die man mit staatlichen Leistungen nicht schnell genug schließen kann.

Deswegen ist es richtig, da so etwas wie ein Moratorium einzubauen, das Zeit verschafft, das all denen Zeit verschafft, die jetzt mit vielfältigen Problemen in unserer Gesellschaft konfrontiert sind. Dafür spannen wir auch einen rechtlichen Schutzschirm auf. Ich halte das für richtig. Genauso richtig ist es, dass wir das zeitlich eng begrenzen, nämlich auf die nächsten drei Monate. Es ist ein tiefer Einschnitt in die Privatautonomie. Es ist richtig, weil es notwendig ist, und es ist genauso wichtig, es zeitlich auf das unmittelbar Notwendige zu begrenzen.

In diesem Sinne, glaube ich, ist es der Bundesregierung in wenigen Tagen auch mit Unterstützung des ganzen Parlamentes gelungen, einen klugen Weg in die nächsten Wochen und Monate zu zeichnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Bundgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) bei der Abgabe seiner Stimmkarte bei der namentlichen Abstimmung zum Nachtragshaushalt am vergangenen Mittwoch im Bundestag

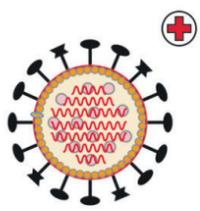
© picture-alliance/dpa

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte.

leicht
erklärt!

Das Corona-Virus 2

Die Folgen und was man machen kann



Schon seit mehreren Wochen ist das Corona-Virus ein großes Thema.

Dazu gab es auch schon eine Ausgabe von „leicht erklärt“.

Und zwar Ausgabe Nummer 140.

Sie hatte den Titel: Das Corona-Virus.

Sie war eine Beilage in:
Das Parlament 11/2020.



In dieser Ausgabe hier geht es um verschiedene Fragen, die im Moment zum Corona-Virus besprochen werden.

Und zwar um folgende Dinge:

- Was wird getan, damit Kranken-Häuser und Ärzte auch weiterhin ihre Arbeit gut erledigen können?
- Wieswegen soll man im Moment Abstand zu anderen Leuten halten?
- Welche Folgen hat das Virus für Geschäfte, Firmen und Berufs-Tätige?
- Was will der Staat gegen die Folgen der Corona-Krise tun?



Herausforderungen für die medizinische Versorgung

Für Kranken-Häuser und Ärzte ist das Corona-Virus eine große Herausforderung.

Viele Menschen werden im Moment krank. Und sie brauchen eine gute Behandlung.

Das geht nur, wenn nicht zu viele Menschen auf einmal krank werden. Nur dann können Kranken-Häuser und Ärzte sie gut behandeln.



Im Moment wird dabei meist vor allem von einer Sache gesprochen: Es darf nicht mehr Intensiv-Patienten geben als Plätze auf Intensiv-Stationen.

Damit ist Folgendes gemeint:

Die meisten Menschen, die das Virus haben, werden nicht schwer krank.

Sie haben nur eine leichte Erkältung. Oder sie merken gar nichts.

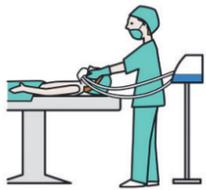
Ein kleiner Teil der Erkrankten wird aber sehr schwer krank.

Sie bekommen Lungen-Probleme. Sie können nicht mehr richtig atmen.

Dann müssen sie vielleicht auf eine Intensiv-Station.

Eine Intensiv-Station ist ein bestimmter Bereich in Kranken-Häusern.

Hier kommen Patienten hin, die besonders schwer erkrankt sind. Zum Beispiel Patienten, die sich in Lebens-Gefahr befinden. Man nennt diese Patienten dann Intensiv-Patienten.



Auf der Intensiv-Station werden sie besonders genau von den Ärzten beobachtet.

Und sie bekommen eine besondere Behandlung.

Oft kommen dabei bestimmte Geräte zum Einsatz. Zum Beispiel Beatmungs-Geräte.

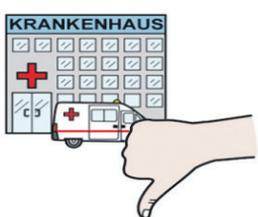
In ganz Deutschland gibt es solche Intensiv-Stationen.

Insgesamt ist dort im Moment Platz für ungefähr 30-tausend Patienten.

Normalerweise reicht diese Anzahl für Deutschland vollkommen aus.

Das Corona-Virus macht allerdings sehr viele Menschen in sehr kurzer Zeit krank.

Und wenn es sehr viele Erkrankte gibt, dann gibt es auch viele Intensiv-Patienten.



Irgendwann gibt es dann vielleicht mehr Patienten als Plätze auf Intensiv-Stationen.

Und es gibt nicht genug Personal, um die Patienten zu versorgen.

Dann besteht die Gefahr, dass man nicht mehr alle gut behandeln kann.

Und genau das will man im Moment verhindern.

Medizinische Versorgung sichern

Man will also verhindern, dass die Plätze auf den Intensiv-Stationen knapp werden.

Dafür sollen 2 Dinge getan werden.

- 1) Es soll weniger Kranke auf einmal geben.
- 2) Kranken-Häuser sollen unterstützt werden.



1) Weniger Kranke auf einmal

Ein wichtiges Ziel ist: Es darf nicht zu viele Erkrankungen geben.

Das Corona-Virus kann von Mensch zu Mensch weitergegeben werden.

Beim Sprechen spuckt jeder von uns kleine Tropfen aus dem Mund.

Wenn man krank ist, kann darin das Virus sein.

Wenn ein anderer Mensch zu nah ist, bekommt er die Tropfen ins Gesicht.

Dann kann das Virus durch den Mund, die Nase oder die Augen in den Körper eindringen.



Noch leichter kann das passieren, wenn eine Person zum Beispiel niest oder hustet.

Das Virus kann aber auch über Gegenstände weitergegeben werden.

Zum Beispiel so:

Jemand hat das Corona-Virus.

Er niest und hält sich die Hand vor den Mund.

Dann hat er das Virus in der Hand.

Dann fasst er an eine Tür-Klinke. Jetzt klebt das Virus an der Tür-Klinke.

Dort kann es einige Zeit überleben. Wie lange genau, weiß man noch nicht.





Eine andere Person fasst die Tür-Klinke an. Jetzt hat sie das Virus an der Hand.

Dann fasst sich die Person mit der Hand ins Gesicht. Nun kann das Virus über Mund, Nase oder Augen in den Körper eindringen.

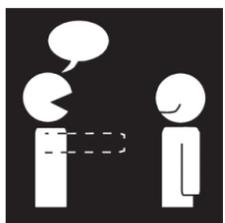
Das Virus braucht also Menschen, um sich auszubreiten.

Das bedeutet:

Wenn Menschen sich aus dem Weg gehen, hat es das Virus schwerer.

Genau aus diesem Grund gibt es seit einigen Wochen immer strengere Regeln.

- Veranstaltungen werden abgesagt.
- Geschäfte müssen schließen.
- Man darf sich nicht mehr in größeren Gruppen in der Öffentlichkeit treffen.
- Man soll möglichst zuhause bleiben.



Das alles soll Menschen dazu bringen, auf Abstand zu bleiben.

2) Mehr Betten auf Intensiv-Stationen

Ein Ziel ist also: Es soll weniger Kranke auf einmal geben.

Das zweite Ziel heißt: Es soll mehr Plätze auf Intensiv-Stationen geben.

Der Bundestag und andere Politiker haben deswegen beschlossen, dass Kranken-Häuser und Ärzte zusätzlich Geld bekommen sollen.

Mit dem Geld sollen sie verschiedene Dinge tun, um die medizinische Versorgung zu verbessern.

Unter anderem sollen sie mehr Plätze auf Intensiv-Stationen einrichten. Im Moment ist der Plan, dass es doppelt so viele Plätze geben soll.



Probleme für Firmen und Berufs-Tätige

Es werden also verschiedene Dinge getan, damit die Menschen Abstand halten.

Das Virus soll sich nicht so leicht ausbreiten können.

Die neuen Regeln haben aber verschiedene Folgen.

Unter anderem für Firmen und für Berufs-Tätige.

Viele Geschäfte sind schon seit Wochen geschlossen.

Und die Menschen dürfen nur noch unter bestimmten Bedingungen auf die Straße gehen.

Das bedeutet: Sie geben auch nicht mehr so viel Geld in Geschäften aus.

Für viele Geschäfte und Firmen ist das ein Problem.

Sie verdienen kein Geld mehr.

Aber sie müssen weiter Geld ausgeben.

Zum Beispiel für Miete. Und für Löhne.

Viele Menschen haben deswegen die Sorge: Vielleicht müssen in den nächsten Monaten viele Geschäfte und Firmen für immer schließen.



Das hätte dann auch Auswirkungen auf die Mitarbeiter.

Viele würden vielleicht ihre Arbeit verlieren.

Für diese Menschen wäre das natürlich ein großes Problem.

Außerdem wäre es auch schlecht für die Geschäfte, die noch offen haben.

Denn die Menschen hätten weniger Geld, um dort einzukaufen.

Auch die müssen dann vielleicht Mitarbeiter entlassen.

Dadurch kann die Situation immer schlimmer werden.



Unterstützung vom Staat

Der Bundestag versucht, die Folgen für Firmen, Geschäfte und Berufs-Tätige weniger schlimm zu machen.

Dafür möchten sie Geld zur Verfügung stellen.

Außerdem haben sie einige neue Regeln beschlossen.

Es gibt viele einzelne Dinge, die mit dem Geld gemacht werden sollen.

Und es sind viele verschiedene Regeln.

Bei allem geht es aber um Folgendes: Die Folgen der Corona-Krise für Firmen, Geschäfte und Berufs-Tätige sollen nicht so schlimm werden.

Hier ein paar Beispiele:



Kinder-Gärten und Schulen sind im Moment geschlossen. Viele Eltern müssen jetzt selbst auf ihre Kinder aufpassen. Dadurch verdienen sie vielleicht weniger Geld. In diesem Fall sollen sie Unterstützung vom Staat bekommen können.



Vermieter dürfen einem Mieter nicht mehr die Wohnung kündigen, wenn der seine Miete wegen der Corona-Krise nicht bezahlen kann.

Manche Menschen sind nicht bei einer Firma angestellt. Sie arbeiten selbstständig.

Wenn sie durch die Corona-Krise Geld-Probleme bekommen, können sie Unterstützung beantragen.



Größere Firmen sollen sich leichter Geld von der Bank leihen können.

Folgen und Lösungen



Das Corona-Virus hat also in verschiedenen Bereichen Folgen.

Für die medizinische Versorgung. Und auch für Firmen, Geschäfte und Arbeit-Nehmer.

Der Staat möchte versuchen, die Folgen zu verringern.

Dafür hat man viel Geld zur Verfügung gestellt.

Außerdem kann auch jeder einzelne dabei helfen, etwas gegen das Virus zu machen.

Und zwar, indem er Abstand zu anderen Menschen hält.

Dann kann man vielleicht dafür sorgen, dass es weniger Erkrankte auf einmal gibt.

Und dann werden die Folgen hoffentlich nicht ganz so schlimm.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



Nachrichten Werk

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Geisler-Fotopress, Fotograf: Dwi Anoraganingrum/Geisler-Fotop. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 14-15/2020
Die nächste Ausgabe erscheint am 14. April 2020.